

In diesem Heft

Editorial 851

Essay

HELMUT THIELEN

Menschenwürde, Armut und Befreiung 853

Konkrete Utopie: Gerechtigkeit

SAMIR AMIN

Die politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts 853

THOMAS KOCH

Was ist soziale Gerechtigkeit? 877

DIETRICH WAHL

Das Phaleas-Syndrom:
Ringens um wirtschaftliche und
politische Gleichheit (Teil 1) 890

Standorte

WOLFGANG TRIEBEL

»Modernes Regieren im 21. Jahrhundert«
mit neuer NATO-Doktrin und Bundeswehrreform? 899

Dokumentierte Geschichte

ULLA PLENER

»Was in der SU vorgeht, ist ungeheuerlich ...«
Deutsche Arbeiter in Moskau
als »Brandleristen« verhaftet.
Aus den Akten des NKWD 909

RUDOLF DENNER, HORST WELLNER

Palast der Republik –
Ballast für die Politik? 919

Nachruf

Michael Benjamin (1932-2000) 925

Konferenzen & Veranstaltungen

- CHRISTEL GIBAS, BIRGIT MÖBEST
Pflegealltag in der Krise.
Pflege zwischen Profession, Liebe und Überdruß 926

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 930

Bücher & Zeitschriften

- David Landes:
Wohlstand und Armut der Nationen.
Warum die einen reich und die anderen arm sind
(ULRICH BUSCH) 932

- Bernd Gehrke, Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.):
... das war doch nicht unsere Alternative.
Dirk Rochtus:
Zwischen Realität und Utopie.
Das Konzept des »dritten Weges« in der DDR 1989/90.
(STEFAN BOLLINGER) 933

- Werner Seppmann:
Das Ende der Gesellschaftskritik?
Die »Postmoderne« als Ideologie und Realität,
(ERICH HAHN) 936

- Jacques Derrida:
Politik der Freundschaft,
(STEPHAN MOEBIUS) 938

- Susanne Höser, Richard Scherer:
Wir hatten Hoffnung auf eine Demokratie.
Rostocker Protestanten im Herbst '89.
(JENS LANGER) 940

- Klaus Ahlheim:
Geschöntes Leben.
Eine deutsche Wissenschaftskarriere
(JÖRN SCHÜTRUMPF) 941

- Summeries 942

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 944

Editorial

Nicht erst seit der deutsch-deutschen Vereinigung oder der Bundestagswahl im September vor zwei Jahren oder seit jener spektakulären ›Blockade von Seattle‹ im Herbst 1999 steht die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit an der Spitze nationaler wie internationaler Kämpfe um den Schutz und die Neuverteilung globaler Ressourcen für eine lebenswerte Zukunft. Es mag sein, daß jede neue Generation gute Gründe dafür hat zu glauben, daß sich die soziale Frage (in ihrer jeweiligen Form) gerade jetzt »auf schärfste Weise neu stellt«. Befaßt man sich jedoch, wie unserer Autor Dietrich Wahl in diesem Heft, eingehender mit der Archäologie des Gerechtigkeitsproblems, dann wird rasch deutlich, daß es sich im Kern um eine – wahrscheinlich mehr als 2500 Jahre alte – Frage des Rechts und des vom jeweiligen Gesellschaftstyp ausgeprägten Rechtsverständnisses handelt. »Wenn ... Trivialitäten auf ihren wirklichen Gehalt reduziert werden, so sprechen sie mehr aus, als ihre Prediger wissen. Nämlich daß jede Form der Produktion ihre eigenen Rechtsverhältnisse, Regierungsformen etc. erzeugt.(...) Den bürgerlichen Ökonomen schwebt nur vor, daß sich mit der modernen Polizei besser produzieren lasse als z.B. im Faustrecht. Sie vergessen nur, daß auch das Faustrecht ein Recht ist und daß das Recht des Stärkeren unter anderer Form auch in ihrem ›Rechtsstaat‹ fortlebt« (Karl Marx, in: MEW, Bd. 42: 23).

Die Antwort auf die Frage, was soziale Gerechtigkeit jeweils meint – das zu enträtseln bemüht sich Thomas Koch wenige Seiten weiter unten –, ist also doppelt bestimmt, und zwar zum einen durch das herrschende Gesellschaftssystem (und die wirtschaftliche und soziale ›Ordnung‹, die es produziert und legitimiert) sowie zum anderen durch den erreichten Stand der Entfaltung produktiver Kräfte (und durch den gesellschaftlichen Reichtum, der mit Hilfe dieser Kräfte geschaffen werden könnte). Den Schnittpunkt beider Fragen bildet die durch das jeweilige Gesellschaftsmodell bestimmte Form, in der sich gesellschaftlicher Reichtum darstellt und vor allem nach welchen Regeln er auf die Gesellschaftsmitglieder verteilt wird.

Nun besteht wahrscheinlich nicht nur im links-alternativen Spektrum, sondern weit darüber hinaus – sozusagen vom Club of Rome bis zur PDS – weitgehend Einigkeit darüber, daß das heutige globalisierte kapitalistische System mit seinen spezifischen Produktions- und Verwertungsantrieben – von immer neuen Runden des Wetttrübens bis zur unablässigen Kreation neuer Finanzderivate – eine enorme Zahl von Menschen zwingt, unter ihren Möglichkeiten zu

leben. Das mag bedauerlich sein, aber gemessen an den (weithin akzeptierten) ›Grundwerten‹ und den daraus abgeleiteten ›Grundfreiheiten‹ des Systems ist dies alles andere als ungerecht. Wenn nun eine andere Verteilung gefordert wird, die es besser gestattet, den möglichen Reichtum der Menschheit in den tatsächlichen Reichtum an Lebenschancen für alle zu verwandeln, so wendet sich dieses Ansinnen notwendigerweise auch gegen die Grundfesten des herrschenden Systems selbst. Und dies erfordert mehr als nur die Neubestimmung von Produktionszielen oder die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen oder einen schonenderen Umgang mit der natürlichen Umwelt. Im Kern geht es darum zu zeigen, daß eine solche Umordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur manchen weniger und vielen mehr Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Produkt verheißen würde, sondern auch, daß dadurch bisher verschüttete Springquellen der Schaffung gesellschaftlichen Reichtums (der übrigens nicht und nicht vorrangig aus materiellen Artefakten besteht und mit diesen daher nicht verwechselt werden darf) freigelegt werden können. Eine gerechtere Gesellschaft muß mehr sein als ein ›gezügelter‹ kapitalistisches System, in dem mit stetig wachsendem Verwaltungs- und Kontrollaufwand die Auswüchse beschnitten und die Produktionsresultate gleicher verteilt werden. Der ›fordistische‹ Sozialstaat konnte nur deshalb relativ stabil über Jahrzehnte als nordwestliches Entwicklungsmodell dienen, weil seine typischen sozialen Konstellationen sowohl mehr soziale Gerechtigkeit als auch mehr gesellschaftliche Effizienz ermöglichten – und weil die Systemkonfrontation den entsprechenden äußeren Druck entfaltete. Eine Gesellschaft, die den inzwischen bis zur Unkenntlichkeit ›umgebauten‹ Sozialstaat von einst in puncto sozialer Gerechtigkeit noch übertrifft, ist folglich nur realisierbar, wenn sie auch über eine größere reichumschaffende Potenz verfügt.

Natürlich ist das Recht (und die Pflicht), eine gerechtere Gesellschaft zu fordern, unbestritten. Aber solange diese Forderungen keine lebbareren und lebenswerteren Alternativen zum heutigen, systemisch bedingten Grad an Ungerechtigkeit aufzeigen, hat natürlich auch das Recht unbestreitbar Geltung, auf dem ›erreichten Stand der Dinge‹ zu verharren.

Und um abschließend noch einmal jenen scharfsinnigen Analytiker und wohl prominentesten Kritiker der herrschenden Verhältnisse zu zitieren: »Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht ... Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt« (Karl Marx, in: MEW, Bd. 23: 249) – und das heißt nicht weniger, als daß es darauf ankommt, für eine gerechtere Gesellschaft zu ›kämpfen‹.

ARNDT HOPFMANN

HELMUT THIELEN

Menschenwürde, Armut und Befreiung

Menschenwürde und Armut

Menschenwürde zählt unter die Begriffe, die sich gegen die Absicht sperren, sie in sauberen und handlichen Definitionen gleichsam einzufangen. Ihm haftet, wie allen, die sich auf menschliche Wirklichkeit historisch und konkret beziehen, notwendig etwas Unscharfes an.¹ Ein Bild läßt sich nicht von ihr entwerfen, weil sie am ehesten noch konkret faßbar wird in ihren Verletzungen, in dem, was sie gerade nicht ist. Das rechtfertigt es, sich an dieser Stelle auf einige Hinweise zu beschränken, die freilich auf das Zentrum der Sache hinzeigen sollen.

Der Begriff der Menschenwürde bezeichnet die Erscheinung wie die Anerkennung der Autonomie und Integrität der Person. Von ihr geht *Würde* aus, und Würde kommt ihr zu. Es sollten die Menschen einander niemals als bloße Mittel gebrauchen, sondern jeden anderen, jede andere, als Zwecke für sich selbst anerkennen. So hat *Kant* dem Gedanken der persönlichen Freiheit die Form einer Maxime der Vernunft des praktischen Handelns gegeben.² Demnach bezieht ein Mensch, der dem Wesen der Menschengattung entspricht, sich bewußt auf den Zusammenhang seiner Gaben, Fähigkeiten und Kräfte als Inbegriff seiner Person, und bestimmt selbst, diese Person und die sie ausmachenden Eigenarten zu sein und zu entfalten. Ist der Mensch derart sich selbst Zweck, so geht von ihm eine Aura aus und dazu wie selbstverständlich eine Forderung, so als Person anerkannt und geborgen zu sein, wie er andere Personen anerkennt und in seiner Sympathie birgt. Die Menschenwürde ist die Aura, in der die freie Selbstbestimmung der Person erscheint, und die immer schon in Geborgenheit bestätigte Forderung nach Anerkennung, von der die freie Person getragen wird. Diese Aura und jene Forderung machen die Würde des Menschen aus. Sie bestimmen auch sein Verhältnis zu sich selbst und geben ihm in dieser reflexiven Bewegung seine *Ehre*. *Würde*, so sehen wir bis hierher, *ist strikt geforderte und verantwortlich gewährte Autonomie und freie Selbstbestimmung, in-nerer Zweckhaftigkeit*. Das führt zu der weiteren Bestimmung, sie sei *unantastbar*. *Nur als unantastbare vermag Würde real zu bestehen*. Als Forderung, die selbstbestimmte Zweckhaftigkeit eines jeden Menschenwesens anzuerkennen, bedarf sie der Bekräftigung und des Schutzes. Sie kann nur gewahrt werden, wenn sie auch gewährt und anerkannt wird, wenn die freie Selbstbestimmung der jeweils ganz distinkten Menschenperson, deren Glanz die Würde ist, statt gehindert gefördert wird.

Helmut Thielen – Jg. 1941; Dr.; hat 1962-1969 in Marburg und Frankfurt Sozialwissenschaften und Philosophie studiert – bei Abendroth, Horkheimer, Adorno, Marcuse und Habermas – und 1974-1978 bzw.

1984/85 in Berlin Landschaftsplanung und Internationale Agrarentwicklung – bei Grossmann, Schiller-Bütow und Bechmann, darauf folgte 1985 die Promotion über Agrarreform-Probleme in Lateinamerika Baustellen und Behörden, Bücher und Universitäten kennzeichnen seinen Berufsweg, von 1985 bis 1994 war er freier Publizist in Berlin, von 1994 bis 1998 hatte er eine Gastprofessur für sozialphilosophische Forschung an der Bundesuniversität von Campo Grande, Mato Grosso do Sul, Brasilien inne, seit 1999 lehrt er an der UNISINOS, einer Universität des Ordens der Jesuiten, in São Leopoldo,

Rio Grande do Sul, Soziologie und Nachhaltige Entwicklung und forscht über ausgewählte Theoriemodelle zum Verhältnis Gesellschaft – Natur. Helmut Thielen hat unter anderem die Bücher »Revolution des Glaubens« (1991), »Die Einsamkeit der Dritten Welt« (1992), »Befreiung. Perspektiven jenseits der Moderne« (1994) und »Diskurs und Widerstand« (1995) veröffentlicht.

Anschrift:

Prof. Dr. Helmut Thielen,
Universidade do Vale do Rio dos Sinos, UNISINOS,
Centro de Ciências Humanas, Avenida Unisinos
950, 93022 – 000 SÃO LEOPOLDO, RS., Brasil.
Fone: 0055 51 590 81 11.
Fax: 0055 51 590 81 12.
E-mail: helmut@poa.unisinos.br.

1 »Alle Begriffe, in denen sich ein ganzer Prozeß semiotisch zusammenfaßt, entziehen sich der Definition: definierbar ist nur das, was keine Geschichte hat.« Friedrich Nietzsche, hier zitiert in: Institut für Sozialforschung (Hg.): Soziologische Exkurse, Frankfurt/M. 1956, S. 22.

2 »Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden andern jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchest.« Hier zitiert in: Enrique Dussel: Ethik der Befreiung. Zum Ausgangspunkt als Vollzug der ursprünglichen ethischen Vernunft, in: Raúl Fomet-Betancourt (Coord.): Konvergenz oder Divergenz? Eine Bilanz des Gesprächs zwischen Diskursethik und Befreiungsethik, Aachen 1994, S. 87.

In der Menschenwürde sind das *ethische* und das *ästhetische* Moment der menschlichen Existenz miteinander versöhnt. Unmöglich ein Mensch mit Würde, dem nicht auch Schönheit zukäme. Selbstzweckhaftigkeit realisiert in freier Bestimmung das ethische Wesen der menschlichen Existenz. Diese Existenz ist zugleich schöne Form in ihren leibhaftigen und sinnlichen Erscheinungen. Das sinnliche Erscheinen der Würde in ihrer Aura ist an ihr das Moment der Schönheit.

Die Verwirklichung der inneren Zweckhaftigkeit des Menschenwesens ist beim einzelnen wie bei der Gattung vorgängig von Geborgenheit wie von Anerkennung bedingt. Daher ist sie nicht nur Aufgabe und Verpflichtung, sondern *zuerst Gabe und Geschenk*. Diese konstitutive Grunderfahrung der *conditio humana* versucht, die religiöse Rede von der Ebenbildlichkeit des Menschen im Verhältnis zu Gott auszudrücken.³ Ein Geschenk der Liebe sind sowohl die Gaben wie die Freiheit, sie selbstbestimmt zu verwirklichen. Zuerst sind die Gaben da, ehe sie Aufgaben werden, zuerst kommt die angebotene, gewährte Freiheit, ehe sie Selbstverantwortung der sich frei bestimmenden Person wird. Die Freiheit und ihre Gaben kommen aus der Liebe anderer Menschen für die, die sie vertrauend aufnehmen, und aus der Liebe Gottes für die, die ihre Begabungen im Vertrauen auf die Wirklichkeit einer absoluten Liebe empfangen können. Weil frei geschenkt, werden die Gaben aus freier Dankbarkeit zur doppelten Aufgabe: für sich und für andere.

Selbstbestimmung heißt, die Verwirklichung der Gaben sich zur Aufgabe zu machen. Daher wächst im Verlaufe der Selbstbestimmung in Würde aus den inneren Potentialen der Person durch ein aktives Entwerfen wie durch ein eher passives, gleichwohl höchst bestimmtes und konkretes Geschehen- und Fließenlassen der *Reich-tum* des personalen Daseins. *Menschenwürde ist so Erscheinung des reichen Seins der menschlichen Person.*⁴

Dialektik von Armut und Reichtum

Behinderung der freien Bestimmung der Person, Verneinung statt Anerkennung und Förderung, führen dazu, daß der Mensch in seiner Würde zwar noch existiert, jedoch in spezifisch deprivierter Form, daß er nämlich das vielfältig konkrete und negative Bild *verletzter Würde* zeigt. Das Wesen dieser Verletzungen der Menschenwürde besteht in den Einschränkungen und Verhinderungen – statt Bestätigungen und Förderungen – der Freiheit der einzelnen Person, sich selbst als Zweck zu setzen durch die Entfaltung ihres inneren Reichtums an Gaben und Kräften. Menschliche Existenz in verletzter Würde besteht also in den realen, konkreten und vielfältigen Unfreiheiten innerhalb der kulturellen, sozialen und politischen Wirklichkeit des menschlichen Lebens. Diese konkreten Unfreiheiten, die die Würde verletzen, haben daher statt eines Lebens in Reichtum eines in der *Armut der Person* zur Folge.

Für die uns interessierende Frage nach dem *Verhältnis von Würde und Armut* ergibt sich bis hierher: In der Würde erscheint ein sich als Zweck setzendes und so sich selbst anerkennendes wie anerkanntes, selbstbestimmt sich entfaltendes Dasein der Menschenperson. Solche Entfaltung geschieht in personal besonderen mitmenschlichen

und mit-natürlichen *Beziehungen* und in der personal besonderen Vielfalt der *Werke*. Diese Entfaltung bedeutet den Aspekt des Reichtums im personalen Dasein. Hingegen machen die Behinderungen, Störungen, Zerstörungen der freien Selbstbestimmung, der entfalten Zweckhaftigkeit der Menschenperson das Dasein in Armut aus und erscheinen als verletzte Würde. *Leben in wahrgenommener und gewährter Würde ist reiches Dasein. Leben in verletzter Würde ist armes Dasein. Elend kommt nahezu zerstörter Würde gleich.* Wir sind jetzt auf die Fragen vorbereitet: Worin besteht menschliche Armut als Würde im Zustande der Verletzung? Was verursacht die so verstandene Armut?⁵

Die äußeren Verhältnisse, als Bedingungen der personalen Freiheit und sozialen Gleichheit, können ein reales Dasein in Würde zulassen, bestätigen, fördern oder sie umgekehrt einschränken, Würde verletzen, armes Dasein bedingen. Es sind zwei große soziale Ordnungsbereiche, die bisher die zwischenmenschlichen Beziehungen geformt haben, in denen über ein Dasein in Würde und Reichtum oder in Entwürdigung und Armut entschieden wird: das sind die Sphäre der Ökonomie und die der Politik.

Zwischen der Armut, begriffen als Summe der Verletzungen der Menschenwürde und der konkreten Unfreiheiten in Herrschaftsverhältnissen, und dem *Reichtum*, der davon erzeugt wird, besteht bekanntlich ein kausaler Zusammenhang.⁶ Er hat zugleich eine weniger beachtete Seite. Denn auch der Reichtum, der durch Herrschaft und Armut hervorgebracht und über den die von ihm in ihrem Dasein bestimmten Reichen verfügen, verhindert ein freies und würdiges Dasein der verfügenden Minderheiten. Die *Form der Verfügung* bringt *falschen Reichtum* hervor. Er behindert die Möglichkeit eines Daseins als entfaltete Person, reich an Gaben und an Fähigkeiten.

Daher war es auch – ganz abgesehen von der nackten ökonomischen Unmöglichkeit heutzutage – die große Illusion des Reformismus, durch (Sozial-)Demokratisierung dieses falschen Reichtums in der fordistischen Konsumgesellschaft das Armutsproblem lösen zu wollen. Die Konsumenten wurden so erst recht arm in der Seele und als Personen.⁷ Die Kälte der feinen Leute hat sich in diesem Projekt bloß vermischt mit der Grobheit der durch Armut Entwürdigten zu einer universalen kulturellen Lumpenproletarisierung der Gesamtgesellschaft in den derzeit sich allmählich ihrem Ende zuneigenden Konsumgesellschaften der kapitalistischen Metropolen. So ist die Klassengesellschaft nur negativ aufgehoben worden in der allgemeinen psychischen und kulturellen Verwahrlosung und Verelendung zugunsten der andauernden verdinglichten Gewalt der anonymen Kapitalherrschaft.

»Armut in Würde«, das haben die vorhergehenden Überlegungen gezeigt, kann es nicht geben. Der Ausdruck ist Ideologie. Sie verschleiert und rechtfertigt würdelose Bedingungen und Zustände des Lebens. Reichtum in Würde ist eine Illusion, weil das verfügende Erwerben und Nutzen des anderen abgepreßten Reichtums den Geist und vor allem die Seele verarmt. Darauf haben beispielsweise *Hegel* und *Marx* hingewiesen. Der eine mit der Charakterisierung des von Natur und Arbeit entfremdeten Herrn⁸, der andere mit dem Verweis auf die entfremdete Existenz der *prima vista* über Kapital Verfügenden,

In der einschränkenden Formulierung »bloß« setzt sich allerdings die tatsächliche Unmöglichkeit theoretisch durch, die *Maxime in der bürgerlichen Welt* zu verwirklichen, die den Erfahrungsgehalt der Kantischen Philosophie ausmacht.

3 Vgl. Zu diesem Zentralbegriff zunächst in der hebräischen *Torah*: Genesis 1, Vers 27, dann in der christlichen *Bibel*: Römer 8, 29; 2. Korinther 4, 4; Kolosser 1, 15 und 3, 10; Hebräer 1, 13.

4 Zum Begriff des Seins und zu seinem Gegensatz, dem Begriff des Habens vgl. Erich Fromm: *Haben oder Sein*, in: *Gesamtausgabe*, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 269-414.

5 Ein Mensch kann sich auch würdelos gegen sich selbst betragen, indem er sich willentlich inneren und äußeren Zwängen unterwirft, von sich aus noch einmal Bedingungen bejaht, die seine personale Zweckhaftigkeit verneinen. Dieser Aspekt ist in aller Regel eine Folge sozial-psychischer, pathogener Lernprozesse. In solchen Sozialisierungsvorgängen konstituieren sich die objektiven strukturellen Zwänge durch Verinnerlichung, heute eher durch wechselnde Imitation und Anpassung, die innerpsychischen Potentiale als ein dynamisches System von Instrumenten, Funktionen und Hierarchien, die dann den ökonomischen und politischen Zwängen, von denen sie vor allem ausgegangen sind, mehr oder weniger entsprechen. Diese sekundäre innere Unfreiheit wird uns hier nicht näher beschäftigen, sondern ihre gerade angedeuteten äußeren Vermittlungen.

6 Vgl. Georg Friedrich Wilhelm Hegels analytische Bemerkungen zur bürgerlichen Gesellschaft und zu ihrer expansiven Dynamik in den Grundlinien der Philosophie des Rechts, in: Werke in 20 Bänden, Bd. 7, Frankfurt/M.

7 Vgl. zur Kulturindustrie in: Theodor W. Adorno, Max Horkheimer: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Amsterdam 1947. Eine empirische Aktualisierung dieser Analysen bietet Michael Kausch: Kulturindustrie und Populärkultur. Kritische Theorie der Massenmedien, Frankfurt/M. 1988. Darum hat der im Zusammenspiel von nord-amerikanischer und salvadorensischer Exekutive vor Jahren ermordete jesuitische Rektor der katholischen Universität von El Salvador *Ignacio Ellacuría*, prophetisch gefragt: »Was nutzt es Europa, wenn es seine Seele verliert?«

8 Vgl. Hegels Analyse der Dialektik von Herrschaft und Knechtschaft in der Phänomenologie des Geistes, in: Werke in 20 Bänden, Bd. 3, Frankfurt/M. 1970, S. 145ff.

9 Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 8.

10 In ihnen wird der Gewaltcharakter der modernen Zivilisation und ihres ökonomischen, marktwirtschaftlichen Kerns konkret. Seine sozial-psychische Seite umfaßt egoistische, narzißtische, hysterische, aggressive und nekrophile Neigungen.

11 Den entscheidenden Aspekt der Dialektik von wahrer Armut und wahrem Reichtum bestimmt Marx wie folgt: »... die Armut des

die sich näherer Analyse als Agenten, bloße Vollstrecker, der anonymen Herrschaft einer versachlichten Dynamik der Kapitalverwertung zeigen⁹. Was solche Theorie entdeckt hat, bestätigt aktuelle Empirie. In den USA sind es Untersuchungen zufolge, die sicher auch anderwärts bestätigt werden könnten, die Wohlhabenden, die unter allen sozialen Gruppen epidemisch von jenen Persönlichkeitserkrankungen befallen sind, nämlich von Angstzuständen, Depressionen und Selbstmordneigungen.¹⁰

Man kann die Armut als Folge der Unfreiheit und Entwürdigung und den Reichtum als Folge von Herrschen und Verfügen auch *eine falsche Armut* und *einen falschen Reichtum* nennen. Denn *beide* widersprechen sie einem personalen Dasein als entfaltete, sich selbst durch ihre Gaben und vermittelt durch Anerkennung bestimmende Person. Dialektisch können diese falsche Armut und dieser falsche Reichtum entschlüsselt werden als die auseinandergefallenen und auf diese Weise auch in sich verkehrt gewordenen Hälften einer derart doppelt verneinten wahren Lebensform: des *Zusammenhangs von wahren Reichtum und von wahrer Armut als zwei Seiten eines Lebensprozesses*. Wahrer Reichtum wäre die in sich reiche Person, *auf zulänglicher materieller Grundlage versteht sich*, und wahre Armut der Verzicht auf das besitzende und beherrschende und sich bemächtigende Verfügen über Natur, Menschen und menschliche Erzeugnisse, zugunsten eines reichen Seins.¹¹

Im Übergang von der falschen Dialektik des Entbehrens wie des Habens und Herrschens zum Leben im entfalteten reichen Sein wäre wahre Armut *bei den einen der Verzicht auf falschen Reichtum*. Das damit gesetzte Problem veranschaulicht die biblische Geschichte vom reichen Jüngling, den die Perspektive des sinnerfüllten Lebens zwar lockte, die dafür zu erfüllende Bedingung jedoch traurig stimmte, zuvor seine Habe an die Armen zu verschenken.¹² Daraus haben die bisherigen Protagonisten in sozialen Revolutionen den so »realistischen« wie falschen Schluß gezogen, man müsse dem Verzichtekönnen der herrschenden Klasse durch Zwang nachhelfen. Im Blick auf die Demokratisierung des falschen Reichtums im Konsum wäre der *Übergang für die anderen Verzicht auf diesen Konsum*, um den luziferisch geforderten Preis der entfremdeten Arbeit und des manipulierten Nicht-Lebens verweigern zu können. Denn es hat den wohlfahrtsstaatlich oder »revolutionär« nur betreuten »Massen« wenig geholfen, die Welt des Konsums zu gewinnen. Sie haben dafür ihre Seele verloren. Darauf verweist die Tatsache, daß Schweden im sozialdemokratischen Zeitalter die höchste Selbstmordrate aufwies. Heutzutage wird den »Massen« auch der zunächst gewährte Konsum wieder weggenommen durch den dynamischen Mechanismus der Kapitalverwertung und eine damit konforme Politik. Zeitlich, geschichtlich, sozial, regional und sachlich begrenzt, hatten Kapital und Staat den entfremdeten Konsum bloß als Charakteristikum einer spezifischen Gestalt dieser Kapitalverwertung – des Fordismus – gewährt zur Selbststabilisierung. Diese Gestalt ist heute historisch unumkehrbar überholt. Darum haben die »Massen«, betrogene (Selbst-) Betrüger, in den neunziger Jahren in Europa auf die doppelte Schmach mit verzweifelter Gewalt reagiert. Für beide oben angeführte soziale Gruppen wäre aber die zu gewinnende wahre Armut

die Bedingung des wahren Reichtums der frei und in wechselseitiger Anerkennung sich entfaltenden, in sich reichen jeweils besonderen Person.

Entfremdung und Ausschließung

Die bisherigen Erwägungen zur Armut als verletzte Menschenwürde ergänzend, sei nur hingewiesen auf zwei Anschauungen von Armut, in denen diese gleichfalls als verletzte Würde durch verhinderte freie Selbstbestimmung aufgefaßt wird. In der Form eines kategorischen revolutionären Imperativs, alle sozial strukturierten Verletzungen der Würde und Beschränkungen der Freiheit aufzulösen, spricht *Marx* von den zu verneinenden Verhältnissen, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«¹³. An anderer Stelle seines Werkes, in den berühmten Pariser Manuskripten von 1843/44 über Nationalökonomie und Philosophie, faßt er Armut und Mangel des menschlichen Lebens unter modernen Herrschaftsverhältnissen auf als einen Zusammenhang von Spaltungen, Verformungen, Reduzierungen und Abhängigkeiten und nennt das *Entfremdung*¹⁴. Er identifiziert und analysiert dann die ökonomischen Formen als den Kern dieser Entfremdung. Diese unpersönliche und indirekte Gewalt nennt *Marx* den Fetischcharakter der Ware.¹⁵ Alles, was den Kapitalismus ausmacht – Ware, Markt, Kapital, Krise, Krieg etc. –, tritt dem Menschen gegenüber fast wie eine Naturmacht. Von ihr sind sie abhängig wie die »Primitiven« von ihrem Fetisch. All das wird von geläuterten linken Denkern gern vergessen, die der möglichen *Praxis* der Utopie einen ideologischen Riegel verschieben möchten und, in der von *Benjamin* und *Adorno* denunzierten Logik des Fortschritts¹⁶, den Markt als so unveräußerliche wie unverzichtbare Menschheitserrungenschaft anempfehlen.¹⁷ Im Namen der Freiheit bestätigen sie das System als »Ende der Geschichte« und unterdrücken die Freiheit, ein soziales System auszuwählen, das den Interessen von Mensch und Natur am besten entspricht.

Die Entfremdung, die schon mit dem Tausch der Waren beginnt, ist die konkrete Unfreiheit, damit Würdelosigkeit und Armut, die die Menschen, vermittelt des Arbeitsmarktes und der Hierarchien und technokratischen Ordnungen in Unternehmen und Verwaltungen, zu abstrakter Arbeit zwingt. Die Eigenart dieser abstrakten Arbeit hindert sie, frei und gemeinschaftlich zu bestimmen, was und wieviel davon sie, mit welchen Hilfsmitteln, in welcher sozialen Ordnung und Koordination und vor allem wozu, an Gütern, Diensten und Informationen herstellen und wie sie mit den Ergebnissen solchen sozialen Arbeitens umgehen. Entfremdung ist der Inbegriff jenes Zwanges und dieser Behinderungen.

Am Ende des Zeitalters der Moderne weisen viele Faktoren darauf hin, daß Entfremdung *in* der Arbeit verschwindet und durch Entfremdung – nicht schon Befreiung! – *von* der Arbeit ersetzt wird, mehr noch, durch *Ausschließung* von der Produktion. Unterdrückung hat inzwischen zu einem Zustand geführt, in dem wachsend die traditionelle Entfremdung ersetzt wird durch Randständigkeit und Ausschließung. Sie sind die negative Realisierung der doppelten Utopie der Befreiung der Arbeit und von der Arbeit. Die konkrete soziale

Menschen (ist) ..., unter Voraussetzung des Sozialismus, ... das positive Band, welches den Menschen den größten Reichtum, den anderen Menschen, als Bedürfnis empfinden läßt.«

12 Vgl. Die Bibel: Lukas 18, 18-23.

13 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

14 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, Ergänzungsband, Erster Teil, S. 510ff.

15 Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a.a.O., S. 76-89.

16 Vgl. Theodor W. Adorno: Fortschritt, in: Stichworte. Kritische Modelle 2, Frankfurt/M. 1969, S. 20ff.; Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, in: Gesammelte Schriften, Frankfurt/M. 1972ff., Bd. I/2, S. 693ff. Dazu erscheint demnächst in Brasilien: Helmut Thielen: Dialektik im Stillstand. Theologische Konstitution und Begriff der Praxis in der Kritischen Theorie, unter besonderer Berücksichtigung des Denkens von Walter Benjamin (eine deutsche Ausgabe ist vorgesehen).

17 Vgl. Anmerkung 25.

Form dieser Befreiung blockiert Autonomie. Sie ist schwer möglich unter Bedingungen einer extremen Regression der Individuen. Nur eine Dialektik, die über diese Regression hinausgeht – der Freiheit in und von der Arbeit, entspräche dem Problem, wie es von der Realität selbst gestellt wird.

Gegenwärtig belehrt die Wirklichkeit der Krise die Menschen darüber, daß der Kapitalismus sie nicht mehr benötigt, sie vielmehr ökonomisch und sozial überflüssig macht. Nachdem diese Lektion gelernt worden ist, taucht am Horizont des Bewußtseins wie des Unbewußten die Möglichkeit auf, daß eine andere Lektion gelernt wird: daß nämlich die Ausgeschlossenen ihrerseits für ihr Leben das System: das Kapital und den Staat, nicht mehr benötigen. Sie könnten begreifen, daß es noch genügend Ressourcen gibt für die Entwicklung anderer zwischenmenschlicher Beziehungen und anderer ökonomischer und sozialer Institutionen – jenseits von Kapital und Staat. Weltweit hat diese Entwicklung schon begonnen in den letzten Jahren und sogar Jahrzehnten, unter unseren Augen, als eine »Globalisierung« der Hoffnungen auf ihren Wegen zu den Verwirklichungen ihrer Ziele. Diese Erfahrung rechtfertigt vorsichtigen Optimismus.

Wie *Marx*, so hat auch *die Theologie der Befreiung in Lateinamerika* einen sehr umfassenden Armutsbegriff, der festhält am unveräußerlichen Ziel der Verwirklichung des freien Menschen in gerechten Verhältnissen und der vom Gegenbegriff der möglichen Wirklichkeit eines reichen Daseins in versöhnter Fülle von Werken und Beziehungen zwischen Menschen und mit der Natur inspiriert ist. Es geht, schreibt *Miguel Manzanera*, um »jeden Armen (den Arbeitslosen, den Arbeiter, den Bauern, den Bettler usw.) und den ganz Armen (...) (als Schwarzer, Indianer, Frau usw.)«. Die »Option für die Armen« ist »außerdem für die Teilnahme von Nicht-Armen offen, sie schließt also nicht aus, sondern *ein*.« Sie bezieht sich »auf die marginalisierten Länder, die diskriminierten Kulturen und Subkulturen, die im Verschwinden begriffenen ethnischen Minderheiten, die sozial und sexuell unterdrückten Frauen und die verlassenen Kinder ...«¹⁸. Bleibt noch auf die Dialektik hinzuweisen, daß der »materialistische« Gesellschaftskritiker *Karl Marx* die seelischen Aspekte der Armut, der Theologe *Miguel Manzanera* hingegen die »materialistischen« ökonomischen und sozialen Seiten hervorhebt.

Armut und die Strukturen des modernen Systems der Herrschaft
Die moderne Welt hat hinsichtlich der Beziehungen der Menschen zueinander und zur Natur vier große formal rationale Strukturen der Unfreiheit und damit der Würdelosigkeit und der Armut hervorgebracht: Gemeinsam ist ihnen die Verneinung der inneren Zweckhaftigkeit, der qualitativen Besonderheit, der werthafte Einmaligkeit und damit der freien Selbstbestimmung menschlicher Personen durch ihre theoretische und praktische Verwandlung in bloße Mittel, in Funktionen für jeweils anderes. Da gibt es die Transformation der Natur in technische Mittel für eine Produktion, die selbst überwiegend Mittel ist: für das Herrschen über Menschen und ihre Tätigkeiten und Erzeugnisse; die Transformation des Menschen in einen Automaten abstrakter, dadurch beherrschbarer Arbeit in der versachlichten Form

18 Miguel Manzanera: Die Option für die Armen und die Wirtschaft, in: Raúl Fornet-Betancourt (Hg.): *Verändert der Glaube die Wirtschaft? Theologie und Ökonomie in Lateinamerika*, Freiburg/Basel/Wien 1991.

der disponierenden Wertanhäufung; die Transformation des Menschen in ein Objekt von Staatsgewalten, nicht selten blutig¹⁹; schließlich, vermittelt einer Anpassung, welche das Streben nach Freiheit durch ängstliche Unterwerfung unter Kapital und Staat ersetzt.

Unter diesen modernen Strukturen der rationalen Herrschaft, die die Selbstzweckhaftigkeit des Menschen beschränken und seine Würde verletzen, damit die Armut seines Daseins bis hin zur Verelendung bedingen, nehmen die als Staat auftretende zentrale politische Gewalt und die als stets bewegte Kapitalverwertung erscheinende strukturelle ökonomische Gewalt die wichtigsten Plätze ein.

»Allen modernen sozialen Herrschaftsformen – dem Kapitalismus des Marktes ebenso sehr wie dem »Realsozialismus« des Staates – gemeinsam ist die Verletzung der Würde des Menschen und die Beraubung seiner Freiheit. Ökonomische Herrschaft verletzt die Würde des Menschen und macht ihn unfrei, indem sie die große Mehrheit einsperrt in die Zwänge der Sorge für sein ständig gefährdetes Überleben, indem sie sie fesselt an den Kampf gegen Hunger, Krankheit, materielle Not überhaupt und gegen das Unrecht der ungleichen Aneignung der Ressourcen und Einrichtungen für die materielle Bedürfnisbefriedigung. Die herrschende Minderheit hingegen bleibt befangen in der Konkurrenz und im Streben nach Eigentum, Profit und Macht. Die Herrschaft als persönliche Abhängigkeit und Gewalt und als politische Macht, vor allem in Form der zentralen Staatsgewalt, verletzt die Menschenwürde und macht unfrei, indem sie unmittelbar den Entfaltungsspielraum des einzelnen einengt und durch Beschränken oder Unterbinden seiner Selbstbestimmung ihn demütigt, erniedrigt und knechtet. Die »realsozialistische« Konkurrenz zum Kapitalismus hatte für die deklarierte Befreiung der Menschenwürde von materieller Not ihre fortgesetzte und zugespitzte Demütigung durch die politische Staatsgewalt in Kauf genommen. Eben darum hat sie auch die materielle Ungerechtigkeit nicht wirklich aufheben können, sondern als Macht-, Entscheidungs- und Konsumprivilegienstruktur fortgesetzt. Der Kapitalismus nimmt für die deklarierte persönliche Freiheit gegenüber politischen Gewalten die Demütigung durch materielle Not und Ungerechtigkeit in Kauf. Gerade darum auch erreicht er nicht die Befreiung von Verletzungen der Menschenwürde durch seine eigenen politischen Gewalten. Die beinhalten vielmehr die stetige Einschränkung der persönlichen und politischen Freiheiten bis hin zu ihrer bisher immer wiederkehrenden zeitweiligen Abschaffung – im Extremfall durch Militärdiktatur und Faschismus.«²⁰

Freiheit oder Gerechtigkeit? Freiheit und Gerechtigkeit!

Zur Ideologie der gegenwärtigen Ultramoderne – der sogenannten Postmoderne – gehört die Weigerung, den Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der politischen Seite von Entwürdigung und Verarmung zu betrachten. Die politische Seite ist erkannt und anerkannt, aber über die ökonomische will man nicht reden. Im Westen verdankt sich diese Weigerung dem ideologischen Festhalten an der schon veralteten Konkurrenz zwischen den beiden Varianten moderner Herrschaft. Die eine ihrer Varianten ist bis heute die von der vorwiegenden Herrschaft des Kapitals, die den Staat aber keineswegs

19 Vgl. Marx' Zustimmung zum zeitgenössischen Kommentar angesichts einer projektierten Hundesteuer: »Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!« – das heißt wie »Staatsbürger«. In: Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

20 Helmut Thielen: Befreiung. Perspektiven jenseits der Moderne, Würzburg 1994, S. 166f.

vernachlässigt. Die andere Variante wurde und wird allgemein als Sozialismus mißverstanden – nicht nur von den Gegnern, sondern zuerst von »Sozialisten« selber – ihn gegen diese Freunde zu verteidigen, bleibt ein Gebot. Das positive oder negative Vorzeichen hat sie nur unterschieden, die Feinde und die falschen Freunde dieses »Sozialismus« der vor allem in extrem zentralstaatlich strukturierter Herrschaft über regulierte Warenproduktion und Kapitalakkumulation bestanden hat. Ganz ebenso verdankt sich der falsche Gegensatz im Bewußtsein zwischen Gleichheit und Freiheit oder – eher politisch ausgedrückt in demagogischer Absicht: von Freiheit und Sozialismus – einer Blockierung des Denkens, die von jenem Konflikt ausgegangen ist: als ob die Verringerung der sozioökonomischen Armut nur um den Preis einer zunehmenden politischen Unfreiheit und damit persönlichen und menschlichen Verarmung zu haben wäre und umgekehrt, die Freiheit nur um den Preis der Ungerechtigkeit!

Entsprechend wurde und wird empfohlen, auf die Freiheit zu setzen und ein wenig Armut als unvermeidlich zu akzeptieren. Diese Ideologie setzt voraus, die begriffslose, vom Kapitalismus gebendete Affirmation der Bestimmungen, *erstens*, der Freiheit als individuelle egoistische Nutzenmaximierung bis hin zur Gewaltanwendung unter kapitalistischen Konkurrenzbedingungen und, *zweitens*, des Individuums als monadischem Träger solcher sogenannter Freiheit, des Kampfes mit verdeckter oder offener Gewalt um den temporären Sieg des jeweils Stärkeren am ökonomischen und politischen Markt. Auf der anderen Seite setzt diese Ideologie, als ihre Rechtfertigung, einen falschen Begriff von Gerechtigkeit voraus: die staatlich administrierte Zuteilung von sozialen Chancen der Berufsarbeit und des Konsums, die durch die staatliche, hierarchische und bürokratische und potentiell gewaltsam sanktionierte *Form* nicht allein unfrei, sondern auch ungerecht sein mußte.

Demgegenüber ist *Gerechtigkeit als soziale Gleichheit* »die Angemessenheit sozialer Verhältnisse an die einzigartige und spezifisch wertvolle Person je des einzelnen Menschen. Daher ist Gerechtigkeit eine Voraussetzung von persönlicher Freiheit. Ebenso ist persönliche Freiheit die Voraussetzung der Gerechtigkeit. Freiheit für jeden einzelnen ist die Bewegungsform, in der sich die Besonderheit und Einzigartigkeit der jeweiligen Person entfaltet. Gerechtigkeit ist Anerkennung und Förderung dieser freien Entfaltung. Der scheinbare Gegensatz von Freiheit und Gleichheit oder Freiheit und Sozialismus, den interessierte, manipulierende Ideologie propagiert, spiegelt Herrschaftsverhältnisse. Diese Herrschaftsverhältnisse verhindern sowohl die Freiheit, die sie sich zu ihrer Rechtfertigung auf die Fahnen, Denkmäler und Gesetzestafeln geschrieben haben, wie die Gerechtigkeit, auf die zugunsten der Freiheit verzichten zu müssen sie gegen jede denkende Vernunft ideologisch behaupten. Denn sie unterwerfen jede einzelne Person Verhältnissen der sozialen Ungleichheit und unterdrücken dadurch zugleich ihre persönliche Freiheit. Freiheit wird in diesem Zusammenhang etwas genannt, das keine Freiheit ist: die selbstunterdrückende Organisation des Individuums als physisch-psychischer Besitz- und Kampfapparat und das Verfügen, Konkurrieren, Machtausüben dieses Apparates im wirtschaftlichen Existenz- und im politischen Machtkampf als vorgeblich freies Verhalten.«²¹

Im Hinblick auf die Institutionalisierung der Freiheit und der Gerechtigkeit oder von deren Gegenteil, verweisen die oben getroffenen Unterscheidungen auf ihre subjektive Vermittlung. Sie besteht im Unterschied zwischen der freien Person in einem reichen Sein in wechselseitiger Anerkennung und auf der anderen Seite dem verfügbaren unterdrückenden Individuum als dem Täter und Opfer zugleich der oben angeführten modernen Herrschaftsstrukturen, in wechselseitigen Konkurrenz- und Kampfverhältnissen hinsichtlich ökonomischer Verfügungs- und politischer Machtchancen.

Schon die eingangs gegebene Bestimmung des Begriffs der Menschenwürde impliziert die Einheit von Freiheit und Gerechtigkeit und einen bestimmten Begriff beider Momente. Der Begriff der freien Person hat zwei Seiten. Einmal enthält er die *Freiheit von* Einschränkungen ihrer möglichen Verwirklichung in würdiger Existenz. Sodann bedeutet er die *Freiheit zu* oder für. Das ist die Freiheit, diese besondere Person zu sein und zu werden. Diese Freiheit weist daher von sich aus auf Gerechtigkeit hin, und braucht diese als eine Voraussetzung, ist daher mit der Gerechtigkeit identisch. Beide, Freiheit und Gerechtigkeit, werden durch Institutionen gesichert, die der Gerechtigkeit dienen, begriffen als Bedingung der freien Entfaltung der Person in der Form der Freiheit.

Die bisherigen Befreiungsbewegungen und ihre Reflexion im Süden des Globus haben immer sehr genau gesagt, wovon sie die Menschen befreien wollten (vom Elend vor allem), aber weniger oder gar nicht, zu welcher Freiheit sie sie befreien wollten. Dieses Defizit hat sichtbar gemacht, daß sie im allgemeinen und als erstes Ziel eine solche *Befreiung zur Freiheit* auch gar nicht praktisch angestrebt haben, sondern die Entfaltung »revolutionär« zur Macht kommender Avantgarden als neue Herrschafts- und Machtstruktur.

»Konkurrenz der Systeme«

An dieser Stelle mag es angezeigt sein, zwei weiteren Gemeinplätzen des ungesunden Menschenverstandes entgegenzutreten, die von der Meinung auf der Straße bis zur Rede und Abhandlung in anstaltlich beschränkter Gelehrsamkeit das herrschende falsche Bewußtsein ausdrücken. Es habe sich, so hieß es noch jüngst allenthalben, bei der politischen Auseinandersetzung zwischen etwa 1917 und 1989 um den Konflikt zweier *verschiedener* Gesellschaftssysteme gehandelt – um denjenigen nämlich zwischen Kapitalismus und Sozialismus (oder Kommunismus) oder den zwischen Markt und Staat. Demgegenüber zeigt ein unbefangener Blick auf Erscheinungsbild und Geschichte der Konkurrenten, daß *auf beiden Seiten zeitlich durchgehend und strukturell ähnlich immer Kapital und Staat zugleich als Herrschaftsstrukturen im Spiele waren*. Im Westen überwog und überwiegt bis heute das Kapital, oder: der Markt, im Osten der Staat. Beide, der Markt und der Staat, garantieren nicht von sich aus Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie.

So waren etwa die westlichen kapitalistischen Marktwirtschaften von ihren Anfängen im merkantilen Absolutismus über den europäischen Faschismus der zwanziger bis vierziger Jahre bis hin zu den zahlreichen autoritären und militaristischen und faschistischen Regimes auf marktwirtschaftlicher Grundlage in der »Dritten Welt« bis

in die jüngste Vergangenheit immer mit einer starken, zentralen, hierarchischen, vor allem in Polizei, Militär, Bürokratie und ihren einschlägigen Aktionen sichtbar erscheinenden Staatsgewalt verbunden. In den liberalen Phasen und Regionen war und ist diese Gewalt vergleichsweise eng begrenzt und rechtsstaatlich reguliert, in den demokratischen Phasen und Regionen war und ist sie zusätzlich noch an eine institutionalisierte Kompromißfindung zwischen den unmittelbar ökonomischen Herrschaftsverhältnissen und den weiteren gesellschaftlichen Mächten gebunden. Derart beschränkte Demokratie war und ist freilich nicht zu verstehen, wozu ihr Name verführen mag, als herrschaftsfreie Selbstbestimmung des Volkes, sondern nur als diese politische *balance of power* des im ganzen unfreien, herrschaftsförmigen Zustandes der Gesellschaft selber. Wie dem auch sei: die Staatsgewalt war immer vorhanden und als Garant der Regeln der privaten Nutzenmaximierung und des Konkurrenzkampfes auch unverzichtbar notwendig. Gerade im aktuellen High-Tech- und Katastrophenkapitalismus, der anderwärts auch ›Neoliberalismus‹ oder ›Toyotismus‹²² genannt wird, legt der Staat erst wieder richtig los, etwa seit den achtziger Jahren des zu Ende gehenden Jahrhunderts. Er befreit sich von dem ihm immer fremd gebliebenen, ihn schwächenden sozialen Element, um sich als Staat *sui generis*, als reiner Macht- und Sicherheitsstaat neu zu konstituieren. Und in jenen Ländern, die ein so allgemein wie fälschlich als Sozialismus bezeichneter zentralbürokratischer totaler Staat geprägt hat, war die dadurch strangulierte Ökonomie gleichwohl durch verallgemeinerte, auf die Spitze getriebene abstrakte, entfremdete Arbeit wie durch gelenkte Warenproduktion und gelenkte Kapitalakkumulation bestimmt. Weil diese *Variationen der tiefliegenden gemeinsamen Herrschaftsstrukturen der Moderne in sich immer gemischt* waren aus ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnissen, war auch ihr *Unterschied gegeneinander immer relativ*. Er hatte seinen gemeinsamen Nenner darin, daß *keines* der beiden Systeme die ökonomische und die politische Unfreiheit und den begleitenden Mangel an Gerechtigkeit hinter sich gelassen haben, aus denen die jeweils spezifischen Verletzungen der Menschenwürde und Formen der Armut immer neu hervorgegangen sind. *Eduardo Galeano*, der so scharfsichtige wie wahrhaftige Schriftsteller aus Uruguay, hat diesen Zusammenhang so ausgesprochen: »Im Westen«, so schrieb er, herrscht »die Opferung der Gerechtigkeit auf den Altären der Produktivitätsgöttin – im Namen der Freiheit. Im Osten« war es hingegen »die Opferung der Freiheit auf den Altären der Produktivitätsgöttin – im Namen der Gerechtigkeit«²³.

Galeanos Analyse entspricht derjenigen des heute – auf der Suche nach neuen Praxiswegen – jenseits von Lenin und Bernstein, höchst aktuellen *Albert Camus*. Ihm zufolge »fallen die kapitalistische und die sozialistische Gesellschaft zusammen, insofern sie im Hinblick auf die gleiche Verheißung und das gleiche Mittel: die industrielle Produktion, knechten ...«²⁴

Praxis der Utopie?

Das andere Vorurteil, mit dem angesichts der strukturellen Unfreiheit und Armut in den modernen ökonomischen und politischen

22 Unter Neoliberalismus ist eher die Ideologie als die »materielle« Wirklichkeit des Kapitalismus zu verstehen. Sie wird vielfach ›Toyotismus‹ genannt, weil ihre Methoden der Mehrwertproduktion ausgehend von Japan entwickelt worden sind.

23 Eduardo Galeano: Von der Notwendigkeit, Augen am Hinterkopf zu haben, Wuppertal 1992, S. 181.

24 Albert Camus: Der Mensch in der Revolte, Reinbek b. Hamburg, S. 224.

Herrschaftsverhältnissen unnach-sichtlich aufzuräumen ist, besagt, im Osten sei die versuchte Verwirklichung einer Utopie gescheitert in Terror und Arbeitslagern. Eben darum (!) müsse ein für allemal Schluß gemacht werden mit Utopien, auf jeden Fall seien Versuche, sie zu verwirklichen, strikt zu unterbinden als gemeingefährlich für das (Über-)Leben der Menschheit. Denn es habe das »utopische sozialistisch-kommunistische Experiment« die allgemeine unveränderliche Unzulänglichkeit des menschlichen Erdendaseins nicht berücksichtigt, das man so akzeptieren müsse, statt dies Dasein mit dem physikalischen *perpetuum mobile* in einem Vakuum zu verwechseln, dessen Bewegungsfreiheit keine Widerstände entgegenstünden. So wie schon im Osten die Verwirklichung der Utopie des Staates als Sozialismus, so auch scheitere gegenwärtig die Utopie der falsch verstandenen Freiheit als totaler Markt im Westen.

Hat jedoch, wie gerade angenommen, die Praxis des Ostens von Beginn an historisch im Westen entwickelte Herrschaftsstrukturen imitiert, wiederholt und bloß in den Gewichten verlagert variiert, so war sie keineswegs beabsichtigte oder gar durchgeführte Verwirklichung einer authentischen Utopie. Seit ihren Anfängen war sie die Liquidierung der freien Rätedemokratie, Praxis echter Utopie, die sich vor dem Staatsstreich der Bolschewiki im Oktober 1917, spontan und auf breiter Basis seit dem Februar dieses Jahres entwickelt hatte. Das sich ausbildende bolschewistische System war von Anfang an eine *strikt anti-utopische Ideologie und vor allem Praxis*. Sehr rasch und konsequent hat diese gegen-utopische Praxis dann nach den realen Anfängen auch die geistige Gestalt und die menschlichen Träger der kommunistischen Utopie zugunsten der marxistisch-leninistischen Arbeits-, Industrie- und Staats-, im ganzen: Fortschritts-Idolatrie abgeschafft, vielfach mit blutiger Gewalt. Diese Gewalt war *nicht* versuchte Verwirklichung der Utopie, sondern ihre zunächst gelungene Zerstörung. Auf einem anderen Blatt steht, daß dies schon der Anfang der Selbstzerstörung des sowjetischen Systems war, weil auch Herrschaft nicht ganz ohne Konzessionen an eine Utopie auskommt, zumindest nicht ohne ihre ideologische Instrumentalisierung zu Legitimationszwecken.²⁵ Dafür wurde die authentische Marxsche Theorie in den Marxismus-Leninismus transformiert. Diesem war Kritik – durch gelenkte Debatten als Herrschaftstechnik – ausgetrieben worden. Diese besondere Produktivkraft Kritik hatte sich somit das neue System selbst aus der Hand geschlagen.

Wie im ehemaligen Osten der Staat, so ist auch im Westen der sogenannte freie Markt nicht die Verwirklichung, sondern die beabsichtigte Abschaffung der Utopie wahrer Freiheit in einem demokratisch geordneten Gemeinwesen. Freilich existiert in beiden Systemen anstelle der praktisch wie theoretisch unterdrückten und liquidierten authentischen Utopien von Freiheit und Gerechtigkeit eine jeweilige Pseudo-Utopie. Sie ist die Hypostasierung eines Aspekts der bestehenden Unfreiheit. Im Osten wurde die politische Unfreiheit der modernen Staatsstruktur als Sozialismus verklärt, im Westen die strukturelle Gewalt des Markt-systems als Freiheit.

Die Funktion beider Pseudo-Utopien ist es gerade nicht, total verwirklicht zu werden – als Markt einerseits, als Staat andererseits, wie

25 Um noch einmal Camus anzuführen: Da sie nicht »Ketzer« sein wollten, die Ketzerei in ihren Reihen und außerhalb vielmehr blutig ausgerottet hatten, mußten die Bolschewiki »als Unterdrücker ... enden« (S. 202) – als Unterdrücker der Menschenwürde vor allem. »Jedesmal wenn die Revolution in einem Menschen den Künstler tötet, entkräftet sie sich selbst ein wenig« (S. 224). Denn Kunst manifestiert die Utopie der aufgehobenen Entfremdung als Wirklichkeit des schönen Scheins in der Seele des Menschen.

26 Diese Überlegungen zu Begriff und Realität des Marktes als struktureller Gewalt und zu notwendigen Differenzierungen in Begriff und Realität der Utopie wollen ausdrücklich auch verstanden werden als Kritik an der Behandlung dieser beiden Themen in einigen Texten von Franz Hinkelammert – vgl. Franz Hinkelammert: Gebrauchswert, Nutzenpräferenz und postmodernes Denken: die Wertlehre in der Wirtschaftstheorie und ihre Stelle im Denken über die Gesellschaft, in: Raúl Fornet-Betancourt (Coord.): Die Diskursethik und ihre lateinamerikanische Kritik, Aachen 1993, S. 66ff.; Ders.: Diskursethik und Verantwortungsethik – eine kritische Stellungnahme, in: Raúl Fornet-Betancourt (Coord.): Konvergenz oder Divergenz? ..., a.a.O., S. 111ff.; Ders.: Politisches Projekt und Utopie vor der Postmoderne, in: Franz Hinkelammert: Der Glaube Abrahams und der Ödipus des Westens. Opfermythen im christlichen Abendland, Münster 1989, S. 189ff.; Ders.: Der kategoriale Rahmen des anarchistischen Denkens, in: Franz Hinkelammert: Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie, Mainz 1994, S. 107ff. Vgl. auch Helmut Thielen: Ideologia e Utopia. A Dialética entre Pensamento e Sociedade na História em: H.T.: Além da Modernidade? Para uma Teoria Crítica da Práxis Libertadora, 1996 in Brasilien erschienen.

eine verbreitete Ideologie behauptet, sondern gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit in den Schranken von Ideologien bestehen zu bleiben, um die real gemischten staatlich-marktwirtschaftlichen Herrschaftssysteme zu verschleiern und zu kompensieren – durch die falschen Ideen eines als Freiheit glorifizierten totalen Marktes und eines als Sozialismus glorifizierten totalen Staates.

Das Problem der Entwürdigung, der Unfreiheit und der personalen Armut hat sich *nicht* erst in den versuchten *Totalisierungen* jeweils eines der beiden *Herrschaftsprinzipien* gezeigt, sondern schon in der *Realität* von Herrschaftsstrukturen, in denen jene Prinzipien gemischt realisiert sind. Denn nicht erst ihre quantitative Ausdehnung, sondern *schon ihre qualitative Beschaffenheit als Formen struktureller Gewalt bringt die unterdrückenden und zerstörenden Wirkungen von kapitalistischem Markt und von zentralem Staat notwendig hervor*. Darum kann es *nicht Konsequenz dieser Überlegung* sein, die spezifischen Armutsprobleme der im politischen Kampf übrig gebliebenen westlichen Systemvariante moderner Herrschaft durch eine Verweigerung und Verneinung der Praxis der Utopie zugunsten *einer neuerlichen Mischung von Staat und Markt* lösen zu wollen – von der *empirischen Unmöglichkeit* dieses derzeit *sich auflösenden historisch begrenzten Modells* einmal ganz abgesehen. Vielmehr kann es nur darum gehen, durch die Praxis der authentischen Utopie der frei geordneten Gemeinschaft diesen ganzen Zusammenhang von staatlich-marktwirtschaftlich-kapitalistischer Herrschaft und der Pseudo-Utopien als Ideologien, als geistiger Herrschaft durch Verschleierung und Bekräftigung der realen, hinter sich zu lassen.²⁶

Ideologie der Krise – Krise der Ideologie

Der Gründungsmythos der neoliberalen Episode kapitalistischer Religion in den neunziger Jahren, ständig wiederholt wie der Text auf einer tibetanischen Gebetsmühle, lautete etwa so: *Erstens*: Nach dem Fall der Berliner Mauer hat die Freiheit endgültig die Unfreiheit besiegt. *Zweitens*: Freiheitsliebende Menschen, mit höherer Einsicht in die tragische Antinomie von Freiheit und Gerechtigkeit, lassen zugunsten der Freiheit vermittels Deregulierung der Ungerechtigkeit ein wenig die Zügel schießen. *Drittens*: Der Versuch, Utopien zu verwirklichen, führt notwendig geradenwegs in den Archipel Gulag oder nach Auschwitz. *Viertens*: Darum schafft man sie ab oder läßt sie lediglich als träumerisch-kompensatorischen Horizont der realen Freiheit – des Marktes und des Staates – bestehen, so daß sie künftighin keinen Schaden mehr anrichten können.<

Dialektischem Denken gibt sich diese neueste, von rechts bis links weitgehend geteilte Ideologie als armseligste Phraseologie zu erkennen. Die Darstellung bis hierher kann als Kommentar zu diesem Urteil gelesen werden.

SAMIR AMIN

Die politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts

Die »belle époque« des Kapitals

Die Stimmung am Ende des 20. Jahrhunderts gleicht erstaunlicherweise in vielem der an seinem Anfang – es gibt wieder eine Art »belle époque«; insbesondere für das Kapital. Die Kapitalisten aus den Kernländern der »Triade« (EU, USA und Japan) schwelgen in ihrem Triumph. Die Arbeiterklasse in den Zentren des Weltwirtschaftssystems ist nicht länger jene Gefahr für das System, die sie während des 19. Jahrhunderts war, und dem Rest der Welt bleibt ohnehin nur noch übrig, die »zivilisierende Mission« des Westens zu akzeptieren.

Die »belle époque« krönte gewissermaßen einst eine Ära radikaler Umwälzungen, während der sich im Zuge der ersten industriellen Revolution der moderne Nationalstaat und das Bürgertum im Nordwesten Europas herausgebildet hat, um von dort aus den Rest des Kontinents sowie Nordamerika und Japan zu erobern. Die Regionen, die bereits früher lediglich an der Peripherie des merkantilistischen Zeitalters lagen – Lateinamerika, Britisch und Niederländisch Indien –, blieben von dieser »doppelten Revolution« ausgeschlossen, während die alten asiatischen Reiche (China, das Ottomanische Imperium und Persien) als neue Peripherien in den seither anhaltenden Globalisierungsprozeß einbezogen wurden. Schließlich fand der Triumph der Metropolen und des sich von dort aus globalisierenden Kapitals seinen Ausdruck in einer demographischen Explosion, die den Anteil Europas an der Weltbevölkerung von 23 (1800) auf 36 Prozent (1900) steigerte. Die Beschränkung der industriellen Revolution auf die Triaden-Ökonomien hat eine bis dahin ungekannte weltweite Polarisierung des Reichtums hervorgebracht. Am Vorabend der industriellen Revolution betrug der Unterschied in der Produktivität innerhalb einer Gruppe von Nationen, die etwa drei Viertel der Weltbevölkerung umfaßte, nie mehr als zwei zu eins. Im 19. Jahrhundert verschob sich diese Relation auf zwanzig zu eins.

Eine neue Globalisierungswelle, die schon um 1900 als »Ende der Geschichte« gefeiert wurde, entstand dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der »Öffnung« Chinas und des Ottomanischen Reiches (1840), mit der Niederschlagung der Sepoys in Indien (1857) und der Aufteilung Afrikas (ab 1885). Sie hat den Prozeß der Kapitalakkumulation jedoch kaum beschleunigt. Vielmehr hat sie in die strukturelle Krise von 1873 bis 1896 geführt; ein Szenario, das sich eigentümlicherweise ziemlich genau hundert Jahre später wiederholt hat. Diese erste Globalisierungskrise wurde jedoch von einer

Samir Amin – Jg. 1931; Prof. für Wirtschaftswissenschaften, war Ende der fünfziger Jahre Mitarbeiter der Behörde für ökonomische Entwicklung in Ägypten, später Regierungsberater in Mali und Direktor des Afrikanischen Instituts für ökonomische Entwicklung und Planung, er leitet gegenwärtig das Afrika-Büro des Dritte-Welt-Forums in Dakar (Senegal).

»... die Geschichte der kapitalistischen Expansion ist nicht nur die der »Entwicklung«, die sie veranlaßt hat. Es ist auch die Geschichte der wilden Zerstörungen, auf denen sie selbst fußt. Der Kapitalismus hat einen destruktiven Aspekt, der bei den Anpreisungen dieses Systems meist unterschlagen wird.«
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 67.

neuen Phase der industriellen Revolution (die produktive Nutzung der Elektrizität, des Erdöls, die Erfindung des Automobils und des Flugzeugs) begleitet, von der erwartet wurde, daß sie die Lebensbedingungen der Menschheit grundlegend umwälzen würde; das ähnelt wiederum auffällig der gegenwärtigen Epoche, wo von der Elektronik das gleiche erwartet wird. Parallelen finden sich auch in bezug auf die ersten Industrie- und Finanzoligopole, die nichts anderes als die »global players« jener Ära darstellen. Auf dem Finanzsektor zeichnete sich damals zudem die Globalisierung der Währungsbeziehung in Form des Gold-Sterling-Standards ab und auch die Eröffnung neuer Börsenplätze löste eine ähnliche Spekulationshysterie wie heutzutage aus. Schließlich ließ Jules Verne (in einem natürlich in Englisch verfaßten Roman) seinen Held in 80 Tagen die Welt umrunden. Für ihn war das globale Dorf bereits Realität.

Die politische Ökonomie des 19. Jahrhunderts wurde beherrscht von den Gestalten der großen Klassiker (Adam Smith, David Ricardo und deren herausragenden Kritiker Karl Marx). Der Triumph der Globalisierung am Ende des Jahrhunderts brachte nun eine neue Generation von Theoretikern hervor, die vor allem zu beweisen versuchten, daß der Kapitalismus »unüberwindlich« sei, weil er das letzte Wort einer ewigen, universellen Rationalität darstelle. Léon Walras avancierte zu einer zentralen Figur dieser Generation und es ist sicherlich kein Zufall, daß er gerade von heutigen Ökonomen »wiederentdeckt« wird. Aber genau so wenig wie es Walras seiner Zeit – trotz größter Anstrengungen – gelungen war zu beweisen, daß Märkte selbstregulierende Systeme darstellen, genau so kläglich scheitern die neuzeitlichen Neoklassiker an dieser Aufgabe.

Die heute alles beherrschende liberale Ideologie interpretiert Gesellschaft als eine Ansammlung von Individuen und behauptet von dieser reduktionistischen Position aus, daß das von Märkten hergestellte Gleichgewicht sowohl ein Maximum an sozialer Gleichheit schafft, als auch Stabilität und Demokratie garantiert. Nichts bleibt unversucht, um die Analyse der realen kapitalistischen Widersprüche durch die Theorie eines idealisierten Kapitalismus zu ersetzen. Seinen Ausgangspunkt hatte dieses vulgäre wirtschaftstheoretische Konstrukt in Lehrbüchern aus der Feder von Alfred Marshall, die damals die »Bibel« der Globalisierungsökonomien abgaben. Die dort offenbarten Verheißungen eines globalisierten Liberalismus schießen dann auch – für eine Weile jedenfalls – Wirklichkeit zu werden; in jener »belle époque«.

Nach 1896 setzte auf der Grundlage der zweiten industriellen Revolution erneut Wirtschaftswachstum ein, Oligopole entstanden, die internationalen Finanzmärkte boomten. Der damalige »Aufbruch aus der Krise« begeisterte nicht nur überzeugte Ideologen des Kapitals, er veranlaßte auch verschiedene politische Parteien, ihre systemkritischen Ansätze aufzugeben und auf eine Umlaufbahn als bloße Mitgestalter des Systems einzuschwenken. Dieser Wandel ähnelt in vielem dem, den die Sozialdemokratie unter Tony Blair und Gerhard Schröder heute, ein Jahrhundert später, erneut vorführt. Und die modernistischen Eliten in der Peripherie können sich inzwischen auch nichts mehr vorstellen, das außerhalb kapitalistischer Entwicklungslogik liegt.

»... die Sozialdemokratie hat den ... doppelten Konsens akzeptiert, auf dem die westliche Gesellschaft beruht: Regelung des politischen Systems durch pluralistische Wahl; Regelung des ökonomischen Systems durch kapitalistisches Privateigentum und Markt. Damit hat sie die Hegemonie des Kapitals nicht in Frage gestellt, sondern sie nur durch eine gewisse soziale Macht der Arbeitenden gemäßigt. (...) Die objektiv notwendige fortschrittliche Evolution würde erfordern, daß der gegenwärtige historische Kompromiß durch eine wirkliche Hegemonie der Welt der Arbeit ersetzt wird. Das verlangt mit Notwendigkeit, die Systeme des Eigentums an den Hauptproduktionsmitteln und der ökonomischen Entscheidungsfindung in den Unternehmen sowie ... die technokratische Sicht auf die Lenkung der Gesellschaft in Frage zu stellen ...«
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 20f.

Die »belle époque« war dann allerdings bereits nach weniger als zwanzig Jahren wieder zu Ende. Einige Dinosaurier vom Schlage Lenins (der damals noch sehr jung war) hatten dies vorausgesehen, aber sie fanden kein Gehör. Mit Liberalismus, der gleichbedeutend ist mit der uneingeschränkten Herrschaft des Kapitals, konnte nicht einer der Systemwidersprüche merklich reduziert werden. Immer mehr zeichnete sich daher das Hervortreten neuer Bewegungen aus den Reihen der fragmentierten, illusionär-prokapitalistischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften ab.

Die liberale Globalisierung konnte schließlich nur zu einem Resultat führen: zur Militarisierung der Beziehungen zwischen den imperialistischen Mächten und sie führte folglich direkt in einen Krieg, der in seinen heißen und kalten Varianten etwa dreißig Jahre (von 1914 bis 1945) andauern sollte. Hinter der scheinbaren Ruhe der »belle époque« wuchsen seit längerem auch außerhalb Europas soziale Spannungen, nationale wie internationale Konflikte bildeten sich heraus. In China ergriff eine erste Generation von Kritikern kapitalistischer Modernisierung die Macht. Deren grundsätzliche Kapitalismuskritik hat bis heute Nachwirkungen in Indien, in der ottomanischen und arabischen Welt genauso wie in Lateinamerika. Sie hat diese drei Regionen erobert und dort die intellektuelle Szenerie über drei Viertel des 20. Jahrhunderts beherrscht.

Mehr als sieben Jahrzehnte unseres Jahrhunderts waren geprägt von mehr oder weniger radikalen Projekten zur Transformation der weltwirtschaftlich peripheren Regionen, durch Projekte, die erst durch die Zurückweisung der illusorischen liberalen Globalisierung der »belle époque« möglich wurden. Das zu Ende gehende Jahrhundert war daher ein Jahrhundert scharfer Konflikte zwischen den herrschenden Protagonisten (Unternehmen wie Staaten) eines globalisierten oligopolistischen Kapitalismus und den Völkern und sozialen Klassen, die eine derartige Diktatur der Ökonomie ablehnen.

Der moderne Dreißigjährige Krieg (1914 – 1945)

Die Jahre von 1914 bis 1945 waren einerseits gekennzeichnet durch den »Dreißigjährigen Krieg« um das Erbe britischer Hegemonie, der zwischen Deutschland und den USA ausgetragen wurde, und andererseits durch einen Versuch »nachholender Entwicklung mit anderen Mitteln«, das heißt durch die Errichtung des Sozialismus in der Sowjetunion.

In den Hauptländern des Kapitals versuchten sowohl Sieger als auch Besiegte des Krieges zwischen 1914 und 1918 – allen Widrigkeiten zum Trotz – die Illusion des globalisierten Liberalismus neu zu beleben. Deshalb wurde eine Rückkehr zum Goldstandard initiiert; die Kolonialimperien wurden gewaltsam aufrecht erhalten; die wirtschaftliche Liberalisierung wurde wieder forciert. Stimuliert durch die wirtschaftliche Dynamik in den USA, die vor allem durch die Einführung des Fließbandes und der Großserienproduktion gefördert wurde, schien für eine kurze Zeit alles gut zu gehen. Aber die Erholung erwies sich als prekär und als 1929 die Große Depression hereinbrach, kollabierte faktisch die gesamte Weltwirtschaft. Die folgende Dekade war ein einziger Alptraum. Die wichtigsten Wirtschaftsmächte reagierten ähnlich wie in den achtziger und neunziger

Jahren des 20. Jahrhunderts mit deflationistischen Strategien, die die Krise lediglich verschärfen und eine Abwärtsspirale auslösen und vor allem die Massenarbeitslosigkeit weiter vergrößern. Für die Opfer war dies um so schlimmer, als damals sozialstaatliche Sicherungssysteme kaum existierten. Die imperialistischen Mächte rivalisierten weiter um Kolonialreiche und Einflußzonen, was schließlich fast unvermeidlich im Zweiten Weltkrieg enden mußte.

Die westlichen Gesellschaften reagierten höchst unterschiedlich auf diese wirtschaftliche Katastrophe am Ende der zwanziger Jahre. Einige versanken im Faschismus, um (wie Deutschland, Japan und Italien) auf diese Weise eine Veränderung der globalen Machtverhältnisse zu ihren Gunsten zu erzwingen. Die USA und Frankreich waren da eher eine Ausnahme. Mit Roosevelts New Deal und der Front Populaire in Frankreich wurde versucht, durch eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik (mit Unterstützung der Arbeiterklasse) aus der Krise herauszukommen. Dieses Modell hat sich allerdings erst nach 1945 voll entfaltet.

An der Peripherie löste der Zusammenbruch der »belle époque« eine Radikalisierung des antiimperialistischen Kampfes aus. In einigen lateinamerikanischen Ländern, die vor allem von ihrer nationalstaatlichen Unabhängigkeit profitierten, entwickelten sich verschiedene Formen eines populistischen Nationalismus – in Mexiko wurden die Traditionen der Bauernrevolution von 1910 bis 1920 wiederbelebt, in Argentinien setzte sich in den vierziger Jahren der Peronismus durch. Dieser fand im Osten seine Entsprechung im türkischen Kemalismus, während in China seit der Revolution von 1911 ein Bürgerkrieg zwischen der Kuo Min Tang und den Kommunisten tobte. In anderen Regionen verzögerte das noch immer bestehende Kolonialregime die Herausbildung ähnlicher national-populistischer Bewegungen um einige Jahrzehnte.

Abgeschnitten vom Rest der Welt versuchte die Sowjetunion einen neuartigen Entwicklungsweg einzuschlagen. Während dort in den zwanziger Jahren noch die Hoffnung auf Unterstützung durch die Weltrevolution gehegt wurde, konzentrierten sich schließlich alle Anstrengungen auf die Stalinschen Fünfjahrpläne, mit denen man die bereits verlorene Zeit wettmachen wollte. Die Leninsche Parole vom Sozialismus als »Sowjetmacht plus Elektrifizierung« orientierte zwar bereits auf eine neue industrielle Revolution, in der Elektrizität und Elektronik Kohle und Stahl verdrängen sollten, erwies sich aber in der Realität als nicht durchsetzbar. Das Festhalten am traditionellen Entwicklungsmuster (an Kohle und Stahl) gewann schließlich die Oberhand gegenüber den Sowjets, die ihres eigentlichen Inhalts beraubt, als bloße Hüllen fortexistierten.

Im Kern bildete sich ein despotischer Staat heraus, der sich ungeachtet seiner sozial-populistischen Politik allein einer zentral geplanten Akkumulation verschrieben hatte – das verwundert allerdings kaum, denn auch die deutsche Einheit oder die japanische Modernisierung waren nicht in erster Linie das Werk von Demokraten. Das sowjetische System erwies sich jedoch nur solange als effizient, wie es allein um die Beschleunigung der Akkumulation und den Aufbau eines militärischen Potentials ging, das selbst die kapitalistischen Hauptländer in Schach zu halten vermochte, was erstmals mit dem

Sieg über Hitler-Deutschland und später mit der Brechung des Atombombenmonopols und mit der Erlangung strategischer Parität bei ballistischen Nuklearraketen eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurde.

Vom Wachstumstaumel in die Krise (1945 – 1970)

Mit dem Zweiten Weltkrieg begann eine neue Epoche des Weltsystems. Das hohe Wachstum der Nachkriegszeit beruhte auf dem Zusammentreffen von drei sozialen Großprojekten – dem Projekt der Schaffung nationaler Wohlfahrtsstaaten im Westen, dem »Bandung«-Projekt der Herausbildung nationalistisch-populistischer Systeme an der Peripherie und dem sowjetsozialistischen Projekt eines »Kapitalismus ohne Kapitalisten«, wobei letzteres sich in relativer Isolation vom Rest des Weltsystems entwickelte. Der doppelte Sieg – die Zerschlagung des Faschismus und des Kolonialismus – schuf in der Tat günstige Bedingungen insbesondere für die Arbeiterklasse, ein gewisses Maß an Kontrolle über den kapitalistischen Akkumulationsprozeß zurückzugewinnen und gleichzeitig eine Phase beschleunigten Wachstums einzuleiten.

Die folgende (zwischen 1968 und 1975 beginnende) Krise glich eher einer schleichenden Erosion, denn einem Kollaps des Systems, wie er noch Ende der zwanziger Jahre aufgetreten war. Diese Periode, die bis in die Gegenwart reicht, geht daher nicht mit der Erschaffung einer »neuen Weltordnung« einher, wie sie nur all zu oft bereits verkündet wurde, sondern mit einer fortschreitenden Chaotisierung der Verhältnisse. Die unter diesen Bedingungen angewandten politischen Konzepte sind kaum dazu geeignet, eine neue Epoche kapitalistischer Prosperität einzuleiten, sie beschränken sich lediglich auf eine Art Krisenmanagement. Und sie können auch nicht mehr sein, solange die spontanen Konvulsionen des Kapitals nicht in ein kohärentes System sozialer Regulation zurückgebunden werden – solange sich die Illusion hält, daß die Welt durch etwas sinnvoll gelenkt werden könnte, was als »Markt« bezeichnet wird, hinter dem sich jedoch allein die Dominanz kurzfristiger Kapitalverwertungsinteressen verbirgt.

Gegenwärtig endet eine Periode, in der relativ stabile kapitalistische Reproduktions- und Akkumulationsregimes einander ablösen. Die Chaotisierung der Verhältnisse steht auf der Tagesordnung. Dies kontrastiert auffällig mit der Nachkriegszeit, in der die relative Gleichförmigkeit kapitalistischer Entwicklung auf einer Stabilisierung sowohl der inneren als auch der äußeren Entwicklungsbedingungen beruhte. In solchen Zeiträumen lassen sich historische Subjekte leicht und präzise abgrenzen (soziale Klassen, Staaten, Parteien, gesellschaftliche Organisationen). Ihr Verhalten unterliegt festen Regeln und ist daher berechenbar; die jeweils herrschenden Ideologien sind weitgehend unangefochten. Es können zwar auch konjunkturelle Schwankungen auftreten, aber die soziale Grundstruktur bleibt stabil. Prognosen scheinen nicht nur möglich, sondern auch einfach zu sein. Gefährlich wird es nur, wenn der Prognosezeitraum sich zu weit in die Zukunft erstreckt und de facto unterstellt wird, daß es ewig so weiter geht – als sei das »Ende der Geschichte« erreicht. Die Analyse jener Widersprüche, die die Stabilität der Strukturen sukzessive unterminieren, wird dann durch etwas ersetzt, das zu Recht

»Für die Länder der Dritten und Vierten Welt, die echten Peripherien und die von der kapitalistischen Expansion ruinierten Gesellschaften, wird, wenn im Rahmen des Kapitalismus eine den materiellen Bedürfnissen aller sozialen Schichten der Nation entsprechende Entwicklung nicht möglich ist, die Untersuchung der alternativen Option einer anderen Entwicklung ohne Unterwerfung unter die globalen Zwänge dringlich. Das ist der Sinn des Ausdrucks ›Entkoppelung‹. Die Entkoppelung ist kein Rezept, sondern die prinzipielle Entscheidung, die Rationalitätskriterien der inneren ökonomischen Entscheidung von denen zu entkoppeln, die das Weltsystem regieren, d.h. sich vom Zwang des mundialisierten Werts dadurch zu befreien, daß man statt seiner ein Wertesetz von national-populärer Tragweite wirken läßt.«
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 79.

»Von Anfang an muß erkannt werden, daß die Probleme, die die Völker der Welt zu klären haben, von Region zu Region verschieden sind; das Welt-system muß also den Völkern einen Autonomieraum belassen, so daß sie ihre Interessen fördern können; die »allgemeine Interdependenz« und dieses legitime Streben nach Autonomie müssen in Einklang gebracht werden ... (...) Der Polyzentrismus bedeutet für die Länder des Ostens und Südens das Bestreben von entkoppelten Entwicklungspolitiken in dem Sinn, den ich diesem Konzept beilege (die Unterordnung der Außenbeziehungen unter die Erfordernisse des inneren Fortschritts, statt der Umkehrung, die das Wesen der einseitigen Anpassung durch den Markt ausmacht).«
 Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 86.

als »große Erzählungen« bezeichnet wird. In ihnen wird der Augenblick im Namen »unumstößlicher Gesetze der Geschichte« in alle Ewigkeit verlängert. Die wahren Subjekte der Geschichte verschwinden und an ihre Stelle tritt eine vermeintlich objektive strukturelle Entwicklungslogik.

Die erwähnten Widersprüche verrichten jedoch trotzdem ihr Werk in aller Stille, bis eines Tages die vermeintlich stabilen Strukturen kollabieren. Die Geschichte tritt dann in eine Periode ein, die später als »Übergangsphase« interpretiert werden wird. Erlebt wird sie jedoch – während sie abläuft – als Wende ins Unbekannte und als Phase der Herausbildung neuer sozialer Kräfte. Diese Kräfte und Bewegungen wachsen zunächst langsam, während sie mühsam durch »Versuch und Irrtum« Erfahrungen sammeln. Indem sie neue Diskurse provozieren, erlangen sie schließlich gesellschaftliche Legitimation. Erst wenn der Prozeß gesellschaftlicher Wandlungen zur Formierung neuer sozialer Strukturen geführt hat, kann von der Entstehung eines »posttransitorischen« Systems gesprochen werden.

Die langanhaltende Wachstumsphase ermöglichte nach dem Krieg überall in der Welt bedeutende wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen, die vor allem das Ergebnis von Regulativen waren, die durch die werktätigen Klassen und Schichten gegen das Kapital durchgesetzt wurden. Daß sie Ergebnis ungehinderter kapitalistischer Expansion seien, ist ein Mythos, der nimmermüde durch die Ideologien des Kapitals verbreitet wird. Diese Umwälzungen waren zudem so beträchtlich, daß sie bis in die Gegenwart fortwirken und heute jene Rahmenbedingungen prägen, unter denen die Menschheit die Schwelle zum 21. Jahrhundert überschreiten wird.

Über eine lange Zeit – beginnend mit der industriellen Revolution am Anfang des 19. Jahrhunderts über die dreißiger (in bezug auf die Sowjetunion) bis (vor allem hinsichtlich der Dritten Welt) zu den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts – war der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie hauptsächlich ein Gegensatz zwischen industrialisierten und nicht industrialisierten Ländern. Die Aufstände in der Peripherie – gleich ob dies sozialistische Revolutionen (in Rußland oder China) oder nationale Befreiungsbewegungen waren – versuchten, diese »alte« Polarisierung durch die Einleitung eines Modernisierungsprozesses zu überwinden, ohne dabei jedoch jene Achse zu zerbrechen, über die sich das kapitalistische Weltssystem seit jeher reproduziert. Den Kern der globalen Definitionsmacht der »Triaden«-Staaten bilden noch immer »fünf Monopole«: die Kontrolle über den technologischen Fortschritt, die Beherrschung der globalen Finanzströme (über Banken, Versicherungsgesellschaften und Pensionsfonds), die Verfügung über die natürlichen Ressourcen des Planeten, die Dominanz im Bereich der Medien und der Kommunikationsnetzwerke sowie ihr gewaltiges Arsenal an Massenvernichtungswaffen.

Zusammengenommen bestimmen diese fünf Monopole nach wie vor den Rahmen, in dem das Wertgesetz auf globaler Ebene funktioniert. Dieses Wertgesetz ist keineswegs nur Ausdruck »reiner Ökonomie«, jenseits von sozialen oder politischen Faktoren. Es ist vielmehr gerade konzentrierter Ausdruck der Totalität aller Umstände, die den Grad der Industrialisierung in der Peripherie beschränken,

den Wert der dort hergestellten Güter senken, während die in den transnationalen Unternehmen geschaffenen Wertanteile (zugunsten der Metropolen) überhöht werden. Daraus resultiert eine weltweite Einkommensverteilung, die mehr denn je ungleich ist und die die Gesellschaften in der Peripherie in ihrem Status als subalterne Extraktionsökonomien reproduziert. Auf dieser Basis wird die Polarisierung – vielleicht in modifizierter Form – auch zukünftig fort dauern.

Während der »Bandung-Periode« hatten die Staaten der Dritten Welt damit begonnene eigenständige Entwicklungsanstrengungen zu unternehmen, mit deren Hilfe diese Polarisierung verringert – das heißt »aufgeholt« – werden sollte. Das machte sowohl nationale Regulationssysteme als auch ständige, kollektive (Nord-Süd)Verhandlungen zur Errichtung internationaler Steuerungssysteme (vor allem im Rahmen der UNCTAD) erforderlich. Damit verbunden war außerdem die allmähliche Reduzierung von wenig produktiven Aktivitäten und ihre Ersetzung durch moderne mit höherer Produktivität, auch dann, wenn diese modernen Beschäftigungsformen auf dem Weltmarkt zunächst nicht konkurrenzfähig waren.

Der eher bescheidene und ungleich verteilte Erfolg dieser Politik (von einem Fehlschlag kann keineswegs gesprochen werden, auch wenn dies überall so kolportiert wird) hat eine Dritte Welt entstehen lassen, die sich momentan gerade mitten in der industriellen Revolution befindet.

Diese ungleiche kapitalistisch-orientierte und von Eliten aus den Reihen der nationalen Befreiungsbewegung ins Werk gesetzte Industrialisierung hat eine Differenzierung in der Peripherie hervorgebracht zwischen jener »sich entwickelnden Peripherie«, der es gelungen ist, Industrien aufzubauen, die potentiell konkurrenzfähig sind im globalisierten Kapitalismus und jener »marginalisierten Peripherie«, die dies nicht erreichen konnte. Die Merkmale, nach denen zwischen diesen beiden Gruppen unterschieden werden kann, beziehen sich keineswegs nur auf ihre Konkurrenzposition, sondern auch auf den Bereich der Politik.

Die politischen Führungskräfte in den sich eher dynamisch entwickelnden Ländern der Peripherie – und mit ihnen die gesamte Gesellschaft (was innergesellschaftliche Widersprüche nicht ausschließt) – verfolgen ein Projekt und eine Strategie für dessen Umsetzung. Das trifft besonders deutlich auf China und Korea sowie, mit Abstrichen, auf einige andere Staaten in Südostasien, auf Indien und einige Länder Lateinamerikas zu. Diese Projekte stehen in scharfem Gegensatz zu den imperialistischen Bestrebungen der Metropolen – der Ausgang dieses Konflikts wird die Welt von morgen wesentlich prägen. Die Länder der marginalisierten Peripherie haben weder ein Projekt (auch wenn die Rhetorik vor allem des politischen Islams das Gegenteil behauptet) noch eine eigenständige Strategie. In diesen Fällen »denken« imperialistische Kreise für die einheimischen Eliten und entwerfen »Projekte« für diese Regionen (wie zum Beispiel bei den an die EU assoziierten AKP-Staaten, beim Nahost-Projekt von Israel und USA oder bei der EU-Strategie gegenüber den südlichen Mittelmeeranrainern). Keines dieser regionalen Projekte bietet eine Chance auf Eigenständigkeit; die daran beteiligten Entwicklungsländer sind passive Teilnehmer der Globalisierung.

»Die Berichte der Weltbank sind ... musterhaft. Ihre Lektüre, die ebenso langweilig wie jene der *Prawda* von vor 15 Jahren, hat somit den Vorteil, daß man von vornherein weiß, was die Bank zu jedem beliebigen alten oder neuen Thema sagen wird. Sie geht nie über die beiden ... ›Forderungen‹ (mehr Markt, weniger Sozialausgaben – d.R.) hinaus, die in Wirklichkeit vorgegebene Dogmen sind. Ideologie verpflichtet; die wirklichen Fragen werden immer von vornherein umgangen. Statt ihrer bietet man eine Menge von ›Daten‹ ..., die keine besondere Bedeutung haben und doch ›etwas aussagen‹ sollen. Dazu läßt man sie – unter Mißbrauch von ökonomischen Modellen, die meist nur hochgestochene Stellvertreter der Dreisatzrechnung sind – das anzeigen, was man angezeigt haben will, um rein ideologischen Behauptungen den Anschein von ›Wissenschaftlichkeit‹ zu geben: Schlichte und einfache Tautologie.«
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 40.

Dieser kurze Überblick über die politische Ökonomie der gravierenden Veränderungen des kapitalistischen Weltsystems im 20. Jahrhundert wäre höchst unzulänglich ohne einen Blick auf die schier unglaubliche demographische Revolution, die sich in dieser Zeit in der Peripherie ereignet hat. In ihrem Ergebnis hat sich der Anteil Asiens (ohne die frühere UdSSR und Japan), Afrikas sowie Lateinamerikas und der Karibik an der Weltbevölkerung von 68 (1900) auf heute 81 Prozent vergrößert.

Die dritte Ländergruppe des Weltsystems, in der während der Nachkriegsära gewöhnlich die »real-sozialistischen« Staaten zusammengefaßt wurden, hat die Bühne der Geschichte verlassen. Dabei war die Existenz des Sowjetsystems, seine Industrialisierungserfolge und seine militärische Präsenz, eine gewaltige Triebkraft der grandiosen Umgestaltungen des 20. Jahrhunderts. Ohne die »Gefahr«, die durch das kommunistische Gegenmodell verkörpert wurde, wäre es der westlichen Sozialdemokratie niemals gelungen, derartige sozialstaatliche Errungenschaften durchzusetzen. Die Existenz der Sowjetunion und der damit verbundene Druck auf die Vereinigten Staaten vergrößerte zudem den Handlungsspielraum der Bourgeoisie in den Ländern des Südens.

Das sowjetische System scheiterte schließlich daran, daß es ihm unmöglich war, eine neue Stufe intensiver Akkumulation zu meistern; daher war es unfähig, die neue »computergetriebene« industrielle Revolution am Ende des 20. Jahrhunderts zu bewältigen. Die Ursachen für dieses Versagen sind komplexer Natur, wobei dem antidemokratischen Charakter des Regimes zweifellos wesentliche Bedeutung zukommt. Dieses Regime war nicht in der Lage, jene fundamental notwendigen Schritte in Richtung auf eine wirklich demokratische Gesellschaft zu gehen, die weit über das hinausschreitet, was unter den Bedingungen kapitalistischer Verhältnisse möglich ist. Sozialismus ist demokratisch oder er ist gar nicht – das ist die wichtigste Lehre aus dem ersten Experiment eines Bruchs mit dem Kapitalismus.

Die Gesellschaftsmodelle und die vorherrschenden wirtschaftlichen wie politischen Theorien, auf die sich sowohl der national zentrierte Sozialstaat im Westen, wie auch das Sowjetsystem im Osten und gleichfalls der Populismus im Süden stützten, mit deren Hilfe sie eine ausgehandelte, kontrollierte Globalisierung zu verwirklichen suchten, gehen insbesondere auf Marx und Keynes zurück, wobei letzterer seine Kritik des Marktes vor allem in den dreißiger Jahren entwickelte, was damals aber kaum zur Kenntnis genommen wurde. Erst die neuartigen gesellschaftlichen Bedingungen der Nachkriegszeit eröffneten durch die Zurückdrängung liberaler Positionen jene Räume, die schließlich die Durchsetzung des Sozialstaats ermöglichten. Demgegenüber blieb die Welt des »real existierenden« Sozialismus vom Marxschen Denken beherrscht. Die Ideen dieser beiden dominierenden Gestalten des 20. Jahrhunderts verloren jedoch in dem Maße an Einfluß, in dem sie für die Rechtfertigung staatlicher Macht mißbraucht wurden. In beiden Fällen gewann eine Tendenz zur Vereinfachung und Dogmatisierung die Oberhand.

Gesellschaftskritisches Denken fand danach – für eine gewisse Zeit in den sechziger und siebziger Jahren – in der Peripherie des Systems eine neue Heimstatt. Hier rief das national-populistische

Entwicklungsmodell, das im Kern eine erbärmliche Version des ›So-wjetismus‹ war, ein wahres Feuerwerk an lebendiger Kritik des »real existierenden Sozialismus« hervor. Im Zentrum dieser Kritik stand vor allem ein neues Verständnis der über eineinhalb Jahrhunderte ignorierten Polarisierungstendenz, die mit der globalen Expansion des Kapitals einhergeht. Mit diesem Aufschwung an kritischer Auseinandersetzung mit Imperialismus und »real existierendem« Sozialismus und jenen Theorien, durch die sie legitimiert wurden, trat die Peripherie erstmals in den Gesichtskreis moderner Gesellschaftskonzeptionen. Das war durchaus mehr als jene bornierte »Dependenztheorie«, auf die diese Denkschule später reduziert wurde, weil sie die Debatte über Sozialismus und den Übergang dahin, aber auch über Marxismus und historischen Materialismus und seine eurozentristischen Beschränktheiten neu eröffnete. Auch wenn diese Denkschule sicherlich für eine gewisse Zeit vom Maoismus stark beeinflusst wurde, so arbeitete sie doch insgesamt wesentliche Ecksteine sowohl einer grundsätzlichen Kritik des ›Sowjetismus‹ als auch der bereits heraufdämmernden neuen Globalisierungswelle heraus.

Die Krise zum Jahrtausendwechsel

Die Nachkriegsperiode ist längst Geschichte. Gegen Ende der sechziger Jahre beginnend, führte der Kollaps der drei Modelle regulierter Akkumulation in der Nachkriegszeit in eine strukturelle Systemkrise, die in vielem an jene am Ende des 19. Jahrhunderts erinnert – die Wachstums- und Investitionsraten haben sich halbiert, die Arbeitslosigkeit erreicht immer neue Höchstwerte, Armut und Verelendung nehmen dramatisch zu. Die Einkommensungleichheit in der kapitalistischen Welt hat sich gravierend verschärft (von 1 : 20 um 1900 über 1 : 30 (1994/48) auf heute 1 : 60); die reichsten zwanzig Prozent der Weltbevölkerung haben in den letzten zwei Jahrzehnten ihren Anteil am Weltsozialprodukt von 60 auf 80 Prozent vergrößert. Die Globalisierung hat sich offensichtlich nur für wenige als günstig erwiesen. Für die übergroße Mehrheit – vor allem für die Menschen im Süden, denen eine destruktive Strukturanpassungspolitik von außen aufgeherrschte wurde, und jene im Osten, die von der Implosion eines Gesellschaftssystems heimgesucht wurden – war sie eine Katastrophe.

Aber ähnlich wie ihr historischer Vorläufer ist die gegenwärtige strukturelle Krise mit einer technologischen Revolution verbunden, die alle Formen der Arbeitsorganisation umwälzt und die folglich auch neue Formen des Kampfes der Arbeiter wie der Bevölkerung überhaupt erfordert. Die bislang noch fragmentierten neuen sozialen Bewegungen haben noch keine befriedigende Antwort auch die neuen Herausforderungen gefunden, aber es gibt bereits einige wichtige, ermutigende Durchbrüche: der machtvolle Aufschwung der Frauenbewegung und vor allem auch der wachsende Widerstand gegen die Umweltzerstörung, die erstmals die Existenz der Menschheit überhaupt bedroht.

Das bisherige, auf die brutale Neuordnung der Verhältnisse zugunsten des Kapitals zielende Krisenmanagement hat alte liberale Rezepturen wieder salonfähig gemacht. Marx und Keynes wurden aus den herrschenden sozialen Strategien verbannt, und die Theorie-

»Das Weltsystem ist in der Krise. Es handelt sich insofern um eine allgemeine Krise des Akkumulationsmodells, als die meisten sozialen Formationen des Ostens (die vormalig ›sozialistischen‹) und des Südens (Dritte und Vierte Welt) nicht eine erweiterte Reproduktion und teilweise nicht eine einfache Reproduktion (das gilt für die Vierte Welt Afrikas) sichern können.«
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 12.

tiker der »reinen Ökonomie« haben die Analyse der wirklichen Welt durch die eines idealisierten Kapitalismus ersetzt. Dieser zeitweilige Erfolg hochgradig reaktionärer und illusorischer Denkmodelle ist jedoch nichts anderes als ein Symptom des Niedergangs. Aberglaube tritt an die Stelle kritischer Analyse – alles deutet darauf hin, daß es objektiv Zeit wird, diesen Kapitalismus zu überwinden.

Selbst das Krisenmanagement beginnt allmählich zu versagen, denn die jüngsten Krisen in Südostasien und Korea waren durchaus vorhersehbar. In den achtziger Jahren konnten diese Länder (und China) von der krisenhaften Lage der Weltwirtschaft insgesamt vor allem dadurch profitieren, daß sie sich – begünstigt durch ihre Lohnkostenvorteile – verstärkt in den Welthandel integrierten, wodurch sie zunehmend Auslandsinvestitionen anzogen, während sie von der Globalisierung der Finanzmärkte kaum berührt wurden. Das änderte sich in den neunziger Jahren gravierend – Korea und andere südostasiatische Länder öffneten sich der Globalisierung der Finanzmärkte, China und Indien bewegten sich zudem in die gleiche Richtung.

Angelockt durch die hohen Wachstumsraten in der Region, verstärkten sich spekulative Kapitalzuflüsse, die an keinerlei Investitionen in der Realwirtschaft gebunden waren, sondern lediglich inflationäre Entwicklungen auf dem Aktien- und Grundstücksmarkt auslösten. Wie vorauszusehen war, platzte schließlich die spekulative Blase. Die politischen Reaktionen unterschieden sich dann in mancher Hinsicht von denen während der Tequilla-Krise in Mexiko (1994/95). Die Vereinigten Staaten – gefolgt von Japan – ergriffen die sich bietende Gelegenheit und versuchten (unter dem Verdikt, daß staatlich kontrollierte Oligopole für die Krise verantwortlich seien), die Volkswirtschaften dieser Länder wieder der Herrschaft US-amerikanischer und japanischer Oligopole zu unterwerfen. Doch die betroffenen Staaten wehrten sich, vor allem indem sie darauf verwiesen, daß sie Opfer spekulativer Attacken im Gefolge der Globalisierung der Finanzmärkte geworden seien. Ihre Antwort bestand deshalb in der Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen (Malaysia) und insgesamt in einem Rückzug aus dem Globalisierungsprozeß (vor allem China und Indien).

Dies erschütterte die liberalen Weltwirtschaftsvisionen der G 7-Staaten nachhaltig und veranlaßte sie zu einem Kurswechsel. Plötzlich avancierte das Wort »Regulation«, das bis dahin faktisch verboten war, zum Allheilmittel. Überall wurde jetzt gefordert, »die internationalen Kapitalbewegungen zu kontrollieren«, und der Chefökonom der Weltbank, Stiglitz, sprach sogar von einem »Post-Washington-Consensus«.

Wird das 21. ein »Amerikanisches Jahrhundert«?

In dieser chaotischen Situation haben die USA wieder einmal die Initiative ergriffen, um ihre weltweite wirtschaftliche politische und militärische Hegemonie abzusichern. Deshalb stellt sich die Frage nach der Zukunft einer US-amerikanischen Hegemonie im 21. Jahrhundert.

Wenn dieser Frage allein anhand solcher Kennziffern wie dem Bruttosozialprodukt pro Kopf oder der Entwicklung der Handelsbilanz nachgegangen werden soll, dann ist offensichtlich, daß die

»Wegen der außerordentlichen demographischen Massen, die hier angetroffen werden, bilden Entwicklung und Fortschritt Chinas und Indiens ein grundlegendes Element der Zukunft des Weltsystems.«
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 46.

Vorherrschaft der USA seit 1945 mit dem Wiedererstarken von Europa und Japan in den sechziger und siebziger Jahren stetig zurückgegangen ist. Die Westeuropäer sehen in der EU ohnehin schon seit längerem die weltweit führende wirtschaftliche Macht. Dies erscheint jedoch als etwas voreilig. Obwohl die Einführung des gemeinsamen europäischen Marktes erfolgreich war und auch die gemeinsame Währung durchaus Erfolgchancen hat, gibt es bis heute keine tatsächliche europäische Wirtschaftsunion, wie sie vergleichsweise in den USA Realität ist. Es gibt bisher keine »europäischen Konzerne«, nur britische, französische oder deutsche. Die Kapitalverflechtung innerhalb Europas ist kaum intensiver als zwischen Europa und den USA oder Japan. Und wenn heute festgestellt werden muß, daß der Globalisierungsprozeß dieser Formierung eines gesamteuropäischen Wirtschaftssystems entgegenwirkt, bedeutet dies, daß es bisher keine, den Globalisierungszwängen überlegenen, Triebkräfte für eine europäische Integration gibt.

Die US-amerikanische Hegemonie ruht indes (neben der Wirtschaft) noch auf einem zweiten Pfeiler – auf dem militärischen Potential, das seit 1945 systematisch ausgebaut wurde und sich heute auf alle Regionen der Welt erstreckt. Früher wurde diesem Hegemonieanspruch durch die Existenz der UdSSR in gewisser Weise noch Einhalt geboten, heute hat sich dies jedoch grundlegend verändert. Die USA sind jetzt dabei, den Globalisierungsprozeß vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen – das hat Henry Kissinger bemerkenswert arrogant formuliert: »Globalisierung ist nur ein anderes Wort für US-amerikanische Vorherrschaft«. Die gegenwärtige US-Strategie hat fünf Ziele – die Neutralisierung und Unterordnung der Bestrebungen der anderen »Triaden«-Mächte; die militärische Kontrolle der NATO bei gleichzeitiger Lateinamerikanisierung des früheren Ostblocks; uneingeschränkte Herrschaft über die Erdölressourcen vor allem des Nahen Ostens; die Unterwerfung Chinas und der anderen großen Staaten (Indien, Brasilien), um damit die Herausbildung verhandlungsstarker regionaler Blöcke zu unterminieren; und schließlich die weitere Marginalisierung jener Regionen des Südens, denen keine strategische Bedeutung zukommt.

Das wichtigste Instrument zur Aufrechterhaltung der US-Hegemonie ist daher die militärische Stärke – das beteuern gebetsmühlenartig alle maßgeblichen Vertreter der US-Administration. Darin eingeschlossen ist, daß die Verbündeten den Führungsanspruch der USA als Garantie für ihre Rolle als »Triaden«-Macht anerkennen sollen. Und bisher haben weder Großbritannien noch Deutschland oder Japan ernsthaft dagegen opponiert, was auch bedeutet, daß die Sonntagsreden europäischer Politiker von der weltpolitischen Bedeutung EU-Europas ohne reales Gewicht sind. Weil sich die EU-Protagonisten allein auf die merkantilistisch-ökonomische Seite kaprizieren, weil EU-Europa kein eigenständiges politisches Projekt verfolgt, hat es das Rennen bereits verloren, bevor dieses richtig begonnen hat. Und das weiß Washington sehr genau.

Von daher erklärt sich auch, warum die NATO überlebte, obgleich der Zweck ihrer Existenz mit der Implosion des Ostblocks entfallen ist. Heute maßt sich die NATO an, im Namen der »internationalen Gemeinschaft« zu sprechen, wobei sie gleichzeitig all jene demo-

»Die Mächte im Westen sind im Prinzip weder für (oder gegen) die Demokratie noch für (oder gegen) den Frieden. Sie bewegt ein dominierendes Anliegen, demzufolge sie sich entscheiden, und das besteht darin, die imperialistische Ordnung zu verewigen, die die Ausbeutung aller Reichtümer des Planeten zu ihrem ausschließlichen Nutzen und zum Schaden der anderen Völker sichert.«
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 107.

kratischen Prinzipien außer Kraft setzt, zu denen sich besagte Gemeinschaft im Rahmen der UNO verpflichtet hat. Die NATO dient heute allein den Zielen Washingtons – vom Golfkrieg bis zur Aggression im Kosovo.

Die »Triaden«-Mächte (unter der Führung der USA) beabsichtigen die Schaffung einer unipolaren Welt, die auf zwei Grundprinzipien beruht: der Alleinherrschaft der Transnationalen Konzerne und der unbestrittenen militärischen Überlegenheit der USA. Daneben wird kein alternatives Projekt geduldet – weder das einer selbständigen europäischen Militärorganisation noch die relative Autonomie eines Landes wie China, die es im Notfall gewaltsam zu brechen gilt.

Diesem Alleinherrschaftsanspruch muß das Projekt einer multipolaren Globalisierung entgegengestellt werden, das es als einziges den verschiedenen Weltregionen gestattet, sozialen Fortschritt zu erreichen, das deshalb eine tatsächliche Demokratisierung fördert und internationale Spannungen abbaut. Die hegemoniale Strategie der USA und ihrer NATO-Verbündeten ist heute der Hauptfeind für sozialen Fortschritt, Demokratie und Frieden.

Wird das 21. Jahrhundert deshalb ein US-amerikanisches sein oder wird es von der Zuspitzung zwischenstaatlicher Konflikte und sozialer Kämpfe geprägt werden?

Die Krise wird die Widersprüche zwischen den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse verschärfen, was zweifellos internationale Konflikte anheizen wird. Schon heute zeichnet sich eine Konfrontation zwischen den USA, Japan und ihrem ängstlichen australischen Verbündeten einerseits sowie China und weiteren asiatischen Ländern andererseits ab. Auch eine Wiederbelebung des Konflikts zwischen den USA und Rußland ist nicht unwahrscheinlich. Mehr noch; wenn es der europäischen Linken gelingt, sich von der doppelten Unterwerfung unter das Kapital und Washington zu befreien, dann erscheint eine neue europäische Strategie möglich, die der von Rußland, China, Indien und der Dritten Welt überhaupt nahesteht und die eine Perspektive auf eine multipolare Welt eröffnet. Falls dies nicht gelingt, ist das europäische Projekt ohnehin zum Scheitern verurteilt.

Eine der wichtigsten Fragen ist daher, wie Konflikte und soziale Kämpfe (der Unterschied zwischen beiden ist wichtig) zukünftig ausgetragen werden. Wer wird triumphieren? Werden die Auseinandersetzungen durch (zwischenstaatliche) Konflikte unterdrückt und dadurch von den Herrschenden kanalisiert und zu ihrem Nutzen instrumentalisiert? Oder werden die sozialen Kämpfe die Herrschenden so bedrängen, daß sie Zugeständnisse machen müssen?

Sicherlich wird das 21. keine simple Wiederholung des 20. Jahrhunderts. Geschichte wiederholt sich nicht. Die heutigen Gesellschaften sehen sich auf allen Ebenen neuartigen Herausforderungen gegenüber. Aber gerade weil die immanenten Widersprüche des Kapitalismus am Ende des Jahrhunderts schärfer als an seinem Beginn sind und weil auch die zerstörerischen Kräfte heute weitaus größer sind als früher, steht für das 21. Jahrhundert mehr den je die Alternative »Sozialismus oder Barbarei«.

»Die Antwort auf die Krise würde ... gigantische politische Transformationen sowohl in den inneren Systemen aller Weltteile (Westen, Osten, Süden) als auch in der Organisation der Beziehungen zwischen ihnen (des zwischenstaatlichen Systems) erfordern.«
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 14.

THOMAS KOCH

Was ist soziale Gerechtigkeit?

Von Gerechtigkeitsfallen und Gerechtigkeitslücken

»Deutschland«, so Der Spiegel, »steckt in der Gerechtigkeitsfalle. Nur wer die Deutungshoheit erobert, was als sozial gerecht zu gelten hat, hat Aussicht auf Politik und Gestaltungsfähigkeit.« Dabei geht es im Kern letztlich »um die Entscheidung für eine teilhabende Gerechtigkeit oder eine verteilende Gerechtigkeit, um eine Gleichheit der Chancen oder um eine Gleichheit der Ergebnisse« (DER SPIEGEL, Nr. 37, vom 13. September 1999).

»Gerechtigkeitsfalle« – was soll das sein? Soviel wird aber vielleicht deutlich: in Sachen Gerechtigkeit stecke das Land in einem Teufelskreis beziehungsweise in einer Falle. Dies könnte bedeuten: Entweder herrscht zuviel oder zuwenig Gerechtigkeit. Kann es aber ein Zuviel jemals geben?

Jede Produktionsweise hat ihre eigene Distributionsweise und Form von Gerechtigkeit. Aber: Zu den sozialen Grundproblemen einer Gesellschaft gehören neben der Gerechtigkeit auch solche der Koordination, der Effizienz und der Stabilität. Offenbar gehören Gerechtigkeit, Effizienz, Koordination und Stabilität zusammen. Von daher könnte »Gerechtigkeitsfalle« meinen, daß die viele Menschen leitenden Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit zu Aufgaben und Problemen in Widerspruch stehen, mit denen die Gesellschaft sich konfrontiert sieht, wenn sie den Geboten der Effizienz folgt. Was hinsichtlich Effizienz gesellschaftlich angesagt ist, erscheint als sozial ungerecht oder/und zerstört den sozialen Zusammenhalt. »Gerechtigkeitsfalle« könnte sich so auf das Spannungsverhältnis von Gerechtigkeit und Modernisierung beziehen. Jeder Modernisierungsfortschritt wird von sozialen Ungerechtigkeiten begleitet. Wo hingegen Zuwächse an sozialer Gerechtigkeit erzielt werden, wird Modernisierung gefährdet oder preisgegeben.

Erst der zweite Satz erschließt den ersten über einen Umweg: Es gäbe in punkto politischer Gestaltungsfähigkeit eine Art von Patt. Und dieses Patt hat damit zu tun, daß entweder etwa gleich starke Menschengruppen mit unterschiedlichen, ja einander ausschließenden Vorstellungen darüber, was gerecht beziehungsweise ungerecht sei, im Clinch liegen. Oder aber die konkurrierenden Gerechtigkeitsvorstellungen sind nicht fein säuberlich jeweils bestimmten Menschengruppen zuzuordnen, sondern das Patt in der politischen Gestaltungsfähigkeit kommt dadurch zustande, daß es konkurrierenden Akteuren an konsistenten Gerechtigkeitsvorstellungen mangelt. Aussicht auf politische Gestaltungsfähigkeit habe indes nur diejenige

Thomas Koch – Jg. 1947; Dr. sc. phil; Studium der Kulturwissenschaft (1968-72) und Promotion (1975) und Habilitation (1987) an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ab 1975 in Lehre und/oder Forschung tätig; wissenschaftlicher Mitarbeiter am BISS e.V. seit 1990; Betreiber des Office für Publizistik und Trendanalyse; Veröffentlichungen zum ostdeutschen Transformationsfall, konzentriert auf die Fragen: Wer sind die Ostdeutschen (Einstellungen, Deutungs- und Handlungsmuster, Identität)? Und Woher kommen und wohin treiben die Angehörigen des neuen »Mittelstandes-Ost«?

Bei dem nachfolgenden Text handelt es sich um die verschriftete Fassung eines Vortrages, der am 15. Februar 2000 in den Räumen der Rosa Luxemburg Stiftung gehalten wurde.

1 Vgl. Berliner Rundschau 8/1998, S. 1. Erst unlängst (im März 2000) hat der brandenburgische CDU-Wirtschaftsminister die »Lincoln-Doktrin« erneut ins Spiel gebracht.

2 Kohl-Beraterin Renate Köcher vom Allensbacher Institut befand kurz nach der von der CDU deutlich verlorenen Bundestagswahl 1998: »Das Wahljahr 1998 hatte durchaus ein inhaltliches Leitmotiv ... Das Leitmotiv war die »Gerechtigkeitslücke«. In den letzten Jahren hat der Eindruck überhand genommen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht gerecht sind. 1995 empfanden noch 39% die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse als gerecht, 1998 nur noch 23%, im Osten gar nur 9%. 71% der gesamten Bevölkerung sind überzeugt, daß die soziale Gerechtigkeit in den letzten Jahren abgenommen hat.« FAZ vom 14. Oktober 1998.

3 »Die Konservativen können nicht die langfristige Funktionsfähigkeit von Gesellschaften sichern ... Die Synthese von hochmoderner Ökonomie und sozialer Integration ist bislang unzureichend gelungen, ... Soziale Modernität und ökonomische Modernisierung aber können und müssen in Einklang gebracht werden.« Die Sozialdemokratie wolle nicht die Augen vor Armut, sozialer Marginalisierung und kultureller Ausgrenzung verschließen. Aber: »Eine Politikstrategie, die die Anliegen der Schwachen in den Mittelpunkt der öffentlichen Kommunikation stellt, muß scheitern. Das Eintreten für ein Drittel der Gesellschaft macht die SPD zur 30 Prozentpartei ... Dann – und

soziale oder politische Kraft, die die Deutungsmacht darüber erlange, was als gerecht oder ungerecht zu gelten habe. Der letzte Satz benennt dann die konkurrierenden Gerechtigkeitsvorstellungen. Dabei gehe es im Kern letztlich »um die Entscheidung für eine teilhabende Gerechtigkeit oder eine verteilende Gerechtigkeit, um eine Gleichheit der Chancen oder um eine Gleichheit der Ergebnisse«.

Die »Falle«, so läßt sich festhalten, besteht einmal in der *Unentschiedenheit* der deutschen Gesellschaft insgesamt und wichtiger politischer und sozialer Akteure darüber, was als gerecht zu gelten hat. Offenbar hat es in jüngster Zeit tektonische Verschiebungen gegeben, die mit den Gerechtigkeitsvorstellungen breiter Bevölkerungskreise kollidieren: CDU-Politiker haben jahrelang mit Abraham Lincoln argumentiert (und sie tun das auch heute noch): »Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.«¹ Dieser Slogan hat indes viel von seiner einstigen Plausibilität dadurch verloren, daß die für den »fordistischen« Regulations- und Akkumulationstyp charakteristische Verbindung von Wirtschaftswachstum, Produktivitätszuwachs und Einkommenszuwachs sowohl der Erwerbs- wie der Transfereinkommen erodierte. Die Lebensmöglichkeiten der »Schwachen« sind von denen der »Starken« abgekoppelt.

Sodann hat sich auch die Ode auf die vermeintlich gewährte »Gleichheit der Chancen« nicht nur, aber vor allem im Osten, als illusorisch erwiesen. Selbst der neue Mittelstand Ost vermißt sie! Und ist denn wirkliche Chancengleichheit ohne eine gewisse »Gleichheit der Ergebnisse«, zumindest in den Startbedingungen überhaupt zu haben? Für eine vollständige »Gleichheit der Ergebnisse« wiederum wäre von der Gesellschaft wie von den Individuen ein sehr hoher, ein zu hoher Preis an sozialer Kontrolle und Entfaltungsfreiheit zu zahlen.

»Falle« läßt sich mithin auch als Mangel an einer vernünftigen, zustimmungsfähigen und zugleich realistischen Vision von sozialer Gerechtigkeit entschlüsseln, auf die Politik (und zwar Politik jeglicher Art und Richtung) bauen könnte, obwohl soziale Gerechtigkeit am Ende der neunziger Jahre direkt oder unterschwellig ein wahlentscheidendes Thema wurde.²

Die SPD hingegen war 1998 mit dem Slogan »Innovation und Gerechtigkeit« und zudem mit der Doppelspitze Schröder-Lafontaine in den Wahlkampf gezogen, die die Glaubwürdigkeit dieser Verheißung erfolgreich symbolisierte. Die Doppelspitze zerbrach. Schröder hatte bereits 1998 seine gesellschaftspolitische Konzeption recht klar umrissen.³ Später wurde klar, daß Rot-grün, die Sachwalter und Architekten der »Neuen Mitte«, gesellschaftspolitisch mit Blick auf Gerechtigkeit nur eine modifizierte Neuauflage der eigentlich von der CDU gepachteten »Lincoln-Doktrin« verheißen.

Auch die Landtagswahlen 1999 standen ein Stück weit unter dem Thema sozialer Gerechtigkeit. Rot-grün hat in dieser Hinsicht viele enttäuscht. Die CDU gewann (ohne eigenes Zutun) verlorenes Terrain zurück. Beachtliche Wahlergebnisse erzielte die PDS, die ihren Wahlkampf auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet hatte. Doch auch die PDS befindet sich in einem Dilemma. Sie hat das Thema soziale Gerechtigkeit zwar erfolgreich besetzen und Wahlen gewinnen können, doch hat sie auch tragfähige politische Konzepte für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit?⁴

Diese Fragen vermag ich nicht zu beantworten. Doch gibt es seit Jahrhunderten einen Diskurs über Gerechtigkeit, der die Geschichte der Philosophie und sozialen Bewegungen begleitet. Und ich glaube schon, daß einige seiner Befunde unverzichtbar sind für das Gewinnen von »Eckpunkte(n) einer Politik für mehr soziale Gerechtigkeit«.

Was ist (sozial) gerecht? Ein Systematisierungsversuch

Gerechtigkeit leitet sich ab von *Recht*, hebt auf das Übereinkommensmaß von tatsächlich geltendem und eigentlich erforderlichem Recht ab. Auf die Frage, was ist (sozial) gerecht, ist ein breites Spektrum von Antworten denkbar, weil die *Gerechtigkeitsnorm* sicherstellt, daß die Menschen das bekommen, was ihnen zusteht: und zwar *jedem beziehungsweise jeder – das Seine beziehungsweise das Ihre* (und nicht etwa »das Gleiche!«). So ist es angemessen, eine Schwangere nicht wie jedermann und auch nicht wie jede andere Frau zu behandeln; es ist nicht *altersgerecht*, wenn man sagt, Greise und Jugendliche haben in einer überfüllten S-Bahn das gleiche Recht auf einen Sitzplatz.

Es gibt indes sehr verschiedene *Formen und Prinzipien von Gerechtigkeit*. Sie lassen sich alle auf einen allgemeinen Nenner bringen:

Die Gerechtigkeitsnorm fordert die Anwendung gleicher beziehungsweise Zuteilungsregeln in gleichen beziehungsweise Zuteilungssituationen. Gleiches soll gleich und Ungleiches nach Maßgabe der Ungleichheit ungleich behandelt werden. Die »Gleichheitsgerechtigkeit« ist mit der »Sachgerechtigkeit« verbandelt. So ist eine Strafe nur dann gerecht, wenn sie in einem rechten Verhältnis zur Schwere der Tat und dem Verschulden des Täters steht.

Diese Metaregel der Gerechtigkeit wird – wie bereits erwähnt – durch verschiedene Prinzipien spezifiziert. Zuvor gilt es jedoch, *soziale Gerechtigkeit* von Gerechtigkeit schlechthin relativ abzuheben. Wenn von sozialer Gerechtigkeit die Rede ist, dann werden bestimmte Relationen dessen, was der zuvor genannten Bestimmung zufolge alles gerecht beziehungsweise ungerecht genannt werden kann, herausgefiltert.

Gegenstand sozialer Gerechtigkeit ist die Art, wie die gesellschaftlichen Institutionen (Verfassung, Märkte, Eigentumsordnung, Familie) Grundrechte und Grundpflichten sowie die Früchte gesellschaftlicher Zusammenarbeit verteilen. Die wichtigsten Institutionen sowie die herrschenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse stiften Ungleichheiten, indem sie bestimmte Individuen von vornherein begünstigen oder aber ihnen ungünstigere Lebenschancen zuweisen.

Hier setzt der Begriff der sozialen Gerechtigkeit an. Er liefert also in erster Linie einen Maßstab für die Beurteilung der Verteilungseigenschaften gesellschaftlicher Grundstrukturen. Wir haben es mithin mit wertenden Aussagen über eine soziale Ordnung zu tun unter dem Gesichtspunkt der Zuweisung gleicher beziehungsweise ungleicher Grundrechte und -pflichten sowie der »richtigen« Verteilung der sozialen Güter oder Resultate des sozialen Handelns zwischen den Individuen nach sozialen Kriterien.

Konkurrierende Gerechtigkeitsvorstellungen deuten diesen Effekt und diese Funktion unterschiedlich aus. Insofern es aber stets darum

nur dann –, wenn die Gewinner der Modernisierung bereit sind, der SPD ihre Stimme zu geben, und ihre Politik zu unterstützen, kann sie etwas für die Verlierer tun« (Schröder 1998).

4 »Soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität werden auch künftig zu den Kernbegriffen linker Politik gehören. Wenn es damit konkret wird, tauchen aber kontrovers diskutierte Grundsatzfragen auf. Sie fokussieren sich in dem Gegensatzpaar Modernisierung und Gerechtigkeit. Es ist ja nicht nur der offene Neoliberalismus gescheitert (wenn auch sein Einfluß noch immer groß ist), auch die neokeynesianistische Politik der staatlichen Nachfragestimulierung ... der siebziger Jahre konnte die selbstgesteckten Ziele nicht erreichen und kann heute nicht unbesehen zum theoretischen Ausgangspunkt linker Sozialpolitik werden. Wo sind also heute vor dem Hintergrund einer ökonomisch gravierend veränderten Ausgangslage, ohne Aussicht auf Vollbeschäftigung und Wachstum, unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Wettbewerbsdrucks und der Globalisierung, die Eckpunkte einer Politik für mehr soziale Gerechtigkeit zu sehen?« (Z, Nr. 40: 7).

geht, für welche Grundrechte und -pflichten sowie für welche sozialen Güter Gleichheit beziehungsweise Ungleichheit hergestellt werden soll, steht der Begriff der sozialen Gerechtigkeit in einem Spannungsverhältnis zur sozialen Gleichheit beziehungsweise Ungleichheit.

Wird bei der Zuweisung und Verteilung grundsätzlich zwischen Sklaven und freien Bürgern unterschieden, so konnte dies seinerzeit als gerecht wie auch als ungerecht erscheinen.

In zeitgenössischen Gesellschaften des Westens sind in der Regel die Grundrechte und Grundpflichten gleich. Aber der *Gleichheit vor dem Gesetz entspricht die Ungleichheit unter dem Gesetz*. Unter diesen Bedingungen stellt sich das Problem der sozialen Gerechtigkeit in einem *zweifachen Zusammenhang*. Zum einen ist Gerechtigkeit in diesen Gesellschaften der zentrale Bezugspunkt für die Legitimation der herrschenden sozialen Ordnung. Eine Gesellschaft, in der Gleichheit vor dem Gesetz *und* allgemeines Stimmrecht bei Ungleichheit unter dem Gesetz herrscht, ist auch auf die Zustimmung beziehungsweise Hinnahme jener angewiesen, die in dieser sozialen Ordnung gegenüber anderen sozial diskriminiert sind. Die Ungleichheit muß letzteren trotz allem sozial gerechtfertigt erscheinen, damit diese Ordnung funktioniert.

Dies führt zum zweiten Gesichtspunkt. Ungleichheit läßt sich unter anderem als sozial gerechtfertigt begründen, wenn aus der Ungleichheit Vorteile für viele (auch die sozial Unterprivilegierten) erwachsen. Die bereits erwähnte »Lincoln-Doktrin« mag als Beleg und Beispiel dienen. Gerechtigkeit wird dabei in einen Zusammenhang mit allgemeiner Wohlfahrt gestellt.

Der *radikale Liberalismus* legitimiert sich dadurch, daß er bereit ist, bei formaler Gleichheit vor dem Gesetz jede Ungleichheit als gerecht hinzustellen, da sie den sozialen Nutzen maximieren würde. Der *radikale Egalitarismus* wiederum pfeift auf den sozialen Nutzen und nimmt jede mögliche Senkung desselben hin, um dafür Gleichheit in der Verteilung durchzusetzen.

Als vorläufiges Fazit läßt sich folgendes festhalten: Gerechtigkeit ist zu einem sehr zentralen moralischen Maßstab für Gesellschaftsstrukturen geworden. Der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft ist insbesondere an ein Set von übereinstimmenden Gerechtigkeitsvorstellungen gebunden. Die Idee der Gerechtigkeit als solche ist (etwa im Gegensatz zur Idee der Gleichheit) ein *universell* anerkannter und angestrebter Wert, aber die inhaltlichen Vorstellungen von (sozialer) Gerechtigkeit zwischen verschiedenen Gesellschaften und auch innerhalb von Gesellschaften differieren erheblich.

Die allgemeine *Metaregel der Gerechtigkeit* wird durch verschiedene Prinzipien konkretisiert, die die Zuweisung von Gütern, Lasten, Rechten und Pflichten festlegen. Und zwar ist es sehr wohl möglich, daß in einer gegebenen Gesellschaft alle nachfolgend umrissenen Prinzipien mehr oder weniger praktiziert beziehungsweise eingefordert werden:

Das *Beitragsprinzip* meint: Wer mehr leistet, mehr Verantwortung oder Lasten trägt als andere, soll mehr bekommen; wer mehr vermag als andere, kann stärker belastet werden als andere.

Das *Bedürfnisprinzip* gebietet, dem Bedürftigeren mehr zu geben, zum Beispiel an Zuwendung in der Familie. Das ist zu unterscheiden

vom *Bedürftigkeitsprinzip* (was nicht dasselbe ist) – dieses gilt zum Beispiel in elementaren Versorgungssituationen, wo alle die gleiche Ration bekommen sollten.

Das Prinzip, Belohnungen und Lasten *gleich* zu verteilen, gilt nur in bestimmten Gemeinschaften. So reguliert zum Beispiel das *Äquivalenzprinzip* den Austausch von Gütern oder Leistungen gegen Geld. Das *Fairneß-Prinzip* erzeugt und erträgt ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit, wenn nur das der Ver- oder Zuteilung vorgelegte *Verfahren* von den Beteiligten als gerecht akzeptiert ist. Mögliche Kriterien der prozeduralen Gerechtigkeit sind zum Beispiel Chancengleichheit, Unvoreingenommenheit der Entscheidungsinstanzen, Berücksichtigung der Interessen aller Seiten, Informiertheit der Beteiligten, Entscheidung in Übereinstimmung mit ethischen Standards, Grundrechten oder gesatztem Recht. Das *Differenzprinzip* resümiert sich darin: – »Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, daß (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, daß sie zu jedermanns Vorteil dienen, und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offen stehen« (John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1975, S. 81).

Die Gerechtigkeitsnorm verlangt, ›jedem oder jeder das Seine oder das Ihre‹ zukommen zu lassen, wobei rechtlich verschiedene Zuteilungsprinzipien zur Anwendung kommen können. Ferner haben wir es darüber hinaus mit verschiedenen Legitimationsgründen des »Seinen« beziehungsweise des »Ihren« zu tun.

Da rückt zunächst die *Besitzstandsgerechtigkeit* in den Blick. Sie sichert jedem das ›Seine‹ im Sinne erworbener Positionen. Politisch ist dieser Aspekt in zweifacher Weise höchst brisant. Einmal hat sich im Zuge der deutschen Einheit die (Nicht-)Anerkennung materieller und immaterieller Ansprüche aus der Rechtsordnung der DDR als offene und ungelöste Frage sowohl in Ost-West- als auch in Ost-Ost-Dimensionen erwiesen. Diejenigen, die in der Sache Besitzstandsgerechtigkeit mahnen, berufen sich auf Ansprüche, die sie aufgrund öffentlich anerkannter Regeln und früherer Leistungen erworben haben. Diejenigen, die das bestreiten, bezweifeln teils, daß es in der DDR Leistungen, teils öffentlich anerkannte Regeln und darauf gegründete Ansprüche gegeben habe. Besitzstandsgerechtigkeit erscheint ihnen als Fortschreibung ungerechtfertigter Privilegien von Nutznießern und Vollstreckern der SED-Diktatur. Zum anderen war, ist und wird jede Politik der Umverteilung mit diesem Problem konfrontiert.

Sodann ist von *Leistungsgerechtigkeit* zu reden. Sie verheißt in einer dynamischen Gesellschaft und durch allgemeine, für alle geltende Regeln, die Chance, im Wettbewerb mit den anderen sich einen, den jeweiligen Fähigkeiten, Leistungen und Anstrengungen entsprechenden Status zu erarbeiten. Ihre Grundlage ist: ›Leistung muß sich lohnen‹. Und insoweit sie Resultat individuellen Handelns ist, muß sie dem Leistungsträger zugute kommen. Ihre politische Relevanz ist von mehrfacher Hinsicht: Einmal ist sie in allen sozialen und Altersgruppen der ost- wie der westdeutschen Gesellschaft verankert. Gemäß der landläufigen Lesart, nach der individuelle Tüchtigkeit, gepaart mit natürlicher Begabung und der Bereitschaft, den anonymen Signalen des Marktes zu folgen, die Grundlage des Erfolgs in der Wettbewerbsgesellschaft sei, erscheint umgekehrt der

individuelle Mißerfolg als etwas, das auf eigener Unfähigkeit, Apathie oder Interesselosigkeit beruhe. Diese Art von Leistungsideologie *ersetzt und ergänzt* die kollektive Ausschließung von Gruppen durch die von Individuen. Dabei bleibt unbeantwortet, wie viel Ungleichheit der Gesellschaft förderlich ist und welcher Grad an sozialer Ungleichheit zerstörerisch ist.

Aus der wesensmäßigen Gleichheit aller Menschen als Menschen wird *Chancengleichheit* abgeleitet. Diese Forderung läuft zum einen auf die Überwindung sozialer und rechtlicher Diskriminierung hinaus. Oder aber es geht darum, Hilfen zum Ausgleich von Benachteiligungen zu mobilisieren.

Die soziale Grundstruktur einer jeden Gesellschaft weist aber den in sie hineingeborenen Individuen von Anfang an höchst ungleiche Startchancen (via Nationalität, sozialem Status, Geschlecht, Erbschaft, Familie, Anregungspotential) zu. Der Grundsatz der Chancengleichheit zielt (vielleicht stärker noch als Legitimationsgrundlagen von Gerechtigkeit) auf die Menschheit. Allein dadurch ist er von erheblicher Sprengkraft. Überall dort, wo sich Mehrheiten auf Chancengleichheit verständigen können, sind sehr weitgehende Eingriffe in soziale Grundstrukturen möglich. Allerdings feiert in der *veröffentlichten Meinung* noch immer eine Selbstgewißheit fröhliche Urständ: In der Bundesrepublik Deutschland sei Chancengleichheit bereits weitgehend gewährleistet! Und auch das ist ein Politikum. Begriffe wie Chancengleichheit sind vielfältig besetzt. Sie konkretisieren sich an (divergierenden) Interessenlagen und erhalten durch diese Stoßrichtung und Deutungsmacht. Gerade deshalb – und nicht allein im deutsch-deutschen Kontext – ist die Einforderung von Chancengleichheit für die Linke unverzichtbar.

Als weitere Legitimationsgrundlage des Seinen beziehungsweise des Ihren läßt sich *Bedürfnisgerechtigkeit* identifizieren. Im Namen der sozialen Menschenrechte wird ein gleicher sozialer Anspruch *aller* auf eine Grundausrüstung mit materiellen und immateriellen Gütern geltend gemacht. Die politische Relevanz der Bedürfnisgerechtigkeit in der Bundesrepublik liegt auf der Hand. Dieser Grundsatz verlangt nicht zuletzt den heute lebenden Generationen im Hinblick auf die künftigen Geschlechter Zurückhaltung und Umkehr ab.

Dieser Aspekt leitet zur sogenannten *Umweltgerechtigkeit* über. Demnach hat jeder Mensch das Recht auf eine intakte Umwelt. Auch die künftigen Generationen sollen gleiche Rechte auf eine intakte Natur erheben dürfen. Die politische Bedeutung dieser Maßgabe liegt darin, daß sie einen massiven sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaften des Nordens und massive Veränderungen in der Lebensweise der Reichen wie der Armen verlangt, vor allem eine Ressourcenverteilung zugunsten der »Dritten« und »Vierten Welt« bei entsprechend veränderten Lebensweisen dort selbst.

Die Besichtigung verschiedener Zuteilungsprinzipien, die die Metaregel der Gerechtigkeit »Jedem das Seinige« konkretisieren und von einander an- wie einander ausschließenden Legitimationsgrundlagen lassen ahnen, daß in einer Gesellschaft wie der Bundesrepublik sehr verschiedene Gerechtigkeitsvorstellungen im Umlauf sind. Für jede Politik, die mehr soziale Gerechtigkeit herbeiführen will, ist es sehr wichtig, darüber informiert zu sein, was die für diese Politik zu

gewinnenden Menschen für gerecht beziehungsweise ungerecht halten. Nicht nur, daß sie in den Gerechtigkeitsvorstellungen von Mehrheiten der hier und heute lebenden Menschen Anknüpfungspunkte finden muß. Es geht darüber hinaus immer auch darum, wie bestehende Interessenlagen und ihre Wertbezüge sozial und ökologisch transformiert werden können. Aus diesen Gründen ist Wissen darüber, was für wen gerecht beziehungsweise ungerecht ist, für das Formulieren und Umsetzen einer sozial gerechteren Politik unverzichtbar.

Exkurs zur empirischen Gerechtigkeitsforschung

Zu unterscheiden sind zwei Zugänge empirischer beziehungsweise soziologischer Gerechtigkeitsforschung: Die *Mikrosoziologie* befaßt sich mit tatsächlichen Gerechtigkeitsurteilen von Individuen (»was ist für wen sozial gerecht beziehungsweise ungerecht?«). Als Gegenstand sozialer Gerechtigkeit sind oben die Ver- und Zuteilungseigenschaften der sozialen Grundstruktur bestimmt worden. Diese werden von der *Makrosoziologie* untersucht – die in einer Gesellschaft vorfindlichen Gerechtigkeitsideologien (Normen und Regeln, nach denen Güter und Lasten in und von Institutionen einer Gesellschaft zu verteilen sind). Die Makrosoziologie untersucht ferner die faktischen Verteilungsprozesse durch Institutionen und sie fragt danach, ob die identifizierten Gerechtigkeitsideologien sich im tatsächlichen Verteilungsverhalten umsetzen. Auf diese Weise werden »primäre« und »sekundäre Gerechtigkeitsideologien« identifiziert.⁵ Insgesamt sind die Gerechtigkeitsforschung wie die Sozialwissenschaften überhaupt in der Lage, politikrelevante Befunde zu der Frage, was für wen gerecht beziehungsweise ungerecht ist, beizubringen.

Der empirischen Gerechtigkeitsforschung ist auch zu entnehmen, welche *Gerechtigkeitsideologien* in westlichen Gesellschaften konkurrieren (vgl. Abb. 1), nämlich die sogenannte »Politikgerechtigkeit« und die »Marktgerechtigkeit«. Anders als auf den britischen Inseln und in den USA ist Politikgerechtigkeit die »primäre Gerechtigkeitsideologie« in Kontinentaleuropa, so auch in der Bundesrepublik. »Marktgerechtigkeit« ist hier hingegen die sekundäre Gerechtigkeitsideologie. Allerdings nimmt ihre Bedeutung unter dem Einfluß neoliberaler Überzeugungen als Gerechtigkeitsvorstellung einflußreicher sozialer Gruppen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu.

Abbildung 1: Konkurrierende Gerechtigkeitsideologien

Marktgerechtigkeit	Politikgerechtigkeit
»Verteilungsindividualismus«	»Etatismus«
befürwortet Verteilung über Marktmechanismen	befürwortet politische Instanzen (Staat) als Verteiler
Verteilung erfolgt nach dem Beitragsprinzip	Verteilung erfolgt z. B. nach dem Gleichheits- oder Bedürfnigkeitsprinzip
präferiert individuelle Freiheit	präferiert »allgemeine Wohlfahrt«
erzeugt und erträgt ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit	orientiert am Ideal der Gleichheit beziehungsweise Chancengleichheit (ausgleichenden Gerechtigkeit)

5 Aus Platzgründen wird bezüglich der Indikatoren, mit denen die empirische Gerechtigkeitsforschung arbeitet, auf einschlägige Publikationen von Bernd Wegener verwiesen.

Quelle: nach Bernd Wegener u.a.: Die Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland und im internationalen Vergleich. Abschlußbericht für den deutschen Teil des internationalen Social Justice Project, Humboldt-Universität zu Berlin (Institut für Soziologie) 1994.

Grundsätzlich andere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit in Ost und West?

Vorliegende Befunde nach *Roller* (vgl. Abb. 2) legen zu dieser Frage ein ›Ja‹ als Antwort nahe. Die primäre Gerechtigkeitsideologie ist in beiden Teilgesellschaften der »Etatismus« beziehungsweise die »Politikgerechtigkeit«. In Ost und West sind Mehrheiten für eine Gesellschaft, in der eher der Staat vorsorgt für Alter, Krankheit und andere Wechselfälle des Lebens. In beiden Teilgesellschaften wollen zudem Mehrheiten eher in einer Gesellschaft leben, in der der Lebensstandard des einzelnen in erster Linie von seiner Leistung abhängt als in einer Gesellschaft, die dem einzelnen einen gewissen Lebensstandard sichert, auch wenn er weniger leistet.

Graphik 1: Für eine Gesellschaft, in der eher der Staat vorsorgt für Alter, Krankheit ...

*Abbildung 2:
Gesellschaft, in der man leben möchte (Zustimmung in Prozent)*

	Eine Gesellschaft, in der der Lebensstandard des einzelnen in erster Linie von seiner Leistung abhängt		Unentschieden		Eine Gesellschaft, die dem einzelnen einen gewissen Lebensstandard sichert, auch wenn er weniger leistet	
	NBL*	ABL*	NBL*	ABL*	NBL*	ABL*
1990	76	65	10	16	14	19
1991	65	63	17	18	23	19
1992	59	62	16	19	25	19
1993	57	59	14	19	29	22
1995	55	57	17	22	28	21

* NBL – neue Bundesländer; ABL – alte Bundesländer

Quelle: E. Roller: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung, in: O. W. Gabriel (Hg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 115-146.

Es fällt zunächst auf, daß die Ostdeutschen in etwas stärkerem Maße auf den Staat setzen. Dies ist indes nicht allein ihrer Sozialisation zuzurechnen. Mindestens ebenso drücken sich darin Interessenlagen von (überwiegend) Nichteigentümern und eine rationale Einschätzung ihrer Ressourcen aus. Schon Plessner hat erkannt, daß Verarmung, Deklassierung und Unterversorgung »immer zur Abhängigkeit vom Staate« führen. Daher wird auf absehbare Zeit gesellschaftliche und staatliche Regulierung im Osten eine größere Rolle

spielen als in den alten Ländern und von Mehrheiten auch weit eher ertragen werden. Sodann ist bemerkenswert, daß in Ost wie West »Leistungsgerechtigkeit« dominiert und tief verankert ist. In der Zeitreihe wird jedoch eine rückläufige Zustimmung erkennbar. Im Osten fällt die Erosion deutlicher aus. Die ansteigenden Werte für »Bedürfnisgerechtigkeit« in Form von Mindeststandards und die Zunahme der Unentschiedenen legen als politische Option eine soziale Grundsicherung nahe.

Graphik 2: In welchem Maße verbindet sich für Sie mit der heutigen Bundesrepublik ... (neue Bundesländer 1997 in Prozent)

Damit läßt sich auch abschätzen, wie sich der doppelte Transformationsprozeß auf die Gerechtigkeitsvorstellungen in den beiden Teilgesellschaften Deutschlands auswirken wird. Die Gerechtigkeitsvorstellungen gleichen sich einander an und sie spreizen sich. Von der tendenziellen Angleichung wie der Spreizung zeugen die Identifikation und der Nachweis der oben erwähnten »Gerechtigkeitslücke«. In beiden Teilgesellschaften ist der Anteil der Menschen, die die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik für gerecht halten, rückläufig. In den neuen Bundesländern sind es 1997 Mehrheiten von 80 Prozent, die mit der Bundesrepublik keine oder wenig Chancengleichheit verbinden (vgl. Sozialreport 1997: 50; Abb. 3).

Zu den Spezifika der ostdeutschen Teilgesellschaft gehört zudem ihre Ausdifferenzierung in drei konkurrierende Deutungs- und Wertegemeinschaften, die sich auch in ihren Gerechtigkeitsvorstellungen recht scharf voneinander abheben (vgl. Abb. 4). Es ist nun keineswegs so, daß es dafür im Westen an Entsprechungen mangeln würde. Der Unterschied liegt einmal in den Größenordnungen – im Osten ist beispielsweise die offene und bewußte wie die unbewußte Affinität

zu sozialistischen Ideen und Problemlösungen ungleich kräftiger entwickelt. Und sie reicht bis weit hinein in den neuen »Mittelstand Ost«. Sodann unterscheiden sich die Deutungs- und Wertegemeinschaften des Ostens von ihren funktionalen Entsprechungen im Westen durch ihre je andersartigen kulturellen Färbungen.

*Abbildung 3:
Einschätzung der Gesellschaftsordnung in den neuen Bundesländern (Juli 1999)*

	Eher gerecht	Eher ungerecht	Teils/ teils
Insgesamt	22	66	12
Anhänger der CDU	28	55	16
Anhänger der SPD	29	58	13
Anhänger der PDS	9	85	5
Männer	26	63	11
Frauen	18	68	13
18-24 Jahre	25	67	8
25-34 Jahre	27	64	9
35-44 Jahre	20	68	11
45-59 Jahre	21	64	12
60 Jahre und mehr	20	64	15

Quelle: Konrad Adenauer Stiftung (Neu, V./Brunner, W.): Ostdeutschland im Juli 1999, (Angaben in Zeilenprozent)

Abbildung 4: Ostdeutsche Deutungs- und Wertegemeinschaften

Frage/Bezug	»prosozialistische« Ostdeutsche« (3/5 der Wahlberechtigten)	»ost-<deutsche Bundesbürger« (1/5 der Wahlberechtigten)	»Völkische« (1/5 der Wahlberechtigten)
Selbstverständnis	Ostdeutsche(r) in der Gewißheit, nicht westdeutsch zu sein	Bundesbürger, keineswegs »Ost«-Deutsche(r)	Deutsche(r)/Mitteldeutscher
Haltung zur BRD als Staat und Gesellschaftssystem	Annäherung und kritische Distanz	bejahend-affirmativ: »es gibt kein besseres System«	»Altparteien verraten deutsche Interessen, Identität und Werte«
Haltung zum Grundgesetz	Annäherung	Identifizierung	instrumentell; Ablehnung
Leitwerte	prosozialistisch	liberale Demokratie; antitotalitärer Konsens der Demokraten	»nationale Solidarität«
Veränderung des status quo	demokratischer Sozialismus	Vervollkommnung des Bestehen- den; »Modernisierung«	Vorrang des Deutschen und der Deutschen
Verhältnis zur DDR (im Rückblick)	keine Totalablehnung (»es war nicht alles schlecht« bis hin zu differenzierten Analysen)	»Unrechtsstaat«; Kunstgebilde; »Zonophobie«	»undeutsch« bei aus »völkischer« Sicht manche positiven Seiten
Position zum Serbien- Krieg der NATO	»Das ist nicht unser, das ist ein westdeutscher Krieg«	wird mitgetragen	»Deutsche Soldaten sollen nicht zum Kanonenfutter amerikanischer Interessen werden«
parteilpolitische Orientierung	PDS/demokratische Sozialisten in der SPD	CDU, SPD-Arbeitskreis »Neue Mitte«	REP, DVU, NPD

Bedeutungsgewinn sozialer Gerechtigkeit

Seit den siebziger Jahren nimmt die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit zu. Der Bedeutungsgewinn von sozialer Gerechtigkeit gründet sich auf massiv veränderte Rahmenbedingungen, die in neuer Weise Verteilungspolitik in den Blick rücken. Damit gewinnen Kriterien der Verteilung, das heißt Gerechtigkeitsgrundsätze, ein neues Gewicht.

Eine Reihe von Entwicklungen hat zum Bedeutungsgewinn der Verteilungsfrage und damit der Gerechtigkeitsproblematik beigetragen – insbesondere jedoch die »Krise des Fordismus«.

Nach 1945 ist in Westeuropa aufgrund einer mehr oder weniger lang anhaltenden Konjunktur und unter dem Einfluß der Systemkonkurrenz der Sozialstaat ausgebaut worden. Für breite Bevölkerungskreise kam es zum sogenannten Fahrstuhleffekt; anders gesagt, Kapital und Arbeit konnten an den Ergebnissen des wirtschaftlichen Wachstums teilhaben, wenn auch nicht gleichermaßen. Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft wuchs. Grundlage der Kopplung zwischen Wirtschafts-, Produktivitätswachstum und Einkommensentwicklung war der sogenannte fordistische Regulations- und Akkumulationstypus (die staatssozialistischen Gesellschaften verkörpern eine zeitlich versetzte Variante und rohere Spielart desselben). Der »Fordismus« ist jedoch an *interne und externe Grenzen* gestoßen. In der »fordistischen« Arbeitsgesellschaft schlägt einerseits die Größe der Erwerbseinkommen als zu reduzierender Kostenfaktor und andererseits als zu erhöhende Nachfrage zu Buche. Immer weniger produzieren mehr und zahlen mehr Steuern und Abgaben, immer mehr sind von den Leistungen des im Rahmen der »fordistischen« Regulationsweise ausgebauten Sozialstaates abhängig. Um diese Situation zu wenden, setzen die einen auf angebotsorientierte und die anderen auf nachfrageorientierte Politik, es wachsen der Druck und die Neigung, die Transfereinkommen spürbar zu reduzieren sowie zur Deregulierung. Der Umbau des Sozialstaates gerät tendenziell zur Demontage und trifft auf den Widerstand derer, die den Sozialstaat verteidigen. Der »fordistische«, auf stetigem Wirtschaftswachstum beruhende Regulationstyp gerät aber auch an *externe Schranken* – vor allem die Belastbarkeit der Natur. Statt der Fortsetzung der relativ uneingeschränkten Ressourcennutzung (»Raubbau an der Natur«) wird dieser jetzt tendenziell skandalisiert oder problematisiert. Eine schärfere Beschränkung der marktwirtschaftlichen Zuteilung von Ressourcen (bis hin zur marktunabhängigen Verteilung) zeichnet sich ab, um der drohenden ökologischen Krise die Spitze zu nehmen. Auf der anderen Seite nehmen Verteilungskämpfe um Wasser, Rohstoffe, Entsorgung von Giftmüll usw. zu.

Insgesamt verändern sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Statt dem Ausbau der Sozialstaatlichkeit dominiert nun der Umbau, die Unterordnung der sozialen Standards unter das Leitmotiv der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Damit geraten nicht nur, aber vor allem die Bezieher von Transfereinkommen unter Druck und der Mißbrauch des Sozialstaates wird breit thematisiert. Der Nationalstaat büßt Entscheidungs- und Kontrollkompetenzen zugunsten der EU ein. Die internationalen Finanzmärkte avancieren mit weitreichenden Folgen für ganze Erdteile zu einem von nationalstaatlichen politischen Entscheidungen weitgehend unabhängigen

Machtzentrum. Mit der deutschen Einheit gewinnen die Verteilungskämpfe eine zusätzliche Ost-West-Dimension und es verschärfen sich die Konflikte zwischen »oben« und »unten«.

Sowohl die Chancen für eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte Politik als auch die Anforderungen an sie sind erheblich gewachsen.

Anforderungen an eine Politik, die hier und heute mehr soziale Gerechtigkeit einlösen will

Gerechtigkeitsvorstellungen setzten sich *häufig vermittelt und eher indirekt* in Ansprüche und (kollektives) politisches Handeln um – beispielsweise über Unmutsbekundungen, Gewalt gegen Sachen und Personen, Petitionen, Boykotte, Demonstrationen, Abstimmungsverhalten, Gerichtsprozesse, parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen und Initiativen, Lobby-Arbeit, Projekte.

Derartige Vorstellungen unterscheiden sich freilich nach dem Grad ihrer (Nicht-)Anerkennungswürdigkeit wie auch hinsichtlich der Angemessenheit der zu ihrer Geltung eingesetzten Mittel. Es macht sehr wohl einen Unterschied, ob unter dem Motto »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« für die Angleichung der Ostlöhne und -gehälter an das Westniveau oder »Arbeit für Deutsche zuerst« demonstriert wird. Gleichwohl artikulieren sich in beiden Forderungen Gerechtigkeitsvorstellungen, wenn auch verschiedener Art. Es spricht einiges dafür, die Zerstörung von Nobelkarossen (»Klasse gegen Klasse«), Graffitis gegenüber neugestalteten Fassaden (»Euer Frust ist unsere Lust!«) (auch) als fehlgeleitete Gerechtigkeitsvorstellungen zu fassen.

Gerechtigkeitsvorstellungen artikulieren sich auch über Wahlscheidungen. Sie gehen freilich mit anderen Bestimmungsgründen in das jeweilige Votum ein. Dieser Sachverhalt erklärt auch das eklatante Mißverhältnis (vgl. Abb. 4) zwischen der Größe der Deutungs- und Wertegemeinschaft der »pro-sozialistischen Ostdeutschen« (ca. 60 Prozent der Wahlberechtigten) und den eher bescheidenen Stimmanteilen für die PDS (insgesamt etwas mehr als 20 Prozent der Wähler im Wahlgebiet Ost).

Unter dem Aspekt der *Konvertierbarkeit* von Gerechtigkeitsvorstellungen in Ansprüche und politisches Handeln ist zum einen ein West-Ost-Gefälle zu verzeichnen. Zum anderen variiert die Umsetzbarkeit mit der Legitimationsgrundlage: Auch im Osten formieren sich Ansprüche, die vom Grundsatz der Besitzstandsgerechtigkeit oder der Leistungsgerechtigkeit (Angleichung der Löhne und Gehälter an das Westniveau) getragen sind, eher stärker als andere.

Bei den Anforderungen an eine Politik, die mehr soziale Gerechtigkeit einlösen will, geht es vor allem um drei Problemkreise.

Erstens handelt es sich bei der Suche nach einer sozial gerechten Politik nicht um einen isolierbaren Vorgang. Auf der Tagesordnung stehen etwa seit den siebziger Jahren institutionelle Reformen, die aus der an ihre Entwicklungsgrenzen geratenen »fordistischen« Regulations- und Akkumulationsweise durch die Suche nach einem neuen Entwicklungspfad herausführen. Soweit sich dessen Konturen absehen lassen, handelt es sich um mindestens vier weitreichende Veränderungen gegenüber dem Status quo: (A) eine die natürlichen Lebensgrundlagen erhaltende Energiebewirtschaftung; (B) um eine neuartige Verbindung von wirtschaftlichen und Naturkreisläufen;

(C) eine gravierende Veränderung der praktizierten Lebensweisen, um die Suche nach neuen Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten für die Menschen, die den Ausstieg aus der Massenkonsumgesellschaft kompensieren und (D) die Neubestimmung des Verhältnisses von globalen, regionalen und lokalen Wirtschaftskreisläufen.⁶ In diesem Kontext werden die Koordinaten und Eckpunkte sozialer Gerechtigkeit zu suchen und zu finden sein.

Zweitens ist der Katalog der Fragen und konzeptionellen Probleme für eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte Politik unter diesen Bedingungen lang: Wie muß sie aussehen, wenn wenig Aussicht auf Vollbeschäftigung und Wachstum besteht? Was heißt sozial gerechte Politik unter den Bedingungen globalen wirtschaftlichen Wettbewerbsdrucks?

Benötigt werden Konzepte für den Umbau von Verteilungs- und Vermögensverhältnissen. Zu klären ist die Frage nach der künftigen Rolle des öffentlichen Sektors und den Aufgaben der Staatstätigkeit. Die Forderungen nach Flexibilisierung und Effizienzsteigerung müssen in bezug auf den Staat und den öffentlichen Sektor mit Forderungen nach Re-Regulierung verbunden werden. Erforderlich ist eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Was bedeutet Modernisierung des Sozialstaates, wenn nicht dessen Demontage gemeint ist?⁷

Drittens besteht das eigentliche Problem einer sozial gerechteren, in ein übergreifendes Reformprojekt eingebetteten Politik in modernen Gesellschaften mit Machtverteilung und demokratischen Repräsentationssystemen nicht allein darin, Lösungen für die aufgeführten Fragen anzubieten. Solche Sachlösungen würden zudem regelmäßig an den Interventionen der davon tangierten Interessengruppen scheitern, die Besitzstandsgerechtigkeit einfordern. Es gilt vielmehr, Sachlösungen anzubieten, mit denen die gegebenen Interessenlagen und Gerechtigkeitsvorstellungen »aufgehoben« beziehungsweise »transformiert« werden. Interessentransformation, das Aufbrechen blockierender Interessenkonstellationen und Gerechtigkeitsvorstellungen, die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen und Experimenten sind an ein öffentliches Krisenbewußtsein und eine die Möglichkeit wie die Notwendigkeit von Reformen befördernde Öffentlichkeit gebunden. Daher ist die »Entwicklung einer selbständigen und unabhängigen politischen Öffentlichkeit ... der wichtigste Schritt zu einer wirksamen Reformpolitik«⁸.

Wir haben es mithin mit einem *Dilemma der Gleichzeitigkeit* zu tun – mit der Suche nach Sachlösungen und dem Gewinnen von Mehrheiten für eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte Politik. Wo die eingangs zitierten SPIEGEL-Autoren recht haben, haben sie recht: Nur wer die Deutungshoheit erobert, was als sozial gerecht zu gelten hat, hat Aussicht auf Politik- und Gestaltungsfähigkeit! Es ist aber kaum möglich, erst die Sachlösungen zu suchen und dann die geistig-moralische Führerschaft zu erringen. Vermutlich wird das beschriebene Dilemma der Gleichzeitigkeit auf dem Wege der »gleitenden Projektierung« aufzulösen sein.

6 Vgl. Rainer Land: Reformpolitik in Zeiten der Depression, in: Berliner Debatte INITIAL, 10(1999)4/5, S. 5-19.

7 Vgl. Z, Nr. 40/1999, S. 7.

8 Rainer Land: Reformpolitik in Zeiten der Depression, a.a.O., S. 18.

DIETRICH WAHL

Das Phaleas-Syndrom: Ringens um wirtschaftliche und politische Gleichheit (Teil 1)

Das Problem

Im zweiten Buch seiner ›Politik‹ beruft sich Aristoteles auf Phaleas: »Manche halten es für das wichtigste, wenn die rechten Bestimmungen über das Vermögen getroffen sind, denn um des Vermögens willen ... schritten alle zum Aufruhr. Daher ist *Phaleas* aus Chalcedon zuerst mit dem Vorschlag hervorgetreten, daß *der Besitz der Bürger gleich sein solle* ... (...) Aber wenn auch Gleichheit des Vermögens besteht, so kann dies entweder zu groß sein, so daß man der Üppigkeit verfällt oder zu klein, so daß der Inhaber nur kümmerlich davon leben kann. (...) Also ist es wichtiger, die Begierden zu regeln als die Vermögen ... daß in diesen beiden Dingen Gleichheit in den Staaten herrschen müsse: in dem Besitze und in der Erziehung«¹. Damit hat Phaleas, lakonisch und komplex, Kernprobleme von Gesellschaftstheorie und Politik formuliert. Fragend, wie man gesellschaftlichen Krankheiten – Bürgerkrieg, Ungerechtigkeit, Armut, moralischem Verfall – beikommen kann, nannte er zwei wesentliche Ursachenkomplexe: die Eigentumsordnung und das Bedürfnisgefüge. Beide stehen in Wechselwirkung und Gleichheit des Vermögens ist entscheidend für die Gesundheit der Gesellschaft.²

Heute würde diese Problemstellung wohl eher in Fragen formuliert. Welche Beziehungen bestehen zwischen *ökonomischer* Gleichheit und Stabilität und *politischer* Gleichheit und Stabilität? Welche Eigentumsordnung ist menschenwürdig? Was sind wahre Bedürfnisse? Seit Phaleas finden wir in der Geschichte vier Traditionslinien – Reformulierungen der Probleme; Zweifel, daß sie lösbar sind; viele Versuche, egalitären oder kommunistischen Visionen zu folgen und ihr wiederholtes Mißlingen.³ In einer ersten Annäherung sollen diese vier Linien zunächst in *vormodernen Klassengesellschaften* betrachtet werden

Reformulierungen der Problemstellung

Eine der ersten *Reformulierungen der Problemstellung* findet sich bei *Aristoteles*. Er bringt zwar eine Reihe von Einwänden dagegen vor, daß man Phaleas' Orientierung für *alle* Menschen wirksam machen könne, nimmt sie aber als Konstruktionsprinzip für stabile und gerechte Staaten sehr ernst. Vermögensgleichheit ist ihm keine Utopie, sondern ein empirisch begründbares Verfassungsprinzip für ›gute Staaten‹. »In allen Staaten gibt es drei Klassen von Bürgern: sehr reiche, sehr arme und drittens solche, die zwischen beiden in der Mitte stehen ... In bezug auf die Vermögensverhältnisse ist der mittlere

Dietrich Wahl – Jg. 1929; Prof. i. R., Dr. sc., Philosoph und Wissenschaftsforscher, von 1954 bis 1964 Lehrtätigkeit über Philosophie und Philosophiegeschichte; zwischen 1970 und 1990 Forschungsgruppenleiter am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Spezialgebiet Wissenschaft und Technik in Entwicklungsländern.

1 Aristoteles: Politik, S. 1266a–1266b (Hervorhebung – D.W.). Ich zitiere nach der Übersetzung von D. Rolfes, Verlag Felix Meiner Leipzig 1922.

2 Den gesamten Problembereich könnte man als »Phaleas-Syndrom« bezeichnen (ein Syndrom ist eine Gruppe gemeinsam auftretender Krankheitszeichen mit unbekannter oder verschiedenartiger Ursache).

Besitz von allen der beste; ein solcher Vermögensstand gehorcht am leichtesten der Vernunft.«⁴ Deshalb empfiehlt der Philosoph, in den Staatsverfassungen dem Mittelstand besondere Aufmerksamkeit und Förderung angedeihen zu lassen. Er stellt dar, wie in stabilen Staaten seiner Epoche das Verhältnis der drei Klassen so ausgewogen ist, daß keine offenen Kämpfe ausbrechen. Dieses ›vernünftige Verhältnis‹ kann in allen drei Grundverfassungen (Monarchie, Oligarchie, Politie) gewahrt werden. Dagegen entarten Verfassungen, wenn die Herrschenden nach ›übermäßigem‹ Reichtum streben und ihre Herrschaft dazu nutzen, eigenen Reichtum zu vermehren. Dazu müssen sie nämlich den Reichtum der anderen Klassen begehren und sich aneignen. Ihre Herrschaft dient dann nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern Eigeninteressen: Monarchie wird zur Tyrannei, Oligarchie zur Timokratie und Politie zur Demokratie. Aristoteles beobachtet gleichsam einen Zyklus der Gesellschaftsentwicklung mit relativ ausgewogener Eigentumsverteilung hin zu wachsender Differenzierung und empfiehlt, diesen wachsenden Unterschieden entgegenzuwirken.

Ähnliche Betrachtungen hatte vor ihm bereits *Platon* angestellt. Für ihn war Gerechtigkeit in der Gesellschaft ein Zustand, in dem jeder seiner Aufgabe im Staate nachkommt, nach Tugend und Vernunft handelt. Wer aber das Streben nach privatem Vermögen und Reichtumsvermehrung in den Vordergrund stelle, verfehle genau dieses Ziel. Er diagnostizierte also wie Phaleas Ungleichheit des Vermögens als Ursache von Verwerfungen im Gemeinwesen. Deshalb betrachtete Platon Gemeineigentum als angemessen zumindest für die herrschenden Klassen.

Aristoteles hat sich nicht nur dem ersten Gedanken des Phaleas – der Vermögensgleichheit – zugewandt. Er fragt danach, welche Bedürfnisse und Wertorientierungen ein vernünftiges Verhalten zum Eigentum ermöglichen oder anders formuliert, was der Maßstab für den anzustrebenden Besitz in einer ›guten Gesellschaft‹ sei. Ebenso wie Platon sah er den Maßstab in der Gerechtigkeit – in der Zuteilung von Vermögen und Ämtern gemäß den Kompetenzen und Aufgaben der verschiedenen Bürger im Staate. Der Staat ist nicht lediglich »eine Gemeinschaft bloß dem Orte nach oder zum Schutze wider gegenseitige Beeinträchtigungen und zur Pflege des Tauschverkehrs«. Er ist »die Gemeinschaft in einem guten Leben unter Häusern und Geschlechtern zum Zwecke eines vollkommenen und sich selbst genügenden Lebens«⁵. Dieses Gesellschaftsverständnis spiegelt sich im Verständnis von Individualität. Mit seiner berühmten Formulierung vom Menschen als ›zoon politicon‹, als ›gesellschaftlichem Wesen‹ brachte Aristoteles zum Ausdruck, daß man das Einzelwesen zugleich und immer in seiner Gemeinschaftsbezogenheit denken müsse – auch bei Betrachtung seines Besitztums.⁶ Diese Denkweise findet auch darin ihren Ausdruck, daß er das Staatswesen auf die Grundstrukturen der Familie (genauer den Haushalt, zu dem damals auch die Knechte und Sklaven gerechnet wurden) zurückführt.⁷

Autarkie oder selbstbestimmtes Leben des einzelnen wird also als *vernunftgemäßes Leben in der Gemeinschaft* verstanden. Das zielt nicht auf generellen Verzicht oder Gleichschaltung der Individuen, sondern orientiert auf Fülle und Vielfalt des Wissens und Könnens,

3 Das »Phaleas-Syndrom« befaßt sich mit Kernproblemen menschlichen Zusammenlebens. Deshalb verzweigt sich die Fragestellung beharrlich. An einigen Stellen werde ich auf Seitenwege der Problematik aufmerksam machen. Erinnerung sei auch daran, daß nicht nur Philosophen und nicht nur die als utopisch bezeichnete Literatur sich mit dem »Phaleas-Syndrom« auseinandergesetzt haben. Man denke nur an Goethes *Faust*, Ibsens *Peer Gynt*, Manns *Zauberberg*, Hesses *Glasperlenspiel*, Brechts *Kreidekreis*.

4 Aristoteles: Politik, S. 1295b; siehe auch S. 1296b.

5 Ebenda, S. 1280b.

6 Dabei ist auch zu bedenken, daß in den vormodernen Gesellschaften oft »zu den Gütern, an denen Eigentum bestehen kann, auch politische Herrschaftsgewalt gehörte ... (Verbindung von politischer Herrschaft, ›imperium‹, mit wirtschaftlichen Eigentumsrechte ›dominium‹)«. Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), Gustav Fischer Verlag 1980, S. 175. Auch unter diesem Aspekt war die Korrespondenz von ökonomischen und politischen Strukturen dem Bürger *unmittelbar* erfahrbar.

7 Dieses Analogisieren ist für uns ein überholter Denkstil. Ihm entstammt aber auch der Begriff ›Brüderlichkeit‹, den wir als Wertmaßstab für das Verhalten der Menschen in einem Gemeinwesen verwenden. Bedenkenswert bleibt, warum man diesen Wertmaßstab aus dem Familienbereich

genommen hat. ›Brüder haben ein im wesentlichen gleiches Verhältnis zum Familienvermögen und ›in der Familie ... bedurfte es natürlich eines Tauschhandels nicht« (Aristoteles: Politik, S. 1257a). Die Gleichheit im Erbrecht galt freilich nur für die männlichen Familienmitglieder – wohl deshalb bürgerten sich die Begriffe wie ›Schwesterlichkeit‹ oder ›Geschwisterlichkeit‹ nicht ein.

8 Aristoteles: Politik, S. 1324a.

9 Platon: Der Staat, S. 369b.

10 Aristoteles: Politik, S. 1256b.

11 Ebenda, S. 1257b.

12 Vgl. Lexikon der Ethik, hsg. von Otfried Höffe, München 1986 – Stichwort ›Eigentum‹.

des Erlebens und des Genusses, auf Persönlichkeiten, die ihre Möglichkeiten in der Gemeinschaft entfalten, freilich ohne Luxus und ohne Machtgier. Individualität wird als Anderssein als andere gedacht, nicht als Mehrhaben an Vermögen und Macht. Individuelles und Gesellschaftliches in ihrer Einheit zu betrachten, bestimmte über Jahrtausende das Denken auch in China. Dort wirkt diese Einstellung noch heute fort, wie sich in der Debatte um die Menschenrechte zeigt.

Als gleich zu verteilendes Vermögen hatten Phaleas, Platon und Aristoteles zum einen Immobilien und Arbeitskräfte im Auge. Arbeitskräfte waren sowohl Sklaven wie Knechte, Gesellen und andere abhängige Freie. Dies Vermögen sollte dazu dienen, die Grundbedürfnisse zu befriedigen und die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln, aber auch, um Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft zu stimulieren. Produktiv- wie Konsumvermögen sind auf Gebrauchswerte zentriert, werden an ihnen gemessen und haben somit endliche Maßstäbe. Reichtum wird nicht als Selbstzweck und als Wert an sich gedacht, der seinen Maßstab in sich trägt – als schiere Menge. Vermögen wird als Mittel zum ›guten Leben‹ gesehen. »Das beste und vollkommenste Leben, so für den einzelnen für sich wie für die Staaten als Gemeinschaften, ist das Leben nach der Tugend, die der äußeren Mittel genug besitzt, um sich in tugendgemäßen Handlungen betätigen zu können.«⁸ Dabei sind Tugenden nicht moralisierende Vorschriften, sondern Handlungskompetenz, Fähigkeiten – primär bestimmt durch die sozialen Funktionen der Menschen. Diese heute kaum noch verständliche *unmittelbare* Verknüpfung von Vermögen und Tugend, von ›Vermögen‹ als ›Besitz‹ und ›Vermögen‹ als Fähigkeit und ›Handlungskompetenz‹ leiten Platon wie Aristoteles aus ihrer – realistischen – Zurückführung von Gesellschaft auf Arbeitsteilung ab. »Die Entstehung des Staates ist ... darauf zurückzuführen, daß der einzelne sich nicht selbst genug ist ... So zieht denn einer den anderen zu Hilfe, einen für dieses, einen anderen für jenes Bedürfnis, und die Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse läßt viele Genossen und Helfer sich auf einem Wohnplatz zusammenfinden ...«⁹ Die speziellen Fähigkeiten der Bürger, mit denen sie zur arbeitsteiligen Gesellschaft beitragen – das sind ihre Tugenden oder Tüchtigkeiten. Zu ihnen gehört auch, »alle jene Dinge zu beschaffen und zu bewahren, die für die Gemeinschaft in Haus und Staat nützlich und notwendig sind. In diesen Dingen besteht ja auch wohl einzig der wahre Reichtum.«¹⁰ Mit kritischer Distanz stellt Aristoteles fest, daß neben solchem Reichtum und seinem Erwerb noch eine andere Form der Vermögens entstand, das Geldvermögen. Den Gelderwerb sah er mit dem Händler- und Krämergewerbe verbunden. »Der Reichtum, der aus dieser Art Erwerbskunst fließt, hat kein Ende und keine Schranke.«¹¹ Alle diese Überlegungen beruhen auf der Grundidee, daß individuelles Eigentum zugleich auf gesellschaftliche Prozesse und Verpflichtungen bezogen ist. Die Definition von Eigentum als das Recht, nach Belieben mit dem eigenen Vermögen zu verfahren, ist erst späteren Ursprungs und entstammt dem spätrömischen Recht.¹²

Gleichheit an Vermögen wurde unter den damaligen Bedingungen in zweierlei Richtung gedacht: einerseits als *kollektive* Verfügung über die Mittel des Lebensunterhalts, andererseits als (angenähert)

gleiches *privates* Vermögen der Bürger, genauer der Familien und ihrer Haushalte (des *oikos*). Bei Phaleas tritt letzteres in den Vordergrund. Ihm folgt Aristoteles insoweit, daß er das mittlere Eigentum der Familienhaushalte für die Basis gesunder Staaten ansieht. Aber auch er empfiehlt bestimmte Formen des Gemeinbesitzes, etwa in Form des Staatseigentums an Grund und Boden. Immerhin soll die Hälfte des Bodens vom Staate genutzt werden, um damit seine Kultusaufgaben zu erfüllen und die gemeinsamen Mahlzeiten aller Bürger zu sichern.¹³ Bei Platon gilt für Wächter und Philosophen Gemeineigentum sowohl an Grundbesitz, an Arbeitskräften wie auch bei Frauen und Kindern.¹⁴ Platon denkt also bei den Herrschenden an eine Produktions- und Lebensgemeinschaft im Sinne einer Größtfamilie und sieht darin die entscheidende Voraussetzung für brüderliche Beziehungen in dieser Gemeinschaft.¹⁵

Phaleas und Aristoteles haben das Problem, Vermögen und Bedürfnisse (Glücksanspruch) in Einklang zu bringen, aber auch aus anderer Perspektive betrachtet. Sind die Vermögen den Begierden anzupassen oder die Bedürfnisse dem Vermögen? Was ist vorrangig zu regulieren – die Eigentumsverteilung oder der Anspruch der Bürger? ›Die Begierden zu regulieren‹ heißt bei Aristoteles und Platon nicht, sie einfach zu reduzieren. Es bedeutet, sie an die Tugend anzupassen, sie durch die Vernunft zu kontrollieren.¹⁶

Die Forderung, die Bedürfnisse an die gegebenen Vermögen anzupassen, wurde in verschiedene Denkrichtungen weiterverfolgt. Aus der Feststellung, daß das Streben nach Reichtum und Macht immer wieder zu sozialer Abhängigkeit, zu politischen Wirren und Krieg führen, zogen in Griechenland die *Kyniker Anthistenes* und *Diogenes* den radikalen Schluß, nur der Verzicht auf Güter, die Bedürfnislosigkeit, sichere menschliches Glück und persönliche Autarkie. In gemilderter Form haben die *Stoiker* und *Epikureer* diesen Gedanken weitergeführt. Sie haben mit ihren Vorstellungen zur Regulierung und Normierung der Bedürfnisse versucht, das Anspruchsniveau der kleinen Warenproduzenten als moralisch-politischen Maßstab festzuschreiben. Ihre Leitbilder des ›Weisen‹ orientierten sich an inhaltlich ähnlichen Tugendvorstellungen mit sehr unterschiedlichen kosmologischen und gesellschaftstheoretischen Begründungen. Die ›*apathia*‹ der Stoa bedeutet Selbstbeherrschung, Unterdrückung von Trieben und Begierden, die den Menschen an ›äußere Güter‹ binden. Die ›*ataraxia*‹ der Epikureer bedeutet Genügsamkeit, die ein freies und lustvolles Leben dadurch ermöglicht, daß man seine Wünsche und Bedürfnisse einsichtsvoll und gerecht gestaltet. Während aber die stoischen Philosophen sich die Freiheit des einzelnen im Rahmen eines weltweiten Staatswesens der Brüderlichkeit vorstellen, orientieren die Epikureer auf den Rückzug ins Private, in Lebensgemeinschaften mit kultischen Zügen, was ihnen die Bezeichnung ›Gartenphilosophen‹ eintrug. Damit wird nun die von Phaleas herausgestellte Verknüpfung von ökonomischer und politischer Gleichheit kaum noch thematisiert und eher der Anpassung an die bestehende Macht- und Eigentumsordnung das Wort geredet. Die Frage, wie man die Gesellschaft gestalten müsse, um dem Bürger ein gutes Leben zu ermöglichen, verschwindet hinter der Problemstellung, wie das Individuum sein persönliches Glück finden könnte.

13 Aristoteles: Politik, S. 1330a.

14 Platon verbindet also Gütergemeinschaft konsequenterweise mit der Gemeinschaft der Frauen und Kinder, wohl weil er damit eine Quelle der fortschreitenden Polarisierung von reich und arm – die Vererbung von Vermögen – ausschließen möchte.

15 Genau an dieser Orientierung von Gesellschaften an Familien- und Stammesgemeinschaften, die allen ihren Mitgliedern gleichermaßen Lebensunterhalt und Sicherheit gewähren, hat Sir Popper im 20. Jahrhundert seine verbissene, von vielen aufgegriffene Kritik an allen Gleichheitsutopien, am ›Kollektivismus‹ aufgehängt. Wegen dieser Orientierung verdammt er Platon als den Urvater aller ›Feinde der offenen Gesellschaft‹ und behauptet, dieser Philosoph habe schon gezeigt, daß sich die Sehnsucht nach brüderlichen Gemeinschaften mit der Forderung nach härtester Disziplinierung der einzelnen und gesellschaftlichem Stillstand verbinden müsse. Tatsächlich sei es aber der Preis für Freiheit und Humanität, solche Hoffnungen aufzugeben und das ›Kreuz der Zivilisation‹ – Spannungen zwischen sozialen Klassen, Verlust der Sicherheit, Entfremdung – auf sich zu nehmen (vgl. Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft, J.C.B.Mohr 1992, insbesondere Bd. 1, S. 207, 210f.).

16 Für Phaleas war ein wesentliches Mittel, die Begierden zu regulieren, die Erziehung. Diese soll sowohl Wissen vermitteln, als auch die Achtung vor den Gesetzen und moralischen Normen ausformen. Sie soll

ebenso wie der Besitz für alle Bürger gleich sein. Diese Orientierung erscheint mir interessant in zweierlei Hinsicht: als Abgrenzung von Ökonomismus, der da meint, bestimmte ökonomische Strukturen bestimmen linear und deterministisch das Verhalten der Menschen, und als Absage an Bildungsprivilegien, die Vermögensprivilegien zur Grundlage haben und sie wiederum stabilisieren. *Seitenlinien* bei Erörterung des »Phaleas-Syndroms« sind das Wechselspiel von Eigentumsstrukturen, sozialen Normen, Kultur und Erziehung, oder auch die Verfügung über Wissen und Wissenschaft als Moment der Eigentumsstrukturen. Dies ist im »Informationszeitalter« ein besonders spannendes Thema.

17 Die Bibel, Apostelgeschichte des Lukas (Apg) 4,32 und 34.

18 Aristoteles: Politik, S. 1253b.

Von Indien ausgehend, hat der (originale) *Buddhismus* den Verzicht auf alle – materielle wie ideelle – Bedürfnisse als Mittel gelehrt, dem Leiden des Lebens zu entgehen. Der erste Schritt auf diesem Wege sei die »Hauslosigkeit«, der Verzicht auf materielles Vermögen und Familie.

Das *Ur-Christentum* nimmt Elemente der kynisch-stoischen Denktradition auf. Armut sei gottgewollt und tugendhaft. Dabei wird von einigen das Ideal des Eremiten, des individuellen Aussteigers aus der von den Reichen beherrschten Gesellschaft vertreten. Andere Christen begannen bereits im irdischen Leben eine solche gerechte und brüderliche Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu gestalten, indem sie gemeinsam wirtschafteten. »Die Menge der Gläubigen aber war ein Herz und eine Seele; auch nicht einer sagte von seinen Gütern, daß sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam. (...) Es war auch keiner unter ihnen, der Mangel hatte; denn wer von ihnen Äcker oder Häuser besaß, verkaufte sie und brachte das Geld für das Verkaufte.«¹⁷

In dieser Passage erscheint die urchristliche Gemeinde als Konsumtengemeinschaft. Diskutiert wird in unserer Zeit, ob die durch die Qumrantexte bekannt gewordenen Essener nicht nur gemeinsam konsumiert, sondern auch gemeinsam produziert haben, gemeinsames Eigentum an Grund und Boden hatten.

Zweifel an der Lösbarkeit des Phaleas-Syndroms

Man kann in den vormodernen Gesellschaften vier Gruppen von *Zweifeln und Einwänden* unterscheiden, die zumeist aus der Perspektive der herrschenden Klassen formuliert werden – die geringe Produktivität der Arbeit, die unterschiedliche Ausprägung menschlicher Fähigkeiten, die Habgier und Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Gemeingut.

»Denn freilich, wenn jedes Werkzeug auf erhaltene Weisung ... seine Verrichtung wahrnehmen könnte ..., wenn so auch das Weberschiff von selber webte und der Zitherschlegel von selber spielt, dann brauchten die Meister keine Gesellen und die Herren keine Knechte.«¹⁸ Deshalb bedarf es auch einer großen Gruppe von Menschen, die wie Werkzeuge wirken – nämlich die körperliche Arbeit zur Verwirklichung der Pläne (also der Vernunft) anderer verrichten. *Aristoteles* begründet diese Argumentationslinie gegen eine Gesellschaft allgemeiner Gleichheit zunächst empirisch-historisch. Er stellt fest, daß die Tätigkeiten der Menschen nicht schlechthin verschieden sind, sondern sich ihrer Qualität nach unterscheiden. Manche sind ohne weitere Ausbildung und ohne Wissen um die Gesamtzusammenhänge auszuführen und bedürfen vor allem der körperlichen Anstrengung. Andere verlangen Überblick, Wissen, gründliche Planung. Solche Fähigkeiten bilden sich aber nur bei Menschen heraus, die Muße haben können. Muße oder freie Zeit können aber nicht alle Menschen haben, da die materiellen Werkzeuge nicht produktiv genug sind. Von dieser korrekten Feststellung gelangt er zu einer weiteren Aussage – auch seien die Menschen grundsätzlich unterschiedlich mit seelischen Fähigkeiten ausgestattet. Damit eröffnet er eine weitere Argumentationslinie gegen eine Gesellschaft der Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit.

Platon hatte bereits die Lehre von den drei Seelenkräften oder -stufen – Begierden, Wille, Vernunft – eingeführt. Von Geburt an überwiegt bei den Menschen jeweils eines dieser Vermögen und entsprechend gehören sie einem der drei Stände im Staate an oder sind Sklaven. Aristoteles polemisiert zwar etwas dagegen, daß die Menschen völlig bei der Geburt hinsichtlich ihrer Fähigkeiten determiniert sind. Aber er geht auch von einer grundlegenden und *naturgegebenen* Unterschiedenheit der Menschen nach ihrer Leistungsfähigkeit aus, die ihre Klassenzugehörigkeit ebenso bedingt und erklärt wie die Existenz von Klassengesellschaften überhaupt.

Dies führt zu einer dritten Gruppe von Zweifeln, die auf den moralischen Unzulänglichkeiten der Individuen beruhen. Da sind *die Reichen*, die den Weg der Tugend verlassen und so ihrer eigentlichen gesellschaftlichen Funktion nicht gerecht werden. Da sind *die Armen*, die mit der ihnen ›natürlich‹ zugewiesenen Aufgabe nicht zufrieden sind und die daher die staatliche Ordnung stören. Aber auch das Heraufkommen einer neuen *Form des Gelderwerbs, des Handels*, betrachtete Aristoteles als Quelle der wachsenden und übermäßigen Differenzierung des Vermögens. Er merkt an, daß der Erwerb von Geldreichtum maßlos mache, überhaupt erst eine Maßlosigkeit ermögliche, die die eigentliche Ökonomie unterläuft, zerstört und die zugleich amoralisch an sich ist (denn moralisch ist, das Extreme zu meiden und das rechte Maß, die Mitte zwischen den Polen der Verhaltensmöglichkeiten, zu verwirklichen). Hier zeigt sich bereits ein Abrücken vom Herangehen des Phaleas, dem wir bis heute immer wieder begegnen: es werden lediglich die Symptome sozialer Mißstände beschrieben, während ihre Verwurzelung in den Eigentumsverhältnissen weitgehend verborgen bleibt.

Aristoteles führt noch ein viertes Argument gegen Gemeineigentum an: »Was sehr vielen gemeinsam gehört, für das wird am wenigsten Sorge getragen.«¹⁹

Die entscheidenden, bis heute nachwirkenden Formulierungen zu Vermögensfragen sind in den drei damals getrennten Kulturen Europas, Indiens und Chinas etwa zur gleichen Zeit entstanden. Man kann wohl davon ausgehen, daß dies mit den damals vor sich gehenden sozialen Umwälzungen zusammenhängt, mit dem Übergang zu Klassengesellschaften, deren Reife und deren Widersprüche rationale Reflexion erforderten. Alle Problemformulierungen und Lösungsvorschläge bewegen sich im Rahmen der damals entstehenden agrarischen Gesellschaften, in denen die relativ autarke Produktionseinheit des Bauern- oder Gutshofes beziehungsweise der Nomadenhorde die Grundlage bildet und Handwerk und Handel nur eine ergänzende Funktion hatten.²⁰ Stadtbildung und Staat blieben mit der Agrarproduktion verbunden. Vorstellungen über Idealgemeinschaften sind deshalb entweder agrarische Großgemeinden oder Stadtstaaten agrarstädtischen Grundcharakters oder Großreiche mit einer Bürokratie, die die agrarische Produktion fördert, etwa durch großangelegte, oft landesweite Bewässerungssysteme. Die wohl vor allem von den Herrschenden entwickelten Vorstellungen nehmen dabei in Kauf, daß Gleichheit an Besitz und politischen Rechten nur für eine Minderheit der Bevölkerung möglich und denkbar ist, während die Entwürfe aus der Sicht der Armen die Einbeziehung

19 Ebenda, S. 1261b.

20 Handwerk und Handel erfaßten nur einen begrenzten Teil der Produkte, vor allem Rohstoffe (Salz, Metalle) und Luxusgüter (Gewürze, Delikatessen, edle Stoffe und Feinkeramik).

aller Menschen in die Gemeinschaft verbinden (müssen) mit der Forderung, auf Luxus zu verzichten und sich mit der Erfüllung von Grundbedürfnissen zufrieden zu geben.

Realisierungsversuche

Phaleas' Gedanken über Eigentumsgleichheit in ihren vielfältigen Ausformungen sind nicht reine Spekulation geblieben und somit nicht en bloc dem Utopischen im Sinne des nie und nirgends Realisierten, zuzurechnen. Kursorisch soll hier an einige Entwicklungen und Gemeinschaftsformen erinnert werden, mit denen die ›Aufarbeitung‹ des Phaleas-Syndroms angegangen wurde.

Griechische Kolonien: Alle erwähnten Strategien für eine wohlgeordnete Gemeinschaft gingen davon aus, daß wesentliche Parameter der Kommunen stabil bleiben. Ebenso wenig wie man deutliche Veränderungen in der produktiven Sphäre erkennen konnte, dachte man an drastische Veränderungen des Bedürfnishorizontes, der Bevölkerungsgröße oder des Wissens. Das gab allen sozialen Reflexionen einen *undynamischen Gestus* (und wo fundamentale Alternativen erwartet wurden, dachte man sie in Form eines göttlichen Befreiungsschlages). Die statische Denkweise sensibilisierte aber auch für Prozesse, die die soziale Balance bedrohten. In agrarischen Gesellschaften war dies primär die Begrenztheit von Grund und Boden. Platon wie Aristoteles gehen wiederholt auf diese Problematik ein und empfehlen die Gründung von Kolonien. Aufschlußreich ist in unserem Zusammenhang, daß die ›Sponsoren‹ und ›Neusiedler‹ solcher Gründungen gemeinsam darauf achteten, dort eine starke Mittelschicht zu begründen, sich einer Gleichverteilung von Vermögen also anzunähern. Natürlich bezog sich das nur auf Vollbürger. Sklaven, besitzlose Bauern und Immigranten (Ausländer) waren von vornherein und grundsätzlich von der Mitgestaltung des Staatswesens ausgeschlossen. Innerhalb der herrschenden Klasse waren in der Blütezeit der griechischen Polis die Vermögensunterschiede tatsächlich relativ gering,²¹ und so kann man durchaus von empirischen Belegen für eine zumindest zeitweise erfolgreiche Therapie im Sinne des Phaleas sprechen.

Wehrbauern: Die Ansiedlung von Wehrbauern auf Staatsland in Grenzgebieten erfolgte in verschiedenen vormodernen Gesellschaften. Dabei wurden in vielen Fällen Parzellen in gleicher Größe für die Familien vergeben, um die Masse der Bevölkerung materiell an der Verteidigung des Staatswesens zu interessieren. Für die Stadtstaaten in Griechenland empfahl Aristoteles, jedem Vollbürger zwei Lose (für Grundstücke) zuzuteilen, »einen Teil, der nach der Grenze, und einen anderen, der nach der Stadt zu gelegen ist«²². In China spielte die egalitäre Zuteilung von Grund und Boden an Bauern nach Kriegen und politischen Wirren wiederholt eine Rolle, insbesondere in Phasen der Wiedererrichtung des einheitlichen Staatswesens.²³

Produktions- und Lebensgemeinschaften: Heute betrachten nicht wenige die kommunistische Verfassung, die Platon den Herrschenden vorschreibt, mit Spott und Unverständnis, kleben ihr das Etikett utopischer Spinnerei an oder sehen in ihr bloß Apologetik von Klassenherrschaft. Sie übersehen dabei die Verfaßtheit der Platonschen Akademie ebenso wie die der Aristotelischen Schule. Es waren dies

21 Vgl. Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1981, S. 388.

22 Aristoteles: Politik, S. 1330a.

23 Vgl. Jacques Gernet: Die chinesische Welt, Leipzig 1987, S. 78, 164, 208, 261, 330f. Bedenkenswert sind in unserem Zusammenhang auch die Ausführungen von Joseph Needham darüber, welche positiven Auswirkungen von egalitären und nichtinterventionistischen Zügen in Chinas Gesellschaft auf die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik und auf deren soziale Wirksamkeit ausgingen (vgl. Joseph Needham: Wissenschaftlicher Universalismus. Über Bedeutung und Besonderheit der chinesischen Wissenschaft, Frankfurt/Main 1993, S. 64ff., 108, 166f.).

kulturell-religiöse Vereine oder Stiftungen, bei der auf jeden Fall die materielle Basis der gemeinsamen Forschungen und Diskussionen – Grundstück, Bibliothek, wohl auch Mahlzeiten – auf gemeinsamem Eigentum beruhen.²⁴ Die christliche Tradition kommunistischer Familienverbände und Gemeinden ist bis heute nicht abgerissen. Bezieht man das Vorspiel bei den Essenern mit ein, handelt es sich bislang um eine Geschichte von 2200 Jahren, in denen die urchristlichen Gemeinden, die Bogumilen, die Katharer oder Albigenser, die Wiedertäufer Gemeineigentum moralisch-theologisch begründet und *praktiziert* haben. Die Hutterer – ein Zweig der Wiedertäufer – leben noch heute in USA, Kanada und Japan mit etwa 33.000 Menschen auf ihren ›Brüderhöfen‹ mit gütergemeinschaftlicher Verfassung.²⁵

Klöster: Eine Sonderform der Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft stellen die Klöster dar, die mit Ausnahme der islamischen Länder in den vormodernen Gesellschaften seit etwa 500 v.u.Z. eine erhebliche Rolle spielen. Die Mönche haben die drei Gelübde für Armut, Arbeit und Keuschheit abzulegen, verfügen über kein privates Eigentum an Produktionsmitteln und ordnen sich den Regeln des gemeinsamen Lebens unter. Betrachtet man Klosterleben und Klosterregeln, so zeigen sich erhebliche Unterschiede in der sozialen Struktur und in der gesellschaftlichen Funktion der Klöster. So lassen sich in Westeuropa grob alternative und herrschaftsstabilisierende Klosterformen unterscheiden: Benediktiner und Zisterzienser einerseits – Kluniazenser und Jesuiten andererseits. Spielt bei den Benediktinern und Zisterziensern der arbeitende Mönch die zentrale Rolle, so ist es bei den Klöstern, die der Regel von Cluny folgen, der betende Mönch. Nehmen die ersteren zumeist die nichterbenden Söhne und nichttheiratenden Töchter von Bauern und kleinen Adligen auf, roden das Land, tradieren und verbessern agrarische Techniken, so rekrutieren sich die Kluniazenser vornehmlich aus dem höheren Adel, lassen sich von den Laienbrüdern im Kloster und von den Leibeigenen auf dem klösterlichen Grundbesitz ernähren und widmen sich vornehmlich der Ideologieproduktion und dem Genuß der göttlichen Gaben an Brot, Fleisch, Wein.²⁶ Dies ist übrigens eines der Beispiele, daß kollektives Eigentum auch Ausbeutungsfunktion haben kann.

Räuber und Banditen: Die Lebensgemeinschaften um Robin Hood, Störtebeker, Schillers *Räuber*, *Die Räuber vom Liang-Shan-Moor* (China), die Naxaliten (Indien, bis heute!) – alle praktizierten egalitäres Gemeinschaftseigentum und verteilten Eigentum von den Reichen zu den Armen um. Ihre Ideen und Lebensweise üben bis heute ihren Reiz auf jung und alt aus. Natürlich ist da auch ein Augenzwinkern, wohl aus der Ahnung heraus, daß gemeinsamer Konsum ohne gemeinsames Produzieren nicht funktionieren kann.

Scheitern und Grenzen

Solche Gemeinschaften und Gesellschaften blieben letztlich Rand- und Ausnahmerecheinungen. Auf die Frage nach den Gründen sind pauschale und vereinfachende Antworten zu vermeiden. Wahrscheinlich sind auch für die beiden Varianten – Gemeineigentum und egalitäres Privateigentum – unterschiedliche Ursachenkomplexe ins Auge zu fassen. Die vormoderne Bauernwirtschaft selbst, die bestimmende

24 Die Akademie »stellte zu Platons Zeiten eine Art Lebensgemeinschaft zwischen Schulhaupt und Schülern dar, mit asketisch-kultischen Elementen nach pythagoreischem Vorbild« (Christoph Helferich: Geschichte der Philosophie, München 1999, S. 37.).

25 Vgl. Bernd G. Längin: Die Hutterer. Gefangene der Vergangenheit, Pilger der Gegenwart, Propheten der Zukunft, Hamburg 1986.

26 Vgl. Ernst Werner, Martin Erbstöber: Ketzer und Heilige. Das religiöse Leben im Mittelalter, Berlin 1986.

Produktionseinheit damals, war autark. Selbst größere Einheiten konnten nicht erheblich produktiver sein. Gemeinschaften mit Kollektiveigentum waren weniger eine Sprengkraft für die sozialökonomische Ordnung insgesamt, wohl aber stellten sie die Macht und die Einkünfte der herrschenden Klasse in Frage und wurden so mit Feuer und Schwert bekämpft. Egalitäre Verteilungen von Grund und Boden andererseits wurden immer wieder ausgehöhlt und zersetzt, weil bei den Produzenten wie bei den mehrprodukteinsammelnden Oberschichten Interesse an der Vergrößerung des Reichtums bestand. Das war nur begrenzt durch technische Innovationen zu bewerkstelligen, wohl aber durch fortschreitende Differenzierungen des Eigentums, vor allem an Grund und Boden. Allgemein gilt wohl: wie die Gesamtgesellschaft waren auch die alternativen Gemeinschaften eher konservativ denn innovativ. »Die ursprüngliche Einheit zwischen Arbeiter und Arbeitsbedingungen ... hat zwei Hauptformen: das asiatische Gemeinwesen (naturwüchsigen Kommunismus) und die kleine Familienagrikultur (womit Hausindustrie verbunden). (...) Beide Formen sind Kinderformen und gleich wenig geeignet, die Arbeit als *gesellschaftliche Arbeit* und die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit zu entwickeln.«²⁷ Freilich waren die gemeinwirtschaftlichen und egalitären Gemeinschaften nicht weniger produktiv als privatwirtschaftlich-inegalitäre der gleichen Epoche. Viele Klöster und andere Lebensgemeinschaften waren hocheffizient und streckenweise innovativ. Sie wurden zeitweise gerade deshalb von den Herrschenden gern gefördert und genutzt, Zisterzienserklöster ebenso wie Hutterer-Kolonien. Bruderhöfe dieser Wiedertäufer werden noch heute von privat wirtschaftenden Nachbarn als ernstzunehmende ökonomische Konkurrenz empfunden.

Zu bedenken bleibt auch, daß oft die rechtliche Form der Verfügung über Sachen die eigentlichen Eigentumsunterschiede überdeckt. So war in vormodernen Gesellschaften den Produzenten (Bauern, Handwerkern) der *Besitz* an Boden und Produktionsmitteln, die *Eigentum* der Herrschenden blieben, möglich.²⁸ Auch deshalb wohl wurde die Eigentumsfrage – im Unterschied zu Phaleas – von vielen Angehörigen unterdrückter, armer Klassen und Schichten nicht als Kernfrage von Gleichheit und Gerechtigkeit begriffen.

27 Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, in: MEW, Bd. 26.3, S. 414.

28 Vgl. Handbuch Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., S. 392, 416.

WOLFGANG TRIEBEL

»Modernes Regieren im 21. Jahrhundert« mit neuer NATO-Doktrin und Bundeswehrreform?

Historische Zwänge für »modernes Regieren im 21. Jahrhundert«

Wenn vierzehn Staats- und Regierungschefs aus Europa, Nord- und Südamerika, Afrika und Ozeanien, wie am 2. und 3. Juni 2000 in Berlin, über »modernes Regieren im 21. Jahrhundert« diskutieren, dann ist das durchaus zu begrüßen.¹ Nachdenken über »modernes Regieren im 21. Jahrhundert« ist im Interesse von Frieden und Sicherheit nicht nur in Europa eine höchst aktuelle und historisch notwendige Angelegenheit. Linke Politiker und Politikwissenschaftler machen schon lange darauf aufmerksam, daß es in der gegenwärtigen Politik nicht weitergehen kann wie bisher. Vor allem muß das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft wiederhergestellt werden. Erfreulich, daß auch Kanzler Schröder auf dieser Gipfelkonferenz feststellte: »Wir wollen nicht die Dominanz des Marktes über die Politik.«² Worin nun bestehen Kriterien für »modernes« Regieren bzw. *was* kann nicht und *warum* nicht *wie bisher* weitergehen?³

Die Logik des Gegenstands »modernes Regieren« zwingt dazu, es vor allem und zuerst alternativ zur bisherigen Regierungspraxis als antimilitaristische Politik nach innen und außen zu verstehen, sich von der neuen NATO-Doktrin zu distanzieren und die Reform der Bundeswehr an den politischen Realitäten zu orientieren, nicht aber an Interessen der Rüstungskonzerne. Wenn durch »modernes Regieren« Menschenrechte verwirklicht und soziale Gerechtigkeit erreicht werden sollen, dann muß es – im Unterschied zum bisherigen Regieren – auf Abbau und Konversion von Rüstungen gerichtet sein, Waffenhandel als extreme Profitquelle zu Lasten von Leben und Lebensbedingungen anderer Völker unterbinden, in den Kampf um Ausstieg aus der Atomkraft vor allem die Vernichtung aller nuklearen Waffenpotentiale einschließen und auf den schonenden Umgang mit den Naturressourcen einer an die kommenden Generationen denkende ökologische Politik orientieren. Damit werden Voraussetzungen geschaffen, um all die anderen Ziele wie gerechte Verteilung des Wohlstands, Bekämpfung von Krankheit und Armut in der Welt, mehr und bessere Bildung, Rückkehr zur Vollbeschäftigung usw. auch tatsächlich in die gesellschaftliche Praxis umsetzen zu können. Auf diesen Wegen kann auch die Globalisierung zum Nutzen der Menschen wirksam werden.

Dominanz des Marktes über die Politik führte im 20. Jahrhundert zum Mißbrauch von Politik für die Interessen des Marktes, sprich zum Wohle von nationalem und internationalem Monopolkapital. Dadurch war das gesamte 20. Jahrhundert ein Jahrhundert zweier

Wolfgang Triebel – Jg. 1930, Politikwissenschaftler, Historiker, Prof. Dr. sc. phil.; 1968-1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dozent, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Lehrgebiete Sozialismustheorie, Theorie internationale Beziehungen. Ab 1991 Grotewohl-Forschung und politikwissenschaftliche Arbeit in der AG Friedenspolitik Berlin.

1 Anwesend waren: Bundeskanzler Schröder als Gastgeber, USA-Präsident Bill Clinton, Frankreichs Ministerpräsident Lionel Jospin, Präsident Südafrikas Thabo Mbeki, Argentinens Präsident Fernando de la Rúa, Präsident Chiles Ricardo Lagos, Präsident Brasiliens Fernando Cardoso, die Ministerpräsidenten Kostas

Simitis (Griechenland),
Giuhano Amato (Italien),
Jean Chretien (Kanada),
Helen Clark (Neuseeland),
Wim Kok (Niederlande),
Antonio Guterres (Portugal),
Göran Persson (Schweden).
Großbritannien war nur
durch die Berater Tony
Blairs, David Miliband und
Anthony Giddens, vertreten,
weil Blair seinen kurz zuvor
geborenen Sohn nicht allein
lassen wollte.

2 Zitiert nach:
Das Parlament, Nr. 24
vom 9. Juni 2000.

3 Siehe hierzu: Ingomar
Klein, Wolfgang Triebel:
Um des Friedens willen.
Nachdenken über Wege in
eine friedliche menschliche
Gesellschaft. 18 Autoren
aus Wissenschaft und
Politik äußern sich zu
absehbaren Folgen der
weiteren Militarisierung
von Politik und zeigen Wege
zu ihrer antimilitaristischen
Gestaltung, Berlin 2000.

4 Während die *Frankfurter
Allgemeine Zeitung* vom
5. Juni 2000 Nordkorea,
Irak, Jugoslawien, Kuba,
Sudan, Libyen und mit
Einschränkungen den Iran
zu den Schurkenstaaten
zählte (Frau Albright führte
den Begriff 1994 ein), weiß
die *Financial Times
Deutschland* vom 21. Juni
2000 zu berichten, daß der
USA-Außenamtssprecher
Richard Boucher diese
Begriffe nicht mehr für
angemessen hält:
»Das Etikett des Schur-
kenstaates hat seine
Schuldigkeit getan ...«.

Weltkriege und von Hunderten kleinerer lokaler oder Bürgerkriege auf allen Kontinenten, ein Jahrhundert mit Tausenden und aber Tausenden Toten, millionenfachen Zerstörungen von Dörfern, Städten und der ganzen Menschheit gehörenden Kulturdenkmälern. Gleichzeitig aber scheffelten diejenigen Milliardenprofite, die Rüstungsproduktion betrieben, Kriege vorbereitet und die Völker mit verlogenen Feindbildern zu Mord und Totschlag gegeneinander getrieben haben. Das hat Politik im 20. Jahrhundert nicht nur geduldet, sondern gefördert, um Machtverschiebungen zwischen den imperialen Großmächten durchzusetzen. Im Interesse der Systemerhaltung war kapitalistische Politik trotz eigener Widersprüche auf die Abwehr der von der Oktoberrevolution ausgehenden und international wirkenden sozialpolitischen und wirtschaftlichen Umgestaltungen gerichtet. Dafür wurden während des gesamten 20. Jahrhunderts »heißer« oder »kalter« Krieg als Mittel von Politik legitimiert.

Mit der Beendigung des Kalten Krieges 1989/1990 verbanden die Völker Hoffnungen auf den Beginn eines dauerhaften Friedens in der Welt, zumal wesentliche Instrumente dafür mit der UNO im Weltmaßstab, der OSZE in Europa sowie ähnlichen Organisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika entstanden waren. Die hochgerüsteten kapitalistischen Großmächte dagegen fühlen sich seit der Niederlage des Sozialismus in Europa als Sieger der Geschichte. Sie gehen seitdem offensichtlich davon aus, ihre alten Rivalitäten unter einem zu ihren Gunsten veränderten internationalen Kräfteverhältnis ungehinderter und mit »modernerer« Mitteln und Methoden austragen zu können. Wie anders lassen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts folgende Ereignisse erklären?

Der Krieg der USA aus den neunziger Jahren gegen den Irak ist noch immer nicht beendet; der USA- und NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 hat die politische Lage auf dem Balkan dergestalt zugespitzt, daß weitere militärische Auseinandersetzungen als programmiert angesehen werden müssen; der Krieg in Tschetschenien hat über die Kaukasus-Region hinausgehende politische Dimensionen. Internationale Ölmultis und auch Staaten erheben Ansprüche auf die bisher von Rußland beherrschten Ölvorkommen dieses Gebietes; die den afrikanischen Kontinent erschütternden Bürgerkriege verschärfen die Lebensbedingungen der dort lebenden Völker, während Großmächte als Waffenlieferanten und Ausbeuter der Bodenschätze extreme Gewinne erzielen.

Neben althergebrachten Thesen wie »Kriege hat es immer gegeben und wird es weiter geben, weil Menschen von Natur aus aggressiv sind« werden neue Kriegsursachen heraufbeschworen: »Kampf der Kulturen« (Huntington), »Kaukasus als USA-Interessengebiet« (Brzezinski), »Krieg um Wasser«, »Krieg um Öl«. »Militärschläge gegen ›Schurkenstaaten‹ angeblich zur Friedenswahrung« werden als »humanitäre Intervention« verniedlicht, von neuen Risiken ist die Rede und ähnliches mehr.

Diese Tatsachen, dazu steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Armut nicht nur in den unterentwickelten Ländern, immer brutalere Formen von Terrorismus, individuellen Gewalttätigkeiten, fanatischem Rassismus, militantem Nationalismus und anderen die Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschheit verschlechternden

Erscheinungen in der Welt lassen die Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden immer mehr schwinden. Damit ist beantwortet, warum es in der Politik nicht so weitergehen darf wie bisher und es Veränderungen in der nationalen und internationalen Politik geben muß. Die heute Regierenden sind nicht nur gefragt, sondern gefordert.

Wie die Teilnehmer »modernes Regieren« verstanden wissen wollen
Nimmt man die veröffentlichten Auszüge aus der Abschlusserklärung⁵, dann fällt zunächst auf, daß die Fragen Frieden und Sicherheit, Abrüstung und Verbot von Waffenhandel, Reduzierung von Armeen und Auflösung von Militärblöcken, wie überhaupt das Militärische, unberücksichtigt geblieben sind.

»Modernes Regieren« im 21. Jahrhundert soll nach dem Willen der Diskutanten dieses Gipfels unter den Bedingungen der Globalisierung vor allem als Verwirklichung der Menschenrechte verstanden werden. Die erste Bedingung zur Verwirklichung der Menschenrechte ist aber der Frieden. Als Lehre aus der verfehlten Machtpolitik der imperialistischen Großmächte des 20. Jahrhunderts und grundsätzlicher Ausgangspunkt zur inhaltlichen Bestimmung von »modernem« Regieren müßte zuerst der Krieg als Mittel der Politik verurteilt werden. Nun sagen das zwar nahezu alle Politiker auch der NATO, aber zugleich setzen gerade sie ihre gigantischen Rüstungsprogramme fort, provozieren dadurch in der Welt die Weiterführung des Rüstungswettlaufs und scheuen nicht vor Aggressionen zur Realisierung ihrer Weltmachtbestrebungen zurück. Es gibt also bis jetzt wenig Anzeichen dafür, daß das Ziel »modernem« Regierens darin besteht, alle vorhandenen internationalen politischen Instrumentarien zu nutzen bzw. neue zu entwickeln, um den Krieg für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Oder wollen die Gipfelteilnehmer um Kanzler Schröder glauben machen, mit dieser alten »unmodernem« Politik wird endlich Schluß gemacht?

Die der Regierung nahestehende Wochenzeitung *Das Parlament* überschrieb ihren Bericht über diesen »Mitte-Links-Gipfel« in Berlin: »Globalisierung mit »menschlichem Antlitz.«« Darin werden die wichtigsten Diskussionsthemen zwischen den Teilnehmern aufgezählt und in der Absichtserklärung als Ziele benannt: 1. gerechtere Verteilung des Wohlstands in der Welt und eine soziale Abfederung der ungehemmten Globalisierung; 2. mehr zur Bekämpfung von Krankheit und Armut in der Welt zu unternehmen; 3. eine grundlegende Modernisierung von Wachstum, Stabilität und die Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu sichern; 4. Gerhard Schröders Forderung »Wir wollen nicht die Dominanz des Marktes über die Politik«; 5. die Möglichkeiten der Globalisierung zum Vorteil der Menschen zu nutzen, ihr nicht einfach »freien Lauf« lassen; 6. »Wachstum und gerechte Verteilung« (Schröder); 7. »ein Mehr an Internationalität im eigenen Land« (Schröder); 8. Beseitigung der weltweiten Ungleichheiten bei Bildung und Ausbildung (Clinton); 9. Informationstechnologien mit einem »menschlichen Antlitz« (Josspin); 10. »unseren Werten treu bleiben, aber ... unser Handeln modernisieren« (Josspin); 11. ein stärkeres Mitspracherecht auch für die ärmeren Länder (Thabo Mbeki); 12. strikte Inflationsbekämpfung als Voraussetzung für ein beschleunigtes Wachstum; 13. die Finanzmärkte müßten stärker

5 *Der Tagesspiegel* vom 4. Juni 2000 bzw. *Neues Deutschland* vom 5. Juni 2000.

6 *Das Parlament*, Nr. 24 vom 9. Juni 2000.

reguliert, überwacht und zur Rechenschaft herangezogen werden; 14. Anpassungen bei den Sozialsystemen; 15. Gewährleistung einer Atmosphäre der Toleranz durch klare Einwanderungs- und Asylpolitik; 16. Aufbau eines »Netzwerkes« von Wissenschaftlern und »politischen Entscheidern«.⁶

Im Kern laufen alle sehr zustimmungswürdigen sechzehn Punkte auf die Verwirklichung von Menschenrechten und von sozialer Gerechtigkeit hinaus, die man als Markenzeichen von Demokratie verstanden wissen will und die nun im Vordergrund des »modernen Regierens im 21. Jahrhundert« stehen sollen.

Sollten die Regierenden tatsächlich begriffen haben, daß der Arbeitslosigkeit Einhalt geboten werden muß, soziale Ungerechtigkeiten in der Verteilung gesellschaftlich produzierter Güter wenigstens minimiert und die Vergeudung der Ressourcen durch einige wenige Länder wirksam reduziert werden müssen, daß der Zustand der Weltwirtschaftsordnung Not und Armut verursacht und Einteilungen von Staaten und Völkern in Privilegierte und Unterprivilegierte Relikte aus dem vorigen Jahrhundert sind? In diesen Erscheinungen liegen Quellen für neue nationale und internationale Konflikte.

Sollten die Regierenden tatsächlich erkannt haben, daß die Menschenrechte nicht selektiv, sondern nur unteilbar in ihrer Komplexität realisiert werden können? Bis jetzt haben Regierungen Verfassungen, Gesetze, internationale Verträge, Deklarationen und Abkommen über Menschenrechte unterschrieben, ohne ausreichende gesellschaftliche Voraussetzungen zu schaffen, sie im eigenen Land entsprechend umzusetzen. Menschenrechte werden aber erst zu gesellschaftlichen Werten, wenn sie für jeden Bürger nachvollziehbar und erlebbar sind. Während die Menschenrechte in vielen UN-Dokumenten definiert sind, läßt sich soziale Gerechtigkeit nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Stellung der Menschen im System der herrschenden Eigentumsverhältnisse allgemein bestimmen.⁷ Die Kluft zwischen arm und reich vertieft sich weiter, aber über Ursachen und Wirkungen dieser Geißel der Menschheit werden die Völker weiterhin »in einem perlmutternen Dunst von Aberglauben und alten Wörtern gehalten, welche die Machinationen dieser Leute verdeckt.« (Brecht: Galileo Galilei, 14. Bild)

Wenn »modernes Regieren im 21. Jahrhundert« diese Zustände nicht beseitigt, dann ist es um die friedliche Zukunft der Menschheit im 21. Jahrhundert schlecht bestellt. Die heutige Welt driftet ob der bestehenden internationalen Macht- und Eigentumsverhältnisse auf einen Abgrund für die gesamte Menschheit zu, wenn sich die ärmeren und armen Völker in absehbarer Zeit nicht mehr damit abfinden, daß ihnen die Teilhabe am wachsenden Reichtum der Menschheit auf Dauer vorenthalten wird. Eigentlich wissen das alle, und immer öfter wird es ausgesprochen. Was aber ist von wem dagegen zu tun? Die Antwort ist weitgehend offen, auch der Gipfel von Kanzler Schröder ist über Absichtserklärungen nicht hinausgegangen. Die Erfahrungen aus ersten Versuchen einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung im 20. Jahrhundert bedürfen noch einer sachlichen kritischen Analyse, sie sollten keineswegs ad acta gelegt werden!

Inzwischen sind seit diesem Gipfel mehrere Wochen ins Land gegangen. Von Politikern und den Medien wird kaum mehr Bezug darauf

7 Siehe zum Beispiel Harry Nick: Was ist soziale Gerechtigkeit?, in: *Neues Deutschland* vom 22. 10. 1999. Er sagt u.a.: »Wollte man soziale Gerechtigkeit ... definieren, müßte zweierlei zumindest gesagt werden. Soziale Gerechtigkeit gebietet erstens, allen Menschen ... ein menschenwürdiges Leben zu gewähren ... bedeutet zweitens, die Teilhabe am Reichtum der Gesellschaft so zu regeln, daß jeder Arbeitsfähige sich veranlaßt sieht, nach besten Kräften zur Mehrung dieses Reichtums beizutragen ...«

genommen. War die verhaltene Resonanz der Presse während der Konferenztage berechtigt? Vielleicht hat Lutz Pries aus Berlin das Ergebnis am treffendsten beurteilt, als er schrieb, daß »sich in den Bekenntnissen zu Solidarität, Beteiligung und sozialer Verantwortung« zwar »ein sozialliberaler Geist ausmachen« läßt, der aber auf keinen »trennscharfen Begriff« gebracht worden ist. »Selbst solche wollweichen Vokabeln wie ›Dritter Weg‹ oder ›Mitte-Links‹ sind zu anstößig und durch ›modern‹, ›reformorientiert‹ oder ›progressiv‹ ersetzt. Daß Politik womöglich auch im 21. Jahrhundert noch mit Macht zu tun haben wird, war zwar dem unterschiedlichen Auftritt der Großen, Mittleren und Kleinen zu entnehmen, nicht aber dem Kommuniqué.«⁸

Kurt Kister interpretierte Clintons Antwort auf die Frage nach dem Unterschied zwischen »modernem« Regieren und Drittem Weg, »Beide Begriffe seien »eine gute Beschreibung dafür, was wir zu tun versuchen«. Übersetzt bedeutet das: Es ist ziemlich egal, wie wir es nennen, Hauptsache, wir regieren.«⁹

Schärfer in der Bewertung des Gipfels ging Nikolaus Piper vor: »Internationale Konferenzen dienen heutzutage vor allem der Selbstdarstellung der Teilnehmer vor den Fernsehkameras, also dem heimischen Wählerpublikum ... Vorzuwerfen ist ihnen (den Präsidenten und Regierungschefs, W.T.) allerdings, daß die Abschlußerklärung mit dem Bekenntnis zu Solidarität und sozialer Gerechtigkeit in den Zeiten der Globalisierung Erwartungen erweckt, die nicht einzulösen sind.«¹⁰

Diese pessimistische Prognose liegt vielleicht daran, daß sich Politik heute mehr auf »Aktienkurse an den Börsen« stützt. »Politische Visionen ... sollten sich vornehmlich mehr an Werten orientieren als am Wert.«¹¹ Dem kann man nur zustimmen.

NATO-Doktrin produziert Ziel-Mittel-Konflikte für »modernes« Regieren

Wenn der deutsche Bundeskanzler Schröder auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 2./3. Juni 2000 sich für »modernes Regieren im 21. Jahrhundert« eingesetzt hat, dann sollten wir ihn nicht aus den daraus erwachsenden Verpflichtungen für seine Regierungspolitik entlassen und beim Wort nehmen. Die internationalen Bedingungen für einen Politikwechsel (dem eigentlichen Inhalt für »modernes« Regieren) sind für die Bundesrepublik Deutschland nach amtlichen Regierungsdokumenten besonders günstig, weil unser Land nur noch von befreundeten Staaten umgeben ist.

Im Kommuniqué des Gipfels heißt es: »Schlüsselaufgabe modernen Regierens im neuen Jahrhundert ist es, den Menschen dabei zu helfen, das Beste aus dem Wandel (durch die Globalisierung, W.T.) zu machen, indem wir ihnen die *Mittel in die Hand geben*, ihre Talente in der neu entstandenen Welt zu entfalten ... *Unser Ziel* ist es, *die Talente aller Menschen freizusetzen*, doch um dies zu tun, müssen wir die *Verantwortung* zwischen staatlichen Stellen und dem einzelnen, zwischen Regierungen und internationalen Organisationen, zwischen nichtstaatlichen Organisationen und dem öffentlichen Sektor aufteilen. Diese Frage steht im Mittelpunkt des modernen Regierens im 21. Jahrhundert.«¹² (Hervorhebungen von mir, W.T.)

8 Lutz Pries: Kumpel Bill, der Dritte Weg und die Knödel-Variante, in: *Frankfurter Rundschau* vom 5. Juni 2000.

9 Kurt Kister: Regieren ist Sinn genug, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5. Juni 2000.

10 Nikolaus Piper: Falsche Wegweiser auf dem Gipfel, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5. Juni 2000.

11 Thomas Bärsch: Modernes Regieren – Theorie und Praxis, in: *Sächsische Zeitung* vom 5. Juni 2000.

12 Ebenda.

Dieser Absatz ist interpretationsbedürftig. Wenn als »Ziel« und »Schlüsselaufgabe modernen Regierens« die Freisetzung der »Talente aller Menschen« bezeichnet wird, aber gleichzeitig dafür »die Verantwortung zwischen staatlichen Stellen und dem einzelnen« bzw. »nichtstaatlichen Organisationen« u.a. geteilt werden soll, dann will sich der Staat offensichtlich aus Teilen seiner Verantwortung zurückziehen. Aber aus welchen Teilen? Die Relation von erklärten Zielen und den Mitteln, die »wir« (die Regierung!) »ihnen« (den Menschen) »in die Hand geben« (die sie sich also nicht nehmen können!), muß aber so sein, daß alle Menschen »das Beste aus dem Wandel« durch die Globalisierung machen und somit »die Talente aller« freisetzen können. Es ist nicht vorgesehen, den Menschen solche »Mittel in die Hand« zu geben, damit sie der mit der neuen NATO-Doktrin verbundenen Militarisierung von Politik entgegenwirken können, die erfahrungsgemäß der Entfaltung von Talenten des Volkes entgegenwirkt. In der Frage Frieden und Sicherheit ist damit ein Ziel-Mittel-Konflikt programmiert, weil der Zugriff zu tatsächlichen oder vermeintlichen Mitteln (wie der NATO-Doktrin) zur Friedensicherung einem elitären Kreis aus Politikern, Militärs, Bank- und Wirtschaftskapitänen vorbehalten bleibt. Von daher erklärt sich, daß im Kommuniqué Fragen der Abrüstung und des Abbaus von Waffen- und Armeepotentialen nicht erwähnt wurden.

Mit der neuen NATO-Doktrin und dem USA-Anspruch auf politische und militärische Beherrschung der Welt und der Umstellung der NATO-Armeen auf Interventionsfähigkeit forcieren die Großmächte nicht nur eigene Rüstungen, sondern treiben die nicht der NATO angehörenden Staaten direkt in eine neue Rüstungsspirale, weil nach dem Jugoslawienkrieg militärische Interventionen der NATO gegen andere Staaten nicht auszuschließen sind, falls diese Staaten sich dem NATO-Diktat nicht beugen wollen. Internationale Ziel-Mittel-Konflikte werden damit vorprogrammiert. Wenn der Krieg gegen Jugoslawien tatsächlich das Muster gewesen sein sollte, wie die NATO künftig internationale Politik durchzusetzen versuchen könnte, dann brauchen die Völker solche politischen Mittel, mit denen sie machtorientierte Kriege zu verhindern vermögen.

Die neue NATO-Doktrin hat nichts mit der Sicherung und Festigung des Friedens zu tun, sondern sie verschärft die Sinnkrise von Rüstung und Interventionsarmeen. Im Prozeß der Militarisierung von Politik in den NATO-Staaten und in der EU werden Staats- und Völkerrecht mit Füßen getreten, ohne daß die amtierenden Politiker von Gewissensbissen geplagt werden, wenn sie über Jahrhunderte gewachsene humanistische Werte der Menschheit ad absurdum führen bzw. inhaltlich auf den Kopf stellen.

Erwartungen an »modernes« Regieren in einer Zivilgesellschaft

Auf dem Gipfel war von »Zivilgesellschaft« die Rede, die »für das neue Zeitalter erneuert werden muß«. ¹³ Voraussetzung für eine Zivilgesellschaft ist, daß alle Regierungen für alle Zeiten dem Krieg als Mittel von Politik eine uneingeschränkte und unzweideutige Absage erteilen. Wie aber können die neue NATO-Doktrin, Fortsetzung der Rüstungspolitik und die als Reform ausgegebene Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee mit »modernem«

13 Abschlußerklärung, in: Der Tagesspiegel, a.a.O.

Regieren und Erneuerung der Zivilgesellschaft in Übereinstimmung gebracht werden? Übrigens ist es bei Beachtung der Erfahrungen des kriegerischen 20. Jahrhunderts mit allen seinen Folgen für einzelne Völker und ganze Kontinente höchst zweifelhaft, ob es schon eine Zivilgesellschaft gegeben hat. Oder soll die Militarisation von Politik und Gesellschaft als »modernes Regieren« kaschiert werden? Es ist historisch belegt, daß heimliche oder offene Vorbereitung und die immer brutālere und rücksichtslosere Führung von Kriegen sowie die Beibehaltung von Militär- und Rüstungswesen danach der Entfaltung von Talenten aller Menschen direkt entgegenwirkt. Bisher hatten die Menschen wenig Mittel, um im Interesse der »Freisetzung ihrer Talente« Militarisation von Politik und Kriege aufzuhalten. Wer als Pazifist oder aus anderer Überzeugung gegen Militär, Rüstung und Krieg aufgetreten ist, wurde von den Regierenden verleumdet, verfemt, verfolgt und zum Teil ins Gefängnis bzw. Konzentrationslager geworfen und in nicht wenigen Fällen auch umgebracht. Eine Regierung, die eine Zivilgesellschaft aufzubauen vorgibt, kann diese historischen Tatsachen nicht ignorieren oder bagatellisieren, wenn sie glaubwürdig sein will.

Wenn »modernes« Regieren in eine Zivilgesellschaft münden und nicht nur ein Wortspiel der Regierenden werden soll, müssen die Völker die Inhalte mitbestimmen können. Für das deutsche Volk ist besonders wichtig, die Regierung bei einem so gravierenden Veränderungen anstrebenden Vorhaben nicht allein zu lassen, weil mehr als genug Widerstände zu überwinden sein werden. Antimilitarismus und Friedenssicherung mit zivilen Mitteln und Methoden wurden als grundsätzliche Forderungen an »modernes« Regieren bereits genannt. Weitere Erwartungen, die mit den genannten 16 Punkten der Diskussion und des Kommuniqués des Gipfels weitgehend korrespondieren, richten sich primär auf folgende Gesellschaftsbereiche:

1. Herstellung sozialer Sicherheit für alle Bürger und Wahrung des sozialen Friedens. Im Mittelpunkt stünden die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Beteiligung der Arbeitenden am Sozialprodukt nach Maßgabe ihres Beitrags dazu, Gerechtigkeit in Steuerfragen und Abschaffung aller Möglichkeiten von bis jetzt noch legalisierten Steuerrückstellungen besonders für das Industrie- und Bankkapital. Die Regierung erhalte auf diesen Wegen die erforderlichen Finanzen, um ihren Pflichten in der Sicherung von bezahlbaren Wohnungen, gleichen Bildungschancen, gleichen Rechten in der medizinischen Versorgung, bei der Erhaltung ehrlich erworbener Rentenansprüche usw. für alle Bürger nachkommen zu können.

2. Sollen die Dominanz des Kapitals über die Politik abgebaut, der Globalisierung nicht »freier Lauf« gelassen, sondern zum Vorteil der Menschen genutzt sowie die »Finanzmärkte stärker reguliert, überwacht und zur Rechenschaft herangezogen« werden, dann fordern diese Ziele in einer dergestalt reformierten Demokratie zwangsläufig die Erweiterung plebiszitärer Elemente. Die politische Bedeutung der Gewerkschaften, nichtstaatlicher Organisationen und Fachverbände von Spezialisten unterschiedlicher Wissensgebiete als Beratungsorgane der Regierenden würde zunehmen.

3. So wie die Gesellschaftsbereiche eines Landes miteinander verwoben sind, so sind auch die Entwicklungen der Länder Europas

voneinander abhängig. Das in den achtziger Jahren unter dem damals vorrangigen Aspekt der friedlichen Koexistenz politisch favorisierte »Haus Europa« ist in den neunziger Jahren als »Europäische Union« weiter gebaut worden. Wenn »modernes« Regieren europaweit durchgesetzt werden soll, dann sollte dieses Haus vollendet werden, aber ohne Kellerwohnungen und Mansarden, ohne Besserausgestaltung der Wohnungen für die reicheren Mieter, aber mit einer Hausordnung, die für alle gleiche Rechte und Pflichten verbindlich festlegt.

Um diese Erwartungen verwirklichen und den Regierenden bei der Wahrnehmung ihrer Verpflichtungen dafür konkret helfen zu können, müßten die vom Volk gewählten Vertreter in den Parlamenten im Interesse eines »modernen Regierens« auch die »Mittel in die Hand« bekommen, damit sie die Möglichkeit haben, zunächst jede weitere Rüstungspolitik zu unterbinden und Abrüstung durchzusetzen; den internationalen Waffenhandel als Vorbereitung von Menschenmord zu entlarven und den Weltmarkt für Kriegsmaterial aller Art abzuschaffen; aus Militärbündnissen auszutreten und damit ihre Auflösung zu befördern; die bestehenden Heere schrittweise zu verringern bzw. in Polizeiorgane umzuwandeln zur Gewährung der inneren Sicherheit, Abwehr rechtsradikaler Zusammenrottungen und zum Schutz der Grenzen gegen Übergriffe und vor allem jede geistige Kriegsvorbereitung unter der Jugend durch eine humanistische Bildungsreform unmöglich zu machen und jeder ideologischen Kriegspropaganda gegenüber der Bevölkerung durch die Medien ein Ende zu bereiten, jedoch die materiellen und finanziellen Bedingungen der Friedensforschung und nationaler wie internationaler Friedensorganisationen zu verbessern.

Bundeswehrreform widerspricht »modernem« Regieren in einer Zivilgesellschaft

Die Bundeswehr zum neuen »Fähigkeitsprofil«¹⁴ einer international einsetzbaren Interventionstruppe umzustrukturieren, bedeutet die Aufgabe der verfassungsgebundenen Verteidigungsorientierung. Zudem widerspricht das allen militärpolitischen Analysen, nach denen Deutschland nur noch von befreundeten Staaten umgeben ist.¹⁵ Historisch logisch wäre die Schlußfolgerung, die Bundeswehr in Verbindung mit Reformen in Polizei und Bundesgrenzschutz schrittweise zur Gewährleistung von innerer Sicherheit und Ordnung an den Grenzen zu »reformieren«. Die jetzigen Personal- und Ausrüstungsprobleme der Polizei ließen sich sach- und fachgerecht lösen.

Tatsache aber ist, daß der Bericht der vom Bundestag eingesetzten sogenannten Weizsäcker-Kommission, das Positionspapier der CDU über »Die Zukunft der Bundeswehr«¹⁶, die Vorlage des Generalinspektors der Bundeswehr sowie das Material des Bundesverteidigungsministers Scharping übereinstimmend die verstärkte internationale Einsatzfähigkeit der Bundeswehr als »Reform«ziele nennen. Die angesichts der militärpolitischen Sicherheitslage Deutschlands erarbeiteten »Reform«vorschläge sowie die von der Weizsäcker-Kommission genannte »wahrscheinlichste Aufgabe« für die Bundeswehr: »Teilnahme an Einsätzen der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung – zum Zwecke der Landes- und Bündnisverteidigung

14 Der Bundesminister der Verteidigung: Die Bundeswehr – sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf. Manuskriptdruck des Bundesministeriums der Verteidigung (BdV), Juni 2000, S. 12, (Scharping-Papier).

15 Im Vorschlag der Weizsäcker-Kommission heißt es im Punkt 14. unter »Aufgaben der Sicherheitspolitik«: »Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Deutschland ringsum von Bündnis- und Integrationspartnern umgeben und keiner äußeren Gefährdung seines Territoriums durch Nachbarn ausgesetzt. Diese neue Grundgegebenheit deutscher Sicherheit ist nicht vorübergehender Natur, sondern hat Bestandskraft für die vorhersehbare Zukunft.« In: Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr. Bericht der Kommission an die Bundesregierung. 23. Mai 2000. 179 Seiten. Berlin/Bonn 2000. BdV, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 1328, 53003 Bonn, S. 23.

16 PresseNews Berlin, den 21.3. 2000, Internet: <http://www.cdu.de/presse/archiv-2000/pr051-00.htm>.

und in Erfüllung internationaler Verpflichtungen« sowie »die Streitkräfte zu wirksamer Zusammenarbeit mit den Partnern in NATO, EU, VN und OSZE zu befähigen und die Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungsbeschaffungspolitik soweit wie möglich zu europäisieren ...«¹⁷ sind realitätswidrig.

Das gilt auch für den im Papier von Scharping formulierten »Auftrag der Bundeswehr«: »Die Bundeswehr schützt Deutschland und seine Staatsbürger vor politischer Erpressung und äußerer Gefahr, verteidigt Deutschland und seine Verbündeten, trägt zur Sicherung von Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum bei, fördert den Weltfrieden und die internationale Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen.«¹⁸

Gegen diesen fünffachen Auftrag der Bundeswehr ist einzuwenden: Wer sollte und wer könnte Deutschland militärisch gefährden oder erpressen? Gegen wen sollten sich Deutschland und seine Verbündeten verteidigen, wenn Deutschland nur von befreundeten Staaten umgeben ist, zu denen auch die Verbündeten gehören? Jeder Angreifer würde der weltweit stärksten und atomar am umfangreichsten gerüsteten Weltmacht gegenüberstehen.

Die im euro-atlantischen Raum bestehenden Unsicherheiten für die politische Stabilität in Europa sind nicht militärisch begründet. Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien 1999 hat eindeutig bewiesen: Ökonomisch, ethnisch und sozial bedingte Unsicherheiten sind mit Waffengewalt nicht zu lösen. Die Sicherheit von Frieden und Stabilität in Europa erfordert nicht den Ausbau militärischer Potentiale, sondern die Schaffung solcher wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in der europäischen Völkerfamilie, die ethnische Konflikte und nationale Widersprüche abbauen helfen. Das kann aber nicht Bestandteil des Auftrags der Bundeswehr sein.

Die Bewahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist Gegenstand der Politik der UNO. Wenn die Bundeswehr sich den Auftrag stellt, »Weltfrieden und internationale Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen« zu fördern, dann ist das sowohl größtenwahnsinnig wie anmaßend. In wessen Interesse sollen deutsche Soldaten weltweit in Kriege verwickelt werden, die in Afrika und anderen Regionen noch nicht ausgeschlossen sind? Nachdem die Bundeswehr im Regierungsauftrag am NATO-Krieg gegen Jugoslawien als einer der Protagonisten mitgewirkt hat, ist nach dem Sinn der unpräzisen Begriffe »fördern« und »im Einklang mit der Charta der VN« zu fragen. Einsehbar wäre die verbindlichere Formulierung, Deutschland würde Einheiten der Bundeswehr zur Beendigung eines militärischen Konflikts zur Verfügung stellen, wenn der UN-Sicherheitsrat entsprechend Kapitel VII und speziell Art. 42 der UN-Charta deutsche Mitwirkung bei einem vom Sicherheitsrat beschlossenen und befehligten entsprechenden Einsatz erbittet, sofern die Bundeswehr im Prozeß der Reduzierung ihrer Streitkräfte und des Abbaus ihrer Rüstungspotentiale noch über für solche Einsätze geeignete Verbände verfügt.

Die Begriffe Katastrophen, Notlagen und humanitäre Aktionen müßten besonders nach ihrer mißbräuchlichen Verwendung im NATO-Krieg gegen Jugoslawien zunächst inhaltlich exakter bestimmt

17 Bericht der Weizsäcker-Kommission, a.a.O., S. 14.

18 Scharping-Papier, a.a.O., S. 8.

werden. Hilfen bei durch Natur- und Umweltkatastrophen entstandenen Notlagen von Menschen verstehen sich als humanitäre Aktionen, zu denen aber nicht Militär, sondern mit modernsten Hilfsmitteln ausgestattete und dafür ausgebildete Hilfsverbände erforderlich sind. Durch Abrüstungsmaßnahmen würde hierfür Material und zu seiner Bedienung befähigtes Personal vorhanden sein. Bisherige Erfahrungen mit solchen Katastrophen besagen, schnell einsetzbare Transportkapazitäten müßten geschaffen werden, sofern sie nicht schon bestehen.

Ohne öffentliche Diskussion über die Strukturreform und primär über die zukünftigen Aufträge für die Bundeswehr hat die Bundesregierung am 14. Juni 2000 die Reform der Bundeswehr auf der Grundlage des Papiers von Scharping beschlossen. Damit sind die guten Vorsätze über »modernes« Regieren vom 3. Juni in einer politischen Kardinalfrage für Deutschlands und Europas Zukunft schon nach elf Tagen über den Haufen geworfen worden. Die Friedenskräfte sollten Scharping die Methode der Unterdrückung der öffentlichen Meinung über seine militante Politik nicht durchgehen lassen und seine friedensgefährdenden Pläne entlarven.

Einzig die Bundestagsfraktion der PDS hat ihr Konzept zur Reform der Bundeswehr öffentlich vorgestellt. Die Verfasser gehen von der realen militärpolitischen Lage Deutschlands in Europa aus und begründen von daher ihre Vorschläge für die Neubestimmung der Ziele und Aufgaben der Bundeswehr sowie die daraus abzuleitende schrittweise Reduzierung der Streitkräfte, ohne daß Deutschlands Sicherheit gefährdet wird und für ins Zivilleben entlassene Soldaten Arbeitslosigkeit entstehen muß.¹⁹

19 »Für eine 100 000-Personen-Armee – Zukunftssicherung durch Abrüstung, nicht durch qualitative Aufrüstung.« Konzept der PDS-Bundestagsfraktion zur Zukunft der Bundeswehr (17. Mai 2000), in: PDS-Pressedienst, Nr. 22 und 23/2000, bzw. als Broschüre veröffentlicht.

Wie immer man diesen Vorschlag der PDS auch beurteilen mag – eines steht fest: Die PDS-Konzeption »100 000 Personen Armee« ist in ihrem Grundanliegen darauf gerichtet, daß von deutschem Boden keine militärischen Abenteuer, welcher Art auch immer, mehr ausgehen. Deutsche Soldaten sollen in keinem Krieg für fremde Interessen streiten, darum ist die Bundeswehr so zu reformieren, daß sie ausschließlich zur Verteidigung geeignet ist. Da es aber an deutschen Grenzen keinen erkennbaren Feind gibt, ist die bisherige Aufblähung der militärischen Potenzen mit all ihren Kosten, Einrichtungen und Ausrüstungen abzubauen. Die für die Bundeswehr eingesetzten Forschungskapazitäten sind für zivile Zwecke zu nutzen. Diese Grundorientierung der PDS zur Bundeswehrstrukturreform hebt sich von allen anderen vorgelegten Papieren positiv und konstruktiv ab. Die PDS-Fraktion braucht ihr Konzept vor der Öffentlichkeit nicht zu verstecken. Es wäre dagegen wünschenswert, daß die Medien zu seiner Verbreitung beitragen und es nicht länger ignorieren würden. Auf dem öffentlichen Anhörung der PDS-Bundestagsfraktion über die Zukunft der Bundeswehr am 17. Juni 2000 im Berliner Reichstagsgebäude wurde dieses Konzept in seinen Grundzügen von Wissenschaftlern, Politikern und Militärs aus Ost und West übereinstimmend positiv beurteilt und als konstruktiv anerkannt. Die auf dem Hearing geäußerten Vorschläge zu Einzelfragen werden zur weiteren Konkretisierung des Konzepts der PDS beitragen und in einer präzisierten Fassung berücksichtigt und veröffentlicht werden, sicherte Gregor Gysi den Anwesenden zu.

ULLA PLENER

»Was in der SU vorgeht, ist ungeheuerlich ...« Deutsche Arbeiter in Moskau als »Brandleristen« verhaftet. Aus den Akten des NKWD

Die hier erstmalig vorgelegten Dokumente beleuchten eine weitere Facette aus der Repressionspraxis der Stalin-Ära. Eine brutalisierte Maschinerie der »Säuberungen« schädigte den sozialistischen Aufbau und sabotierte die Vorbereitungen auf die unausweichliche Auseinandersetzung zwischen dem einzigen sozialistischen Staat und dem faschistisch geführten deutschen Imperialismus. Unbekannt war bisher, daß die Zugehörigkeit zur KPD-O (»Brandlerismus«) in Deutschland in den Stalinschen Säuberungen zum Anklagepunkt und zum kriminellen Verbrechen wurde. Wenn Vernehmungsbeamte diesen Punkt behandelten, dürfte eine obrigkeitlichen Direktive vorgelegen haben. Denn woher soll ein sowjetischer Beamter 1937 von den Auseinandersetzungen in der KPD zwischen 1928 und 1933 Kenntnis gehabt haben?

Zum anderen zeigt das Material, wie stark der Gedanke des Internationalismus und der Solidarität in der deutschen Arbeiterbewegung verwurzelt war (keineswegs nur bei den kommunistischen Werktätigen und Intellektuellen), bevor der anschwellige Kominintern-Apparat daraus einen bezahlten Beruf für gehorsame Jasager machte. Wieviel selbstloser guter Wille und welch immenses geistiges Potential steckten in revolutionären Arbeitern. Hätten regierende Kommunisten dieses Potential entfesselt, hätten »Wunder vollbracht« werden können.

Die Hilfe für die Sowjetunion beim Aufbau einer eigenen Industrie zeigt, was Werktätige ohne Kapitalisten und ohne die Peitsche kapitalistischen Profitbedürfnisses freiwillig leisten können. Diese Leistungen wurden unter schwierigsten technischen Arbeits- und materiellen Lebensbedingungen erbracht. Die Kritik an der Stalinschen Politik der KPD und an der intensiven Beeinflussung durch die Stalinsche Führungsgruppe hinderte die kritischen deutschen Genossen und ihre Familien nicht im geringsten an aktiver Solidarität. Im Gegenteil: Solidarität bedeutete für sie zugleich notwendige Kritik, kein Beifallklatschen. Deswegen blieben sie trotz bitterer persönlicher Erfahrungen (Hinrichtung von Angehörigen, Haft, »Verhöre«, Ausweisung nach Hitlerdeutschland) Sozialisten und gingen nicht zu den Faschisten über.

Nach 1945 versuchten sie erneut, am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mitzuwirken. Die fraktionelle Führung der KPD/SED sonderte aber die aus der Sowjetunion heimgekehrten KPDO-Mitglieder weiterhin aus. Selbst nach Stalins Tod 1953 und nach Nikita S. Chruschtschows »Geheimrede« auf dem XX. Parteitag 1956 tat

Ulla Plener – Jg. 1933,
Dr. sc. phil., Historikerin,
Arbeiten zur Geschichte
der Sozialdemokratie sowie
biographische Forschungen.

»Im Stoßtempo Plan erfüllt.
Rapport der deutschen
Facharbeiter des Betriebs
»Molotow«
... Die Erfüllung dieser
Verpflichtungen ergab die
oben angeführten Resultate
(100prozentige Planerfüllung
bis 25. 12. 32 – U. Pl.);
jetzt hat die Zeche sich
nochmals verpflichtet, bis
Ende des Monats 35 000
Thermometer herzustellen.
Damit werden wir dem Land
allein im Dezember 200 000
Medizinthermometer geben
...
gez. DZZ-Brigade: Leihbecher,
Fröbel, Gross, Möller.«

»Ein Stoßbrigadler der Thermometerproduktion Gen. Hager ist ein alter revolutionärer Kämpfer. Seit 1908 organisiert, ging er 1920 von der Sozialdemokratie über die USPD zur KPD über. Aus Thüringen kam er 1927 in die Sowjetunion und seit dieser Zeit arbeitet er als Stoßbrigadler im Moskauer Thermometerwerk. Seine Arbeit war nicht ohne Schwierigkeiten. Der junge Betrieb – ein neuer Industriezweig in der Sowjetunion – mußte mit einem zum großen Teil rückständigen Arbeiterkollektiv aufgebaut werden. Die Produktion zeigte große Mängel. Gen. Hager, an der Spitze des ausländischen Arbeiterkollektivs, hat sich als klassenbewußter Kämpfer für die Organisierung der Arbeit erwiesen. Er begann seine Arbeit als Instrukteur und nahm als solcher aktiven Anteil an der Ausbildung der Lehrlinge und an der Qualifizierung der technisch rückständigen Arbeitskräfte. ... Seit September dieses Jahres ist er Leiter der technischen Kontrolle. In dieser Eigenschaft führt er einen energischen Kampf gegen die unnötige Vernichtung von Thermometern ... Für seine Arbeit wurde Gen. Hager zweimal prämiert ... Gen. Hager ist auch ein aktiver gesellschaftlicher Arbeiter, vor allem in der deutschen Schule, wo er 2. Vorsitzender des Elternbeirats ist.«
Deutsche Zentral-Zeitung,
1. Januar 1933

die Parteibürokratie alles, um die Verbrechen der den Kommunismus deformierenden Führung geheimzuhalten. Ein sinnloses, schändliches Unterfangen – wußte der Gegner doch um all dies.

Die KP-Führungen außerhalb des militärischen Einflussesbereiches der Roten Armee waren mitschuldig daran, daß die Möglichkeiten zur Korrektur nicht genutzt wurden. Manche schwiegen, andere applaudierten oder kopierten gar die Fehler der Stalinschen Politik. Bewunderung dagegen verdienen jene in der Sowjetunion inhaftierten Kommunistinnen und Kommunisten, die bis zum Ende ihrer physischen Kräfte den frei erfundenen Anklagen widersprachen.

THEODOR BERGMANN

Zu Beginn des Jahres 1994 wurde in UTOPIE kreativ aus einer NKWD-Akte über den letzten Weg und den Tod von fünf deutschen Kommunisten berichtet, die dem antisozialistischen Terror der dreißiger Jahre in der Sowjetunion zum Opfer gefallen waren.¹ Sie waren zu Beginn der zwanziger Jahre bzw. nach 1933 als politische Emigranten in die Sowjetunion gekommen. Zu den deutschen Einwanderern gehörten auch hunderte von deutschen Facharbeitern, die während der großen Wirtschaftskrise auf der Suche nach Arbeit und mit dem Wunsch kamen, am sozialistischen Aufbau mitzuhelfen. Diejenigen von ihnen, die trotz aller Schwierigkeiten nicht im Laufe der Zeit nach Deutschland zurückgekehrt waren und nach Hitlers Machtübernahme 1933 in der Sowjetunion blieben (die meisten von ihnen Kommunisten), wurden zu politischen Emigranten – und auch sie gerieten in das Räderwerk der ungeheuren Terrormaschine der KPdSU und des NKWD. Zur Geschichte dieses Terrors sind im letzten Jahrfünft viele Publikationen erschienen². Und fortgesetztes Aktenstudium bringt immer wieder neue Tatsachen ans Tageslicht.

So auch die »Strafsache Karl Hager«, aus der im folgenden zwei Dokumente wiedergegeben werden.³ Neben weiteren Aufschlüssen über den Mechanismus des Terrors und die Ermittlungsmethoden des NKWD, die Verflechtung von KPdSU und Sowjetstaat, die strafrechtliche Ahndung der (geistigen) »Abweichung von der Parteilinie« als (tätliches) »Verbrechen gegen die Sowjetmacht« und dergleichen mehr fördert diese »Strafsache« einen der Forschung bislang unbekanntem Vorgang zutage: die Widerspiegelung der Kritik von Heinrich Brandler und August Thalheimer (beide 1924-1928 in »Ehrenverbannung« in Moskau) an den Führungen der KPdSU, der Komintern und der KPD⁴ im Kreise von Betriebsarbeitern – und das ausgerechnet in Moskau. Gespräche über Brandlers Positionen und Kritik wurden diesen Arbeitern als »konterrevolutionäre Tätigkeit« ausgelegt, sie mit dieser Unterstellung verhaftet, die einen (wie die Brüder Otto und Hermann Möller) Monate, die anderen (wie Karl Hager) Jahre in Untersuchungshaft gehalten, angeklagt, zur Ausweisung nach Deutschland verurteilt – und (als Kommunisten) an Nazideutschland ausgeliefert.

Inwiefern es sich hierbei um eine »organisierte Gruppe« gehandelt hat, sei dahingestellt. Die Aussagen von Alfred Fröbel darüber können – müssen aber so nicht stimmen; ebenso wie seine Auskünfte über K. Hager als »Initiator« der »Brandleristen«-Gruppe. Über die aktive Teilnahme dieser Thüringer Thermometermacher am soziali-

stischen Aufbau in der Sowjetunion gibt eine Notiz in der *Deutschen Zentral-Zeitung* (Verlagsort: Moskau) vom 1. Januar 1933 Auskunft.

Angaben zu Otto (geb. 1887) und Hermann (geb. 1902) Möller enthalten die in Anm. 3 erwähnten Verhörprotokolle. Beide Männer waren gebürtig aus Elgersburg/Thür., beide gelernte Glasarbeiter. Hermann war seit 1927, als eine größere Gruppe Thüringer Arbeiter sich auf den Weg in das »Vaterland aller Werktätigen« aufgemacht hatte, in Moskau, wo die Gruppe – Karl Hager an der Spitze – die Thermometerproduktion aufbaute⁵. Otto stand in den zwanziger Jahren an der Spitze der Elgersburger KPD-Ortsgruppe, organisierte zusammen mit Karl Hager um 1925 eine Thermometer herstellende Genossenschaft, deren Mitglieder alle Kommunisten waren und die ihre Aufträge von der sowjetischen Handelsvertretung erhielt. 1928 führte er fast die ganze KPD-Gruppe zur KPD-Opposition und wurde – wie die gesamte Gruppe auch – Anfang 1929 aus der KPD ausgeschlossen. 1930 kam er nach Moskau und arbeitete bis zur Verhaftung Ende Juli 1937 im Moskauer Thermometerwerk »Molotow«. Am 28. November 1937 verurteilte die Besondere Beratung des NKWD die Brüder Möller zur Ausweisung aus der Sowjetunion – nach den in der Akte Hager enthaltenen Dokumenten ist das bald nach dem Urteilsspruch so geschehen.⁶

Karl Hager – verhaftet am 28. Juli 1937 unter dem Vorwand der Spionagetätigkeit (Art. 58.6 des StGB der RSFSR) – wurde am 27. November 1937 ebenfalls dazu verurteilt, ausgewiesen zu werden, verblieb aber bis April 1940 im Butyrskaja-Gefängnis. Der Beschluß vom 27. November 1937 wurde am 3. November 1938 aufgehoben, die »Angelegenheit« Hager zu einem selbständigen Vorgang (Nr. – wie schon der »Gruppenvorgang« Hager/Möller/Möller – 4633) erklärt und er gem. Art. 58.10 (Propaganda oder Agitation mit Aufruf zum Sturz oder zur Schwächung der Sowjetunion) und 58.11 (jede Art organisierter Tätigkeit im Sinne von Art. 58.10) beschuldigt. Nachdem Hager in einer Anklageschrift vom 4. Dezember 1938 nach Art. 58.10 und 58.11 StGB RSFSR beschuldigt worden war, gab es am 19. März 1939 einen erneuten Beschluß über den Abschluß der Ermittlungen, und K. Hager wurde nach Art. 58.10/1. Teil sowie 58.11. beschuldigt. In einer »Schlußfolgerung zur Ermittlungssache Nr. 4633« vom 17. Juli 1939 hieß es: »In Rechnung stellend, daß die Hauptzeugen, die Hager der Zugehörigkeit zur Brandlerschen Organisation überführen, aus der UdSSR ausgewiesen sind (vyslany za predely SSSR) und es deshalb nicht möglich erscheint, ihn in einer offenen gerichtlichen Verhandlung der k.-r. Tätigkeit zu überführen«, sei »die Ermittlungssache Nr. 4633 betr. Beschuldigung Hagers zur Verhandlung an die Besondere Beratung des NKWD« zu übergeben.

Die Akte enthält mehrere Gesuche Karl Hagers um die Klärung seiner Angelegenheit – das letzte vom 14. Januar 1940. Vermutlich brachte diese den Stein noch einmal ins Rollen mit dem Ergebnis, daß die Besondere Beratung des NKWD am 25. April 1940 nun wieder beschloß: »Hager Karl Christianowic als unerwünschten Ausländer aus der Union der SSR auszuweisen.« Was dann auch geschehen ist.⁷ Eine von seiner Frau Maria im Jahre 1960 bei der Staatsanwaltschaft der UdSSR eingereichte Beschwerde wegen der

An den Leiter der 8. Abteilung des NKWD vom Verhafteten Hager Karl Ch., Butyrskaja-Gefängnis, Zelle 100

Seit der Zeit meiner Verhaftung versuche ich auf Grund der in meiner Kammer ausgehängten Pravila (russ.: Regeln) von dem (dort) veröffentlichten Recht, Gesuche an verschiedene Instanzen zu richten, (Gebrauch zu machen). Doch es geht mir mit all denselben wie einem zum Tode verurteilten Verbrecher: man schenkt ihm das Leben, verweigert ihm jedoch die Nahrung. Auf all meine Schreiben erhalte ich niemals eine Antwort, noch eine Veränderung meiner Lage. Auch Ihre Abteilung ist mir bis heute noch die Antwort schuldig auf all meine Anfragen, die ich an Sie gerichtet habe.

Die letzten Vorkommnisse veranlassen mich, noch einmal mich an Sie zu wenden und Sie zu ersuchen, mir nunmehr doch endlich eine Auskunft über meine Lage zu geben.

Am 9. XII. 39 wurde ich einer Kommission vorgestellt, erhielt dort die Auskunft, in wenigen Tagen zu meiner Familie abreisen zu können. Ich erhielt hierauf besseres Essen, wurde eingekleidet und mit anderen Inhaftierten zum Abtransport fertig gemacht. Wenige Stunden vor dem Abtransport wurde ich aus den Reihen der Übrigen herausgezogen, sämtliche Sachen mir wieder abgenommen und (ich) zurück in eine Kammer gesetzt und erhielt wieder die übliche Gefängniskost. Ich frage: Warum dies alles? Sind meine Nerven durch die lange unschuldige Haft nicht schon zerrüttet genug? Vielleicht darf ich hoffen, nun endlich einmal eine Antwort zu erhalten, oder wollen Sie

warten, bis ich diesem Zustand selbst gewaltsam ein Ende bereite? – Es ist jedenfalls besser, lieber tot (zu sein), als mit zerrütteten Nerven als Verrückter herumzulaufen. Ich bitte Sie daher, geben Sie mir eine Antwort, was habe ich in Zukunft von meiner Lage zu erwarten, wie wird dieselbe sich gestalten.

Gager K. Ch., 14. I. 1940
(Handschriftlich, von Hager selbst in Deutsch geschrieben – und russisch unterschrieben)

Reichssicherheitshauptamt,
Berlin, den 9. Mai 1940
*Fernschreiben – Dringend!
Sofort vorlegen!*

An den Kommandeur der
Sicherheitspolizei und des
SD in Lublin

An die Staatspolizeileitstelle
Berlin

Betrifft: Rußlandrückkehrer
(Ausweisung von ausgebürgerten früheren deutschen Reichsangehörigen aus der Sowjetunion)

Vorgang: Mein Erlaß
(Schnellbrief) vom 6. 5. 40
Nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes werden bis zum 15. 5. 40 (die) nachstehend aufgeführten ehem.

Reichsangehörigen aus der
SU über Brest-Litowsk ausgewiesen:

Meier, Erich, 11. 6. 14
Essen geb.

Bröde, Paul, 30. 10. 12
Berlin geb.

Frenzel, Karl, 28. 12. 74
in Berge geb.

Hager, Paul, 28. 11. 82
in Elgersburg geb.

Auf meinen Erlaß vom
6. 5. 40 weise ich hin.

Zusatz für die Gestapoleitstelle Berlin:

Die oben angeführten staatenlosen Rußlandrückkehrer sind sofort nach ihrem Eintreffen in Berlin gemäß Rußlandrückkehrererlaß vom 5. 8. 39 den zuständigen Staatspolizeileitstellen

unbegründeten Ausweisung im Jahre 1940 wurde von der Moskauer Staatsanwaltschaft abschlägig beschieden. Erst am 20. September 1989 wurde Karl Hager von den Sowjetbehörden in ganz allgemeiner Form rehabilitiert, indem es in der ihn betreffenden Entschließung des Staatsanwalts hieß: Hager K. Ch. »unterliegt den Bestimmungen des T(eils) I, Art. 1 der Anweisung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 15. Januar 1989 ›Über zusätzliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit gegenüber Opfern von Repressionen, die in den 30er/40er und zu Beginn der 50er Jahre stattgefunden hatten«.

Zum Vorgang selbst, nämlich zur »Brandleristen-Gruppe« im Moskauer Thermometerwerk, ist den Protokollen der Verhöre von Karl Hager, Otto und Hermann Möller (vgl. Anm. 3) zu entnehmen, daß K. Hager seine Zugehörigkeit zur Brandler-Opposition und der »Gruppe« im Thermometerwerk bestritt – und von Otto Möller in keiner Weise belastet wurde, im Gegenteil. Bei der Gegenüberstellung mit Karl Hager am 22. Oktober 1937 bestätigte er die Aussagen Hagers und fügte hinzu: »... Hager beschuldigte mich wie ein Bruder (!), ich trüge die Verantwortung für die Verbreitung der Literatur und der Flugblätter⁸, die gegen die Führung(en) der KP und der Komintern gerichtet waren.« Möller verneinte auch die Zugehörigkeit seines jüngeren Bruders zur »Brandler-Opposition«, »da er seit 1927 in der UdSSR lebt«. Interessant ist seine Aussage, bei den Treffen in Moskau mit Hans Beck⁹ hätte dieser berichtet, »er habe an die Komintern einen Brief gerichtet darüber, daß es zwischen der Brandlergruppe und der Linie der Komintern gegenwärtig keine Meinungsverschiedenheiten gebe, und daß er darum bat, die ehemaligen Brandlerleute in die deutsche Sektion der Komintern aufzunehmen«. Beeindruckend ist Otto Möllers Festhalten an »brandleristischen« Überzeugungen.

Auch Karl Hager belastete niemanden, stellte sich ahnungslos hinsichtlich der Verbindungen seiner als »Brandleristen« bezeichneten Kollegen untereinander und bestritt, von Otto Möller Literatur (Werke von Trotzki, Bucharin, Radek) erhalten zu haben. In Gesprächen mit diesem sei es um »Orgfragen der KPD« gegangen, er hätte »nur gesagt«, daß »die einfachen Parteimitglieder und die breiten Massen die wichtigsten Programmpunkte der Opposition nicht kennen«, weil diese in Politikerkreisen und Presse nicht genügend bekannt gemacht würden. Mehrfach nach der »faschistischen und Spionagetätigkeit von Otto Möller in Deutschland und in der UdSSR« befragt, übergab Hager diese haltlose Unterstellung und sprach von der ihm bekannten »politischen Tätigkeit Otto Möllers« in Deutschland. Auf die Frage, warum er keine Maßnahmen »gegenüber den konterrevolutionären Absichten« Otto Möllers unternommen habe, antwortete er, er »habe dieser Angelegenheit überhaupt keine Bedeutung beigemessen«.

Über weitere inhaltliche Kritikpunkte der Moskauer »Brandleristen« gibt das hier abgedruckte Protokoll des Verhörs von Alfred Fröbel Auskunft. Dabei ist zu berücksichtigen: Der Name »Fröbel« am Ende des Protokolls ist nicht eigenhändig, sondern maschinenschriftlich geschrieben, im Unterschied zu dem des Vernehmers, der eigenhändig unterschrieben hat. Nicht zuletzt deshalb ist anzuneh-

men, daß Adjektive wie »konterrevolutionäre«, »verleumderische«, »feindselige«, »terroristische und faschistische« (Ansichten und Agitation, »Tätigkeit« der Beteiligten gar) vom Protokollanten beziehungsweise vom Vernehmer stammen, denn es ging ja darum, ein »Verbrechen« nach Art. 58.10 und 58.11 »nachzuweisen«.

Dieses Protokoll macht besonders augenfällig, daß und wie die NKWD-Organen – stimuliert von höchsten Parteinstanzen – persönliche Gespräche, von »der« Partei(!)linie abweichende Meinungen, verbale Kritik an Führungsgremien der Partei nicht nur als »verleumderisch«, »feindselig« u. ä. qualifizierten, sondern sie zugleich als »konterrevolutionäre Tätigkeit« auslegten. Die Willkür der in keiner Weise nachgewiesenen Schuldzuweisungen sowie der nur darauf beruhenden Beschuldigungen und der Urteile – auch Todesurteile! – wird damit erschreckend deutlich ...

Zu diesen Vorgängen in der Sowjetunion und den dabei angewandten Untersuchungsmethoden schrieb der im Protokoll des Verhörs von Otto Möller vom 15. August 1937 erwähnte Ernst Fabisch im letzten von ihm erhaltenen Brief vom 13. Januar 1938 nach seiner Auslieferung an Nazideutschland:

»... Hinter mir habe ich 6 Monate Untersuchungshaft in Moskau – 6 Monate, in denen ich Dinge durchgemacht und miterlebt habe, die sich nicht beschreiben lassen ... Was in der SU vorgeht, ist ungeheuerlich. Alles, was nur halbwegs einen Kopf hat, sitzt. Die »Untersuchungsmethoden« lassen sich nicht beschreiben. Ich bin ohne jede Nachricht, und vieles, vieles fehlt mir zum Verständnis alles Vorgefallenen ...«¹⁰

Nicht anders erging es den hier genannten Arbeitern des Moskauer Thermometerwerkes und Tausenden und aber Tausenden Emigranten und Einheimischen. Was damals in der Sowjetunion geschah, war antisozialistisch in Inhalt und Form – und hat die antifaschistische Bewegung in ganz Europa unermesslich geschwächt.

Dokument 1

Anklageschrift

In der Ermittlungsangelegenheit Nr. 4633 betr. Beschuldigung des Hager Karl Christianowitsch gem. Art. 58.10/Teil 1 und 58.11 des StGB der RSFSR. 22. März 1939

Die Angelegenheit ergab sich aufgrund der der 3. Abteilung in der Verwaltung für Staatssicherheit des NKWD für das Moskauer Gebiet zugeleiteten Angaben darüber, daß eine Gruppe deutscher Bürger im Moskauer Thermometerwerk konterrevolutionäre Tätigkeit ausübt, infolgedessen Mitte 1937 eine Reihe von Personen verhaftet wurde, darunter auch Hager K. Ch.

Während der Ermittlungen wurde festgestellt, daß im Thermometerwerk eine konterrevolutionäre brandleristische Gruppe existierte, deren Mitglieder die Deutschen Möller Otto Georgiewitsch, Möller Hermann Georgiewitsch und Hager Karl Christianowitsch waren (Aktenbl. 13, 23, 25, 26).

zur weiteren Veranlassung zu überstellen.

Bundesarchiv ZB 7271 A. 3 (Standort Hoppegarten b. Berlin), Bl. 159. Hager Paul ist falsch, muß heißen: Karl.)

Stellv. Staatsanwalt der Stadt Moskau,
25. März 1960

Beschluß

Der stellv. Staatsanwalt der Stadt Moskau überprüfte die archivierte Ermittlungssache Nr. 30327 betr. Hager Karl Ch. sowie die Beschwerde von Hager M. und stellte fest:

Hager K. Ch. (es folgen die bekannten Angaben über ihn) »wurde beschuldigt, daß er Mitglied einer brandleristischen Gruppierung in der UdSSR gewesen und an der Diskussion konterrevolutionärer brandleristischer Zielsetzungen beteiligt war. Beteiligte sich an der Diskussion von Fragen über die Verbreitung brandleristischer Literatur und Flugblätter, die darauf gerichtet waren, die Führung der Komintern und der KPD zu diskreditieren, und wußte von den Zielstellungen des Möller Otto über die Verbreitung konterrevolutionärer Literatur unter den Deutschen, Mitgliedern der KPdSU. Im Zusammenhang, mit der Auflösung des »Insna« betrieb (er) konterrevolutionäre Agitation unter ausländischen Spezialisten, also Verbrechen nach Art. 58.10/I. Teil und 58.11 des StGB der RSFSR (Anklageschrift).«

Es folgen, teils umfangreiche, Auszüge aus Verhörprotokollen von K. Hager, Otto und Hermann Möller sowie der (insgesamt neun an der Zahl, anderthalb Seiten lang) russischen Zeugen – der damaligen Kollegen Hagers, mit Aussagen über

Hagers »antisowjetische«
Aussprüche u. ä.

Danach heißt es:

»Im Jahre 1960 traf die
Beschwerde der Bürgerin
der DDR Hager ein, in der
sie darauf hinweist, daß ihr
Mann unbegründet aus der
UdSSR ausgewiesen wor-
den war.

Unter Berücksichtigung des-
sen, daß Hager die sowjeti-
sche Staatsbürgerschaft
nicht angenommen hatte,
seine Familie sich aber
außerhalb der Grenzen der
UdSSR befand, und daß er
sich unrichtige Verurteilun-
gen (osuždenija) in bezug
auf die innere Situation der
UdSSR erlaubte (dopuskal),
bin (ich) der Meinung, daß
er richtig ausgewiesen
wurde.

Entsprechend Art. 428 UPK
(russische Abkürzung für
Strafprozeßordnung, U.P.)
beschlossen:

Einen Protest in der Sache
Hager K. Ch. wegen fehlen-
der Begründung nicht zu
erheben.

Es wurde festgestellt, daß Hager während seines Aufenthalts in
Deutschland mit dem Leiter einer Brandlerorganisation Möller Otto
(ist verurteilt) eng verbunden war und dessen konterrevolutionäre
Auffassungen teilte (Aktenbl. 22).

Nachdem Möller Otto nach Moskau gekommen war, näherte sich
Hager ihm an und beteiligte sich später aktiv an der Diskussion der
Brandlerschen konterrevolutionären Zielsetzungen im Kampf gegen
die Taktik der Komintern u. a. (Aktenbl. 25, 26, 50)

Unter Hagers Teilnahme wurde die Notwendigkeit beraten, brand-
leristische Literatur und Flugblätter weit zu verbreiten, die darauf ge-
richtet waren, die Führung(en) der Komintern und der KPD zu dis-
kreditieren und die Massen für Brandler zu gewinnen. (Aktenbl. 28, 51)

(Hager) Äußerte Unzufriedenheit gegenüber der Sowjetmacht,
setzte die Ehre des russischen Arbeiters herab und betrieb im Zusam-
menhang mit der Auflösung des Insnab antisowjetische Agitation un-
ter den ausländischen Spezialisten. (Aktenbl. 13, 53, 55, 57, 68, 70)

Aufgrund des Dargelegten wird beschuldigt

Hager Karl Christianowitsch, geb. 1882 in Elgersburg (Deutsch-
land), Deutscher, deutscher Staatsangehöriger (sowjetische Staatsan-
gehörigkeit (wurde ihm) verweigert), parteilos, bis 1936 Mitglied
der KPdSU/B/, ausgeschlossen wegen parteiwidriger Gespräche,
Verlust des Mitgliedsbuches, antisowjetischer Gespräche mit auslän-
dischen Spezialisten; vor der Verhaftung – Instrukteur im Thermo-
meterwerk,

dessen, daß er Mitglied einer brandleristischen Gruppierung war
(und) sich in der UdSSR aktiv an der Diskussion der konterrevolu-
tionären Brandlerschen Zielsetzungen beteiligte;

an der Beratung von Fragen der Verbreitung brandleristischer Lite-
ratur und Flugblätter beteiligt war, die die Führung(en) der Komin-
tern und der KPD diskreditieren sollten, und von den Anweisungen
des Möller Otto bezüglich der Verbreitung der konterrevolutionären
Literatur unter deutschen Mitgliedern der KPdSU/B/ wußte;

im Zusammenhang mit der Auflösung des Insnab¹¹ konterrevolu-
tionäre Agitation unter ausländischen Spezialisten betrieben hat.

Bekanntete sich für alles das als schuldig, nahm jedoch später seine
Aussagen bezüglich konterrevolutionärer Agitation zurück.

Wird überführt durch die Aussagen des Beschuldigten Möller Otto
(Aktenbl. 50, 51) und der Zeugen Brajlowskij, Botschids und
Schowman (Aktenbl. 53, 55, 57, 58, 70).

Die Ermittlungssache Nr. 4633 zur Beschuldigung des Hager Karl
Christianowitsch ist als abgeschlossen zu betrachten und dem
Staatsanwalt für das Moskauer Gebiet zur Weitergabe an die Ge-
richtsbarkeit zu übermitteln, wobei der Verhaftete (nunmehr) seiner
(des Staatsanwalts) Kompetenz unterliegt.

(Drei Unterschriften)

*Quelle: Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), Fonds
10035, Ermittlungsakte Karl Hager. Nach der Xerokopie des ma-
schinenschriftlichen Originals. Aus dem Russischen übersetzt von
Ulla Plener.*

Dokument 2

Aus dem Protokoll des Verhörs von Alfred Fröbel, 28. April 1937

Alfred Fröbel (Vater August Fröbel): geb. 1893, 1920-1927 Mitglied der KPD, von April 1928 bis zur Verhaftung (im April) 1937 Mitglied der KPdSU; kam 1928 in die Sowjetunion und arbeitete seitdem im Thermometerwerk als Instrukteur.

Nach dem Protokoll der Aussagen von Alfred Fröbel im Verhör beim NKWD am 28. April 1937 habe es seit 1928 im Moskauer Thermometerwerk eine Brandler-Organisation gegeben. Sie wurde angeblich von Karl Hager, den Fröbel seit der gemeinsamen Gefangenschaft in Frankreich 1916-1918 kannte, gegründet und bis 1930, als Otto Möller aus Deutschland nach Moskau gekommen war, geleitet. Weitere Mitglieder seien neben A. Fröbel und K. Hager Ernst Leihbecher, KPD-Mitglied seit 1919, der Parteilose Walter Siegfried sowie Hermann Möller, der jüngere Bruder von Otto Möller, gewesen. An der Gründung dieser Organisation sollen Felix Schmidt und Jakob Schlör¹², beide bis 1929 Mitarbeiter der IRH in Moskau, beteiligt gewesen sein. Karl Hager hätte 1928/1929 persönlichen Kontakt zu Heinrich Brandler und August Thalheimer gehabt und sie im Hotel »Lux« besucht. Die Gruppe habe sich zweimal (im Januar/Februar 1928 und im Juni/Juli 1929), jeweils sonntags bei Tee, in der Wohnung von Felix Schmidt versammelt, wo dieser die Auffassungen der Brandler-Richtung dargelegt habe.¹³

Dem Verhörprotokoll nach sei es darum gegangen, die Brandlersche und Bucharinsche Opposition an die Macht in der KPD, der KPdSU und der Komintern zu führen. Schmidt habe die Thälmannsche Führung im ZK der KPD sowie die Stalinsche Führung in der KPdSU und in der Komintern kritisiert und behauptet, die Komintern sei nicht in der Lage, die westeuropäische Arbeiterbewegung zu führen; nur die Linie von Brandler und Bucharin sei die richtige. Während des zweiten Treffens, 1929, habe Schmidt mitgeteilt, in der KPdSU und in der Komintern werde die Demokratie niedergedrückt; Brandler und Thalheimer würden in der UdSSR wie im Gefängnis gehalten, könnten ihre Meinung nicht frei äußern. Wörtlich heißt es im Protokoll:

»Schmidt sagte uns, daß die Politik Stalins in der KPdSU und in der Komintern falsch sei, daß früher oder später Brandler, Thalheimer und Bucharin an der Macht sein würden. Schmidt sagte uns, daß unsere illegale Gruppe die Ansicht von Brandler und Bucharin den Arbeitern erläutern und die Richtigkeit dieser Ansichten sowie die Unrichtigkeit der Linie des ZK der KPdSU und der Komintern beweisen sollte. Schmidt sagte, daß wir Brandleristen für all das die russische Sprache erlernen sollten. Zum Schluß sagte Schmidt, daß Brandler, Thalheimer und er, Schmidt, die UdSSR verlassen und im Ausland die Arbeit (weiter)führen müßten.«

Schmidt habe Hager beauftragt, ständig Verbindung zu ihm zu halten. Auf die Frage, welche illegale Arbeit die besagte Brandler-Gruppe gegen die KPdSU und die Komintern seit 1928 geleistet hätte, heißt es im Protokoll:

Frage: Hatten Sie in der UdSSR versucht, wieder in die Partei einzutreten?

Antwort: In der UdSSR habe ich nicht versucht, in die Partei einzutreten.

Frage: Warum nicht?

Antwort: Weil ich kein Doppelzüngler bin. Beim Eintritt in die Partei hätte ich meine frühere Tätigkeit in der Brandlergruppe als Fehler anerkennen müssen. Das hielt ich nicht für möglich, weil ich (diese Tätigkeit) nicht für einen Fehler hielt und meinen Überzeugungen treu bin. Außerdem glaubte ich daran, daß die Brandlergruppe zur Partei zurückkehrt, dann wäre auch ich zurückgekehrt.

Frage: Also sind Sie auch gegenwärtig ihren politischen Anschauungen nach ein Brandlerianer?

Antwort: Ich habe meine politischen Anschauungen nicht verändert.

(Verhörprotokoll Otto Möller, 15. August 1937)

Frage: Im Verhör am 16. 9. 37 sagten Sie aus, daß Sie Kontakte zu Mitgliedern der konterrevolutionären brandlerschen Organisation hatten. Haben Sie deren brandleristische Ansichten geteilt?

Antwort: Die brandleristische Auffassung teilte ich mit ihnen nicht.

Gager K. Ch.

Frage: Aber während der Treffen mit Mitgliedern der Brandlerschen Gruppierung diskutierten Sie Organisationsfragen der Brandlerschen Opposition und den Kampf der Brandleristen gegen die Führung(en) der KP und der Komintern?

Antwort: Ja, während der Treffen mit dem Mitglied der Brandlerschen Gruppierung

Möller Otto diskutierten wir Organisationsfragen der Brandlerschen Opposition und den Kampf der Brandleristen gegen die Führung der Komintern.
Gager K. Ch.

Frage: Also haben sie die Brandlerschen Auffassungen geteilt und mit ihnen sympathisiert?

Antwort: Ich erkläre, daß ich die Brandlerschen Auffassungen nicht geteilt und mit ihnen nicht sympathisiert habe.
Gager K. Ch.

Frage: Welche Maßnahmen unternahmen Sie gegenüber den konterrevolutionären Absichten, die von Ihrem guten Bekannten, dem Brandleristen Möller Otto, ausgingen?

Antwort: Gegen die Brandlerschen Absichten wurde meinerseits nichts unternommen.
Gager K. Ch.

Frage: Warum unternahmen Sie nichts gegen die Ihnen bekannten Brandleristen, die auf dem Territorium der Sowjetunion lebten und einen offen feindseligen Kampf gegen die KP und die Komintern führten?

Antwort: Ich habe dieser Angelegenheit überhaupt keine Bedeutung beigemessen.
Gager K. Ch.

Frage: Waren Sie damals, als Sie zu den Brandleristen Verbindungen hatten, Mitglied der KPdSU?

Antwort: Ja, ich war Mitglied der KPdSU.
Gager K. Ch.

Frage: Also haben Sie als Mitglied der KPdSU Beziehungen zu Brandleristen unterhalten und deren Ansichten geteilt?

Antwort: Ja, in der Tat habe ich als Mitglied der KPdSU Beziehungen zu Brandleristen unterhalten.
Gager K. Ch.

Frage: Also waren Sie ein Doppelzüngler?

Antwort: Ja, in dieser Sache habe ich einen Fehler begangen.
Gager K. Ch.

»Antwort: Seit 1928 hat die illegale konterrevolutionäre Tätigkeit unserer Gruppe darin bestanden, daß alle ihre Teilnehmer eine enge illegale Verbindung untereinander hielten, systematisch konterrevolutionäre Gespräche führten, sowohl untereinander als auch mit Arbeitern des Werkes, (und) neue Teilnehmer aus dem Kreise der gegenüber der KPdSU und der Komintern Erbosten heranzogen. Außerdem hat die Gruppe über Hager regelmäßig Verbindung mit dem Brandler-Zentrum und brandleristischen Elementen im Ausland unterhalten.«

Diese Tätigkeit sei seit 1928 betrieben worden. Aufgefordert, Fakten der regelmäßigen illegalen Verbindung mit dem Brandler-Zentrum im Ausland zu benennen, sagte Fröbel dem Protokoll zufolge, er wüßte von Hager persönlich, daß dieser im brieflichen Kontakt zu Otto Möller gestanden habe, einem aktiven Brandleristen und seit 1923 persönlichen Freund Brandlers, und über einen im ZK der IRH beschäftigten Kurier sowie »eigene« Leute (zum Beispiel die jährlich nach Deutschland reisenden Ehefrauen von Mitgliedern der Gruppe, so Maria Hager-Geffner, Frieda Möller-Zink u. a.) Korrespondenzen an Otto Möller übersandt hätte. Hager sei es auch gewesen, der Ende 1929/Anfang 1930 Otto Möller vorgeschlagen habe, nach Moskau zu kommen, und ihm den Posten des technischen Direktors im Thermometerwerk besorgt hätte. In der ersten Hälfte 1930 sei dann Otto Möller tatsächlich in Moskau eingetroffen, nachdem er vom ZK der KPD wegen aktiver Teilnahme an der Brandler-Thalheimer-Gruppe aus der Partei ausgeschlossen worden sei.

Im April 1930 habe Fröbel, so weiter im Protokoll, gelegentlich einer Reise nach Deutschland im Auftrag Hagers einen Brief an Felix Schmidt in Berlin übergeben. Diese Art illegaler Verbindungen habe Hager nach seinen eigenen Worten auch nach 1930, so Fröbel dem Protokoll nach weiter, zusammen mit Otto Möller zum Brandler-Zentrum aufrechterhalten. Bekannte, die 1932 aus Deutschland nach Moskau gekommen seien, sagte Fröbel laut Protokoll weiter aus, hätten berichtet, daß auf der in Erfurt um 1932 stattgefundenen Arbeits- (Arbeiter-?) Konferenz die Arbeiter und Kommunisten direkt davon gesprochen hätten, Karl Hager und Otto Möller befänden sich in der UdSSR und führten dort konterrevolutionäre Arbeit gegen die UdSSR, gegen das ZK der KPD und die Komintern.

Die Frage des Vernehmers, ob Fröbel bei seinem Besuch in Berlin 1930 irgendwelche Anweisungen für die illegale Arbeit in Moskau von Felix Schmidt erhalten habe, verneinte der Vernommene, heißt es im Protokoll. Schmidt hätte nur gefragt, »wie wir leben, wie wir im Werk arbeiten, wie es um die Produktion steht. Zu diesen Fragen informierte ich ihn.« Die gleichen Fragen habe auch Jakob Schlör, den Fröbel auf der Suche nach Schmidt am 2. Mai 1930 in Berlin getroffen habe, gestellt.

Der Vernehmer bezog sich dann auf die Aussage über die »ständigen konterrevolutionären Gespräche miteinander und unter Arbeitern des Werkes« und forderte Fröbel dazu auf, den »Charakter der konterrevolutionären Agitation Ihrer Gruppe« zu beschreiben, worauf Fröbel laut Protokoll geantwortet hat:

»Alle Mitglieder unserer konterrevolutionären Brandler-Gruppe der Rechten, besonders Hager Karl, Möller Hermann, Möller Otto,

Leihbecher Ernst und ich, Fröbel Alfred, haben bis zuletzt scharfe konterrevolutionäre Gespräche verleumderischen Charakters miteinander geführt, die gegen die Stalinsche Führung in der KPdSU und in der Komintern und gegen die Thälmannsche Führung im ZK der KPD gerichtet waren. Manchmal wurden diese Gespräche in Betriebsabteilungen des Werkes im Beisein der Arbeiter geführt. Ich erinnere mich, daß Hager vor 1930 sich feindselig zu Thälmann äußerte, indem er meinte, Thälmann sei unfähig, die KPD zu führen, richtig führen könnte (sie) nur Brandler. 1932/1933 sagte Otto Möller mehrfach, der erste Fünfjahrplan habe in der UdSSR dazu geführt, daß durch die Kollektivierung die Bauernwirtschaft(en) ruiniert seien und die ganze Bevölkerung des Landes hungrig dasitze und Schuld daran die Stalinsche Führung in der KPdSU sei; wenn Brandler und Bucharin das Land und die Komintern geführt hätten, dann würden die Arbeiter und die Bauern besser leben. Solche konterrevolutionären verleumderischen Ansichten (Gespräche) von Otto Möller teilten und unterstützten vollkommen Hager Karl, Möller Hermann und Leihbecher Ernst. 1935 behaupteten Otto Möller und Hager auf dem Heimweg vom Werk bis zum Kursker Bahnhof, gewöhnlich nach dem Politzirkel, »die UdSSR befinde sich in der Sackgasse, alle leiden, und Schuld an der entstandenen Lage haben Stalin und die Stalinsche Führung in der KPdSU und Komintern«. Otto Möller sprach verleumderisch davon, daß »Stalin und die Komintern schuld daran sind, wenn die Revolution in Deutschland eine Niederlage erlitten habe, und daran, daß der Faschismus zur Macht kam, weil ihre Politik eine falsche war«. Möller Hermann unterstützte solche feindseligen Gespräche und erklärte, »man müsse Stalin beseitigen (russ.: ubrat'), die Stalinsche Führung müsse zu Fall gebracht werden« (russ.: svergnut'). Solche konterrevolutionären Gespräche unterstützten Karl Pfeifer, Leihbecher Ernst und ich, Fröbel Alfred. Karl Pfeifer unterstützte die terroristischen Aussagen Hermann Möllers und Karl Hagers und behauptete, in Deutschland würden unter Hitler die Bettler und Arbeitslosen besser leben als in der UdSSR.«

»Solche feindseligen terroristischen und faschistischen Gespräche« hätten Karl Hager, Hermann und Otto Möller und Karl Pfeifer besonders Ende 1935 und Anfang 1936 geführt.

Im weiteren nannte Fröbel, vom Vernehmer dazu aufgefordert, dem Protokoll zufolge, die Namen weiterer sechs Mitarbeiter des Thermometerwerkes, die nach seiner Beobachtung von den Brüdern Möller in die »illegale konterrevolutionäre Gruppe« hineingezogen worden seien, darunter Karl Pfeifer, Mitglied des Komsomol, und Alfred Mü(ö?)ller (an anderer Stelle, offensichtlich Fehler im Protokoll: Alfred Schmidt), der aus der KPdSU ausgeschlossen worden sei, beide seit 1928 in der UdSSR. Als definitiv zur Gruppe gehörend nannte Fröbel nach Aufforderung des Vernehmers laut Protokoll sieben Personen: Otto und Hermann Möller, Karl Hager, Alfred Müller, Karl Pfeifer, Ernst Leihbecher und sich selbst, Alfred Fröbel.

Wie üblich endet das Protokoll mit dem Satz: »Nach meinen Worten richtig aufgeschrieben und von mir persönlich gelesen. – Fröbel«.

Frage: Sie weichen der Ihnen gestellten Frage aus. Beenden Sie das beharrliche Leugnen und machen Sie erschöpfende Aussagen hinsichtlich ihrer doppelzünftigen Tätigkeit.

Antwort: Eine andere Antwort kann ich nicht geben. Gager.

(Verhörprotokoll Karl Hager, 25. September 1937)

Quelle: Staatsarchiv der Russischen Föderation, Fonds 10035, Ermittlungsakte Karl Hager. Xerokopie des maschinenschriftlichen Originals.

Aus dem Russischen übersetzt von Ulla Plener.

- 1 Vgl. U. Plener: Auskünfte einer NKWD-Akte über den letzten Weg und den Tod deutscher Kommunisten in der Sowjetunion (1936-1939): W. Leow-Hofmann, H. Rogalla, J. Schneider, P. Scholze, H. Wilde, in: UTOPIE kreativ, H. 39/40 (Januar/Februar 1994).
- 2 An dieser Stelle sei nur auf zwei davon verwiesen: Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen. Konferenzband. Sonderdruck der UTOPIE kreativ, Dezember 1997; Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors, (Hrsg.) Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 1999 (Schkeuditz 1999).
- 3 Die Akte wurde von der Moskauer Forscherin Natalja Mussienko durchgesehen, die der Autorin die Kopien der Dokumente zur Verfügung stellte. Weitere Dokumente aus dieser Akte im Wortlaut, nämlich Protokolle der Verhöre von Karl Hager, Otto und Hermann Möller sowie das Protokoll der Gegenüberstellung von K. Hager und O. Möller (alle zwischen Juli und Oktober 1937), werden veröffentlicht in: Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren. Von Oleg Dehl unter Mitarbeit von Natalja Mussienko. Mit einem Beitrag von Simone Barck über eine unbekannte Bibliographie der Moskauer Deutschen Zentral-Zeitung. Mit einem Nachwort herausgegeben von Ulla Plener, trafo verlag dr. weist, Berlin 2000 (ISBN 3-89626-229-7). Das 2. Kapitel der Arbeit von O. Dehl (Erster Teil der Publikation) ist den deutschen Arbeitern in der Sowjetunion der dreißiger Jahre gewidmet.
- 4 Vgl. dazu Theodor Bergmann/Jens Becker/Alexander Watlin: Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek, Mainz 1993.
- 5 Vgl. dazu Gerhard Kaiser: Rußlandfahrer. Aus dem Wald in die Welt. Facharbeiter aus dem Thüringer Wald in der UdSSR 1930-1965, Tessin (BRD) 2000.
- 6 Der ebenfalls aus der Sowjetunion ausgewiesene Sohn von Otto, Walter (1912-1992), ebenfalls »Brandlerist«, vor der Ankunft in Moskau 1930 Leiter der KPVD des KJVD/O in Elgersburg, war nach 1945 in der KPD in Hamburg tätig (1950 aus der KPD ausgeschlossen). Hermann Möller (1902-1982) war am 20. Januar 1938 in Deutschland eingetroffen und wurde danach von der Gestapo verhört (vgl. Geheime Staatspolizei, Berlin, an Auswärtiges Amt in Berlin, betr. Vernehmungsniederschriften der Rußlandrückkehrer, Anschreiben vom 24. Februar 1938, in: Bundesarchiv, ZB 2290, A. 2, Standort Hoppegarten b. Berlin, Bl. 17/Rückseite); seit 1946 war er in Thüringen Mitglied der SED. Für die Ankunft von Otto Möller in Deutschland gibt es bislang keinen Nachweis. Nach dokumentarisch nicht belegten Hinweisen ist er in der Sowjetunion erschossen worden (vgl. G. Kaiser, a.a.O., S. 151).
- 7 Karl Hager wurde bei seiner Rückkehr nach Deutschland auf der damaligen Grenzbrücke über den Bug bei Brest-Litowsk sofort verhaftet, nach der Haft in Lublin in die Haftanstalt in der Prinz-Albrecht-Straße nach Berlin überführt, dort verhört und mißhandelt. (Sein Name findet sich in mehreren der o. g. Listen, u. a. BA, ZB 2290, A. 2, Bl. 99, Anschreiben vom 24. 7. 1940) Von der Thüringer Firma W. Diemar (die einem Genossen aus dem Freundeskreis Hagers gehörte) wegen angeblich »kriegswichtiger« Aufgaben angefordert, war er der drohenden Einweisung in ein KZ entgangen und überdauerte so die Nazizeit. Seit Mai 1945 wieder Mitglied der KPD/SED, beteiligte er sich daran, die völlig daniederliegende Glasindustrie wieder in Gang zu setzen, und wurde Mitglied der »Busse-Kommission« (benannt nach Ernst Busse, Mitglied der KPD/SED, damals Minister in Thüringen) und als solches auch Mitarbeiter des »Industriebüros Glas«, einer staatlichen Behörde, die die bis dahin zersplitterte Thermometerproduktion lenken sollte. Am 17. Dezember 1948 wurde er – wie zahlreiche weitere Glasmacher, Kommunal- und Landespolitiker – verhaftet, im Prozeß gegen »Organisatoren des »Industriebüros Glas« in Ilmenau« wegen angeblicher Schieberereien u. ä. angeklagt (Anklageschrift vom Januar 1949) und mit Datum vom 4. März 1950 (ohne angehört zu werden und sich zu den Vorwürfen äußern zu können) aus der SED ausgeschlossen. Er wurde aber nicht verurteilt und im Frühjahr 1951 amnestiert. Dagegen erhob K. Hager – u. a. bei der Volkskammer der DDR – Einspruch und kämpfte jahrelang um seine vollständige und förmliche Rehabilitation als Bürger. Gegen den Parteiausschluß legte er bei der Landespartei-kontrollkommission Widerspruch ein. Er starb als Mitglied der SED am 21. August 1957 in Elgersburg. (Für die Auskünfte über Karl Hager nach 1945 danke ich Gerhard Kaiser/Berlin und Elke Pudszuhn/Zella Mehlis. In der im April d. J. eröffneten Gedenkstätte »Kinderheim MOPR« in Elgersburg ist ihm eine Tafel gewidmet.)
- 8 Eine »freie« Interpretation der Aussagen der Vermommenen durch den Protokollanten, denn es handelte sich um ein (!) von Hermann Möller 1931 aus Deutschland mitgebrachtes Flugblatt, das dann unter den Beteiligten diskutiert wurde.
- 9 Hans Beck (1894-1937) – Mitbegründer der KPD in Thüringen, 1924 MdL, u. a. Organisator der ersten Arbeiterdelegation (1925) in die Sowjetunion, 1928 aus der KPD ausgeschlossen, danach Mitglied der KPO. Als Spezialist 1933 mit Familie in die Sowjetunion emigriert, 1937 als Spion verhaftet und hingerichtet. 1957 rehabilitiert. (Vgl. Hans Beck, in: Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987, S. 355.)
- 10 Ernst Fabisch wurde an der deutschen Grenze verhaftet, vor dem 16. 3. 1938 von der Gestapo verhört (vgl. Quellenangabe in Anm. 6, Bl. 19), in einem Prozeß zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt, kam in das KZ Buchenwald, wurde nach Auschwitz verschleppt und dort im Jahre 1943 ermordet. Vgl. Ernst Fabisch, in: Th. Bergmann: »Gegen den Strom«, a.a.O., S. 373.
- 11 Insab (russ.) – staatliche Handelseinrichtung für Ausländerversorgung.
- 12 Zu beiden vgl. Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«, S. 421 bzw. S. 419/420.
- 13 H. Brandler und A. Thalheimer waren Ende 1928 nach Berlin zurückgekommen. Ob F. Schmidt 1928/29 noch in Moskau war, ist fraglich, denn er soll schon früher nach Berlin zurückgekehrt sein.

RUDOLF DENNER, HORST WELLNER

Palast der Republik – Ballast für die Politik?

Im Palast der Republik in Berlin wird asbestsaniert. Es werden keine Kosten gescheut, um auch die letzte Asbestfaser(Ost) aus diesem Gebäude zu entfernen. Zehn Jahre ist es nunmehr her, seit der Palast geschlossen wurde – wegen »Asbestverseuchung«, wie es heißt. Erneut fordert gegenwärtig die CDU die Errichtung eines Gebäudes mit einer Stadtschloßfassade an dieser Stelle und erntet damit vielfältigen berechtigten Protest und Widerspruch aus der Bevölkerung und von Fachleuten, weil kein Schloß, sondern lediglich ein Plagiat potemkinscher Dimension entstehen würde.

Am 23. April 1976 wurde der Palast mit einem Fest seiner Erbauer eröffnet. Unverzüglich nahm ihn die Bevölkerung in Besitz. Er wurde von ihr und den Gästen aus aller Welt angenommen wie kein anderes Gebäude in Deutschland, weil es die vielfältigsten Möglichkeiten bot und nach außen hin Offenheit ausstrahlte.

Das Foyer vermittelte in seiner Großzügigkeit den Eindruck einer Festhalle und war es des öfteren auch. Hier fanden internationale Tanzturniere, die Tage der Kultur, Shows und andere Veranstaltungen statt. Ledersessel luden zwischen wundervollen Pflanzenarrangements zum Verweilen ein. Die Galerie des Palastes befand sich hier; die fünf Meter hohe »gläserne Blume« war ein idealer Treffpunkt. Der Jugendtreff war der Ort vieler Diskos, Foren, Singe- und Solidaritätsveranstaltungen, Werkstattgespräche, Diskussionsabende und Lesungen mit Schriftstellern. Der Palast verfügte über insgesamt 1500 Plätze in dreizehn verschiedenen Restaurants mit ganz unterschiedlichem Flair.

Der große Saal besaß eine beeindruckende Variabilität und konnte von 500 bis 5000 Plätze gestaltet werden. Hier fanden Revuen, klassische und Jazzkonzerte, Ballettabende, nationale und internationale Kongresse sowie viele kulturelle Veranstaltungen auf hohem Niveau und mit einer bemerkenswerten Breite statt. Bedeutende Künstler und Interpreten – nicht nur aus der DDR, sondern auch aus vielen Ländern – traten hier auf.

Von 1976 bis zur Schließung im Jahre 1990 fanden hier 21000 Veranstaltungen unterschiedlichster Art statt, Palastbälle, Konzerte sowie Kongresse und Tagungen. Mehr als 97 Prozent aller Veranstaltungen waren kultureller Art. Über 70 Millionen Besucher fanden hier Entspannung und – heute noch nachwirkende – Erlebnisse und Eindrücke.

Im nördlichen Teil des Gebäudes hatte die Volkskammer der DDR ihre Wirkungsstätte.

Rudolf Denner – Jg. 1939,
Diplomwirtschaftler,
Außenhändler, Mitglied
des Verbandes der
Arbeiterfotografen.

Horst Wellner – Jg. 1934,
Diplomingenieur, Mitbegrün-
der der seit 1993 bestehen-
den Bürgerinitiative »Pro
Palast«.

Die – anfangs nicht offen ausgesprochene – Delegitimierungsstrategie der Kohlregierung gegen die DDR machte 1990 auch um den Palast keinen Bogen, ihre praktische Durchsetzung wies jedoch einige Besonderheiten auf. Die damalige CDU-Regierung der DDR, bereits durch Berater am Tropf der Kohlregierung, gab ein Asbestgutachten in Auftrag, dem später viele Bürger das Wort Gefälligkeit hinzufügten. Auf der Grundlage von Zwischenergebnissen dieses Gutachtens wurde der Palast am 19. September 1990 auf Anweisung des Ministers im Amt des Ministerpräsidenten, Reichenbach, überraschend geschlossen. Nur die Akteure wußten Bescheid, nicht einmal der damalige Ministerpräsident de Maizière kannte die Einzelheiten. Es wäre schon interessant, wenn heute die Regiedetails zu diesem Schmierentheater öffentlich gemacht würden. Die Bundesrepublik hätte vermutlich einen weiteren Skandal; momentan gedeiht er noch im Verborgenen.

Es ist allerdings schon jetzt ein Skandal, daß das Asbestgutachten der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. Sind die Meßwerte des Gutachtens und die Art und Weise der Auftragsvergabe aus dem Jahre 1990 ein Staatsgeheimnis? Wer solche und andere Fragen an die Bundesregierung oder den Petitionsausschuß des Bundestages stellt, bekommt lediglich unkonkrete »offizielle«, also unbefriedigende Antworten.

Nach der Vollsperrung des Palastes zog die Volkskammer in ein anderes Gebäude, dessen Asbestbelastung wohl noch höher war als die ihrer bisherigen Wirkungsstätte. Das allerdings störte niemanden, und offensichtlich fühlte sich auch die Volkskammerpräsidentin, eine Ärztin, die sich auf Lungenkrankheiten spezialisiert hatte, von den Asbestfasern ihres neuen Wirkungskreises nicht bedroht. Knapp zwölf Tage später gab es diese Volkskammer nicht mehr, sie hatten sich selbst abgeschafft. Es blieb der nunmehr geschlossene *Palast der Republik*.

Asbest kann krebserregend sein. Das wird heute von niemanden bestritten. Deshalb gibt es auch strenge Vorschriften, besonders für die Entsorgung dieses Materials. Vor dreißig und mehr Jahren aber diente Asbest als Feuerschutz und fand international eine breite Anwendung, auch in der Bundesrepublik und auch in Westberlin. Viele Gebäude sind heute noch asbestbelastet. Existieren dafür auch teure Asbestgutachten, entsprechende Konsequenzen?

Die Vorschriften besagen, daß ein Kubikmeter Luft nicht mehr als 500 Asbestfasern enthalten dürfe. Zu DDR-Zeiten wurden im Palast etwa 80 Fasern pro Kubikmeter gemessen. Die zuständige Berliner Senatsverwaltung informierte 1996 auf Anfrage: »In Ballungsräumen wie Berlin ist aufgrund der früheren weitreichenden Asbestanwendungen heute mit einer Faseranreicherung von bis zu 150 Faser pro Kubikmeter Außenluft zu rechnen.«

Wurde jemals eine Straße oder ein Innenbezirk der Stadt deswegen gesperrt? Die Harvard Universität der USA wies bereits 1988 nach, daß das Risiko, bei einem Autounfall zu sterben etwa 1600-, bei Rauchern 8800- und selbst bei Fußgängern 290fach höher ist als durch asbestverursachten Lungenkrebs. Natürlich sollen die Gefahren, die vom Asbest ausgehen, nicht verniedlicht werden, beachtet werden müssen allerdings die Relationen, auch aus der Sicht des

Bezugspunktes *Palast der Republik* und dem politisch mißbrauchten Argument der »Asbestverseuchung«, ein Wort übrigens, das in seriösen Fachzeitschriften nicht angewendet wird. Man spricht von Asbestbelastung.

Natürlich mußte im Palast saniert werden. 70 Millionen Besucher und die intensive Nutzung des Gebäudes hatten Spuren hinterlassen. Unglaublich ist allerdings die Art und Weise der Asbestsanierung. Sie erfolgt nach der teuersten und aufwendigsten Methode, die die totale Beseitigung des Asbestes zum Inhalt hat, und bedeutet, daß der Palast auf den Rohbauzustand zurückgebaut werden muß. Es ist de facto ein Abriß auf Raten. Diese Methode wurde zwingend vorgegeben, eine plausible Begründung dafür gibt es nicht. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages mußte nach langen Hin und Her dafür 150 Millionen Mark bereitstellen, die nach neuen Erkenntnissen auf zirka 230 Millionen aufgestockt werden müssen. Es wird nicht die letzte Erkenntnis dieser Art bleiben. Die Mittelfreigabe war eine der letzten Amtshandlungen der Kohlregierung.

Andere Sanierungsmethoden wurden von vornherein negiert, auch günstigere Angebote, zum Beispiel das einer amerikanischen Firma mit einem Aufwand von 60 bis 80 Millionen Mark für die Gesamtsanierung, wurden nicht ernsthaft geprüft. Nutzungskonzepte für den Palast unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen wurden gar nicht erst in Betracht gezogen, die mehrheitliche »Pro-Palast«-Meinung der ostdeutschen Bevölkerung zur Erhaltung und Nutzung des PdR durch die verantwortlichen Politiker einfach mißachtet. Was sagt dazu eigentlich der Bund der Steuerzahler?

Für die Berliner CDU spielten solche Fragen entweder keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Sie beschloß bereits 1992, den *Palast der Republik*, das Außenministerium der DDR und auch das Staatsratsgebäude abzureißen, 1993 zog die Bundes-CDU nach. Die eigentliche Begründung lieferte der heutige Fraktionsvorsitzende der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus in schöner Offenheit mit den Worten, daß es darum ginge, die »bauliche SED-Vergangenheit wegzuräumen.« Von Asbest war da keine Rede. Das ist ebenso politisch instinktos und überheblich wie die Meinung eines anderen CDU-Politikers, der allen Ernstes die Meinung vertritt, im Palast hätten die DDR-Bürger nur »ihre Westsehnsucht« ausgelebt. Ein Gemeinsamer Ausschuß von Bund und Land, parlamentarisch dazu nicht legitimiert, beschloß gleich mehrmals den Palastabriß.

Ein Schloßförderverein wurde von einem Hamburger Bürger gegründet. Er genießt großzügigste finanzielle und anderweitige Unterstützung durch Mitglieder des Berliner Senats, allen voran der Regierende Bürgermeister, Banken und andere einflußreiche Personen. So ist er in der Lage, finanziell aufwendige »Pro-Schloß«-Kampagnen zu starten, die letztlich helfen sollen, alte und neue CDU-Beschlüsse im öffentlichen Meinungsbild salonfähig zu machen.

An einer ausgewogenen Meinungsbildung der Bevölkerung zum Thema Schloß oder Palast haben weder Bundesregierung noch Senat Interesse. Seit Jahren können sich Interessierte zwar über das nichtexistierende Schloß und seine Geschichte informieren, nicht aber über den existierenden Palast und seine vielfältigen Einrichtungen. Entsprechende Vorschläge dazu wurden regelmäßig abgelehnt.

Mehr als 10 000 Bürger folgten einem Aufruf der PDS zu einem Protestspaziergang gegen die Abrißabsichten, in verschiedenen Unterschriftenaktionen wurden mehr als 100 000 »pro-Palast«-Unterschriften gesammelt. Mehrere Bürgerinitiativen wurden gegründet und sind aktiv. Regelmäßig fanden vor dem Palast sanfte Palastbelagerungen statt, die viel Anklang bei der Bevölkerung fanden. Der Palast wurde so zur Adresse des Protestes und des Widerstandes. Hier traten Bürger öffentlich für den Erhalt des Palastes auf, hier sprachen der inzwischen verstorbene Chefarchitekt dieses Hauses, Prof. Heinz Graffunder, Heinz Quermann, Jan Koplowitz, Prof. Heinrich Fink und andere.

Protest kam von prominenten Künstlern und Interpreten, die im Palast aufgetreten waren. Nicht zu übersehen war und ist die »pro-Palast«-Meinung vieler Mitglieder der Berliner Architektenkammer, des Werkbundes, der Akademie für Städtebau sowie namhafter Vertreter der Denkmalschutzbehörden und anderer Spezialisten. Der Petitionsausschuß des deutschen Bundestages mußte nicht zuletzt aus diesen Gründen bereits 1995 der Kohlregierung die Empfehlung geben, den Palast zu erhalten. Diese Empfehlung wurde und wird von den verantwortlichen Politikern bisher gröblichst mißachtet.

Wegen angeblichen Unfallgefahr, verursacht durch acht seit längerer Zeit fehlende, 50 Zentimeter lange Laubfanggitter, wurde im Morgengrauen des 31. Januar 1996, an dem eine Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses stattfand, ein 430 Meter langer »Schutzzaun« um das Gebäude angebracht. Ein Schildbürgerstreich, könnte man vermuten. Wollten sich die politisch Verantwortlichen so vor Protesten am Objekt des politischen Anstoßes schützen?

Der vielfältige Protest wird von der Mehrheit der Berliner Lokalpresse kaum zur Kenntnis genommen. Für eine ausgewogene sachliche Meinungsbildung ist in den Spalten dieser Blätter nachweisbar kaum Platz. Die gleiche Einschätzung gilt für die lokale TV-Landschaft in Berlin. Beispiele dafür gibt es genug.

Der Palast hat einen aktuellen Wert von zirka einer Milliarde Mark, er wurde aus Steuermitteln der DDR finanziert und ging am 3. Oktober 1990 ins Eigentum der Bundesrepublik Deutschland über. Die Regierungen aller Couleur haben dieses Gebäude zehn Jahre lang verkommen lassen, indem sie notwendige Erhaltungsmaßnahmen verhinderten. Die SPD-Führung, die vor den Wahlen allen alles versprach, auch einen vernünftigen Umgang mit dem Palast, neigt heute zur potemkinschen Schloßfassade. Ein Nutzungskonzept hat sie, ebenso wie auch die CDU, nicht.

Im Palast der Republik steht die Wiege des wiedervereinigten Deutschlands, denn im Plenarsaal der Volkskammer der DDR beschlossen die Volkskammerabgeordneten im August 1990 mehrheitlich den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 GG.

Der Konflikt, ob Palast oder Schloß, ist ein Pseudokonflikt und weltfremd dazu, aber leicht zu lösen, indem man den Palast wieder so herstellt, wie er war, und dann in die Schloßplatzgestaltung einbezieht. Auch die DDR-Architektur gehört zur Geschichte dieses Landes, und niemand hat das Recht, sie zu entsorgen oder Abrißvandalisten zu überlassen.

Michael Benjamin (1932-2000)

Am 7. August 2000 starb unser Autor Professor Dr. jur. sc. Michael Benjamin in einem Berliner Krankenhaus an den Folgen einer Herzoperation. Michael Benjamin entstammte einer Berliner Intellektuellenfamilie. Sein Vater, Dr. med. Georg Benjamin, war Kommunist und wurde wegen aktiven Widerstands gegen den deutschen Faschismus von den Nazis verfolgt, eingekerkert und 1942 im KZ Mauthausen ermordet. Seine Mutter, Dr. jur. Hilde Benjamin, seit 1927 ebenfalls Mitglied der KPD, hatte bis 1933 in Berlin-Wedding eine Rechtsanwaltskanzlei; 1953 wurde sie als Nachfolgerin von Max Fechner Minister für Justiz. Der international bekannte Kulturphilosoph Walter Benjamin, den die Nazis aus Deutschland und 1940 in den Tod trieben, war ein Bruder von Georg Benjamin.

Michael Benjamin fühlte sich mit dem Sozialismus in der UdSSR und in der DDR eng verbunden. Er studierte in Berlin und Leningrad Rechtswissenschaften und war anschließend an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg und in Moskau bis zur Abwicklung 1990 wissenschaftlich tätig. Michael Benjamin genoß das Vertrauen Erich Honeckers, der ihn 1970 in Moskau als Dolmetscher heranzog.

1990 kehrte Michael Benjamin aus der Sowjetunion in die DDR zurück und engagierte sich sofort in der Partei des Demokratischen Sozialismus. Er wurde Mitglied der Kommunistischen Plattform, in der er binnen kurzer Zeit prägenden Einfluß gewann. Michael Benjamin war Sprecher des Parteirates der PDS, Mitglied der ersten und zweiten Programmkommission der PDS und seit letztem Jahr PDS-Vorstandsmitglied. In all diesen Funktionen war er unermüdlich aktiv. Auch publizistisch kämpfte er für seine Standpunkte (Michael Benjamin: Die PDS und ihr linker Flügel. Aus Anlaß des Beitrages von Ronald Löttsch, in: UTOPIE kreativ, Heft 69/70 [Juli/August 1996], S. 146-151), fand aber auch noch Zeit zu wissenschaftlicher Arbeit (Michael Benjamin: Verwaltung und Verwaltungsreform, in: UTOPIE kreativ, Heft 90 [April 1998], S. 12-26). Er hinterläßt ein Werk mit über 200 wissenschaftlichen und etwa 80 publizistischen Arbeiten, unter anderem zu Straf-, Staats- und Verwaltungsrecht, Verwaltung und Politik,

Michael Benjamin war der wichtigste Vertreter einer geistig-politischen Strömung, die in der PDS weit über die Kommunistische Plattform hinaus von Bedeutung ist. Sein Tod reißt eine Lücke, die schwer zu schließen sein wird. Wir werden ihn vermissen.

JÖRN SCHÜTRUMPF

CHRISTEL GIBAS, BIRGIT MÖBEST

Pflegealltag in der Krise. Pflege zwischen Profession, Liebe und Überdruß

Christel Gibas – Jg. 1951,
Dr. phil., Historikerin,
wissenschaftliche Mitarbei-
terin beim Verein zur
Förderung von Kultur,
Wissenschaft und politischer
Bildung ELBE-SAALE e.V.
in Halle/Saale

Birgit Möbest – Jg. 1960,
Dipl.-Med., Human-
medizinerin, wissenschaft-
liche Mitarbeiterin beim
Verein zur Förderung von
Kultur, Wissenschaft
und politischer Bildung
ELBE-SAALE e.V.

Zur Verständigung über diese Problematik hatten der Bildungsverein ELBE-SAALE und weitere Initiatoren vom 14. bis 16. April 2000 zu einer Tagung nach Bernburg eingeladen. Fortgesetzt wurde damit eine inzwischen zur Tradition gewordene Veranstaltungsreihe zu medizin-ethischen und sozialen Fragen in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-»Euthanasie«.

Vorgesehen war ein vielschichtiges Programm, wobei WissenschaftlerInnen, FunktionsträgerInnen, Betreuungs- und Pflegepersonal, Auszubildende etc. ebenso zu Wort kommen sollten wie interessierte Bürgerinnen und Bürger. Ausgehend von einem historischen Exkurs zum Umgang mit alten und pflegebedürftigen Menschen, standen Aspekte der Altenpflege im Spannungsfeld zwischen Ethik und Kommerz sowie ausgewählte Probleme des Pflegealltags unter besonderer Berücksichtigung von Gewalterfahrungen im Mittelpunkt.

Roswitha Stolfa, Vizepräsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt, hob in ihrem einführenden Beitrag zunächst ausdrücklich die Wahl des Tagungsortes hervor. Es sei sehr wichtig, mahnend daran zu erinnern, daß es in Deutschland eine Zeit gab, in der man Pflegebedürftigen den Stempel der Minderwertigkeit aufdrückte, das Leben tausender Kranker und Behinderter als lebensunwert deklarierte und an Orten wie dem in Bernburg auslöschte. Die Verbrechen des Nazi-Regimes müßten vor allem jungen Menschen immer wieder bewußt gemacht werden, denn sie hätten künftig Sorge dafür zu tragen, daß sich so etwas nie wiederholt. Die nach zwanzig Jahren kontroverser Diskussion 1995 in Deutschland eingeführte Pflegeversicherung wertete sie als Erfolg. In der Praxis zeige sich nach ihrer Auffassung inzwischen deutlich Bewahrens- und Verteidigungswertes, zugleich aber auch Problematisches und Kritikwürdiges. Handlungsbedarf bestehe vor allem hinsichtlich der Begutachtung von Fällen und deren Einordnung in Pflegestufen, der Leistungsbemessung von Pflegediensten sowie der bisher vorhandenen Inakzeptanz des sogenannten Assistenzmodells. Die Forderung nach Professionalität in der Pflege sei berechtigt. Sie sollte auch weiterhin durch Fachkraftquoten und vertragliche Anerkennung von Pflegediensten gesichert werden. Von der Liebe, die den Pflegeprozeß begleiten und sich in der sozialen Zuwendung gegenüber den Pflegebedürftigen zeigen müßte, blieb in der Realität oft nur das »satt – sauber – trocken« übrig. Der Zwang zur Wirtschaftlichkeit der Pflegeeinrichtung führe häufig dazu, daß das Wohl des Menschen als Richtwert

des Handelns in den Hintergrund gerät. Fachliche und physische Überforderung des Pflegepersonals hätten Unzufriedenheit und Überdruß zur Folge. Es stelle sich deshalb die Frage: Ist das gewollt? Wer kann/will es verhindern? Roswitha Stolfa nannte weitere Probleme bei der Umsetzung der Pflegeversicherung, von denen im Bundesland Sachsen-Anhalt viele – so ihre Meinung – nach einer Evaluierung des Landesausführungsgesetzes zu lösen wären.

Frau Prof. Dr. *Maria Nühlen* (FHS Merseburg) vermittelte zum Pflegeverständnis einen Einblick in die geschichtliche Entwicklung. Nach ihren Erkenntnissen müsse für die Geschichte allgemein konstatiert werden: Pflegende Personen waren vornehmlich Frauen. Die Pflege alter Menschen sei in der Vergangenheit nur marginal in Erscheinung getreten. Dennoch gebe es Zeugnisse, die etwas darüber mitteilen. Die Achtung vor dem Alter, dem vor allem Weisheit zugeschrieben wurde, sei überliefert. Während alte Menschen nach dem griechischen Philosophen Platon würdige Pflege verdienten, finde man bei Aristoteles eine eher pessimistische Sicht auf das Alter, das fast ausschließlich Verlust und Mangel an körperlichen und geistigen Fähigkeiten bringe. Die römische Zeit – so Nühlen – war vor allem durch die Idealisierung der jugendlichen Kraft geprägt. Für die Expansionspolitik brauchte man kraftvolle und mutige Männer, keine alten, die das Schwert nicht mehr halten konnten und entscheidungsschwach waren. Ein Schlagwort aus jener Zeit lautete deshalb: »Sechzigjährige abtreten!« Im Mittelalter sei das gesellschaftliche Altersbild sehr stark von der christlichen Lehre beeinflusst worden. Mit strengen Morallehren sollte der sichtbaren Verrohung der Sitten begegnet werden. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen körperlichem und geistigem Alter wurden körperliche Altersgebrechen mit Sündhaftigkeit in Beziehung gesetzt, das geistige Alter mit Besonnenheit, Bescheidenheit und Einsicht. Für die soziale Absicherung von Alten und Kranken sorgten in Städten einzelne Zünfte und Stände, im ländlichen Raum die Großfamilie. Über Jahrhunderte galt: je größer die Armut, desto kürzer die Lebenszeit. Während in der Neuzeit erste Einrichtungen zur Pflege von Kranken und Alten durch kirchliche Initiativen in Form von Klöstern und Armenhäusern geschaffen wurden, seien Anfänge einer staatlichen Alterssicherung mit Beginn der Industrialisierung zu finden. Altern erwies sich als soziales Problem, insbesondere durch die steigende Zahl von Lohnarbeitern. Die Durchsetzung eines gesellschaftlichen Altersversorgungssystems stand jetzt auf der Tagesordnung.

Von der Leiterin der Gedenkstätte in Bernburg, Frau Dr. *Ute Hoffmann*, wurde ein erschütterndes Bild über die Zeit der Naziherrschaft, insbesondere nach Einsetzen der Vernichtung »lebensunwerten Lebens« aufgrund des »Euthanasiegesetzes« gezeichnet. 40000 Menschen fielen ihm bis 1943 allein in Bernburg zum Opfer, darunter viele älter als 60 Jahre. An Hand von Beispielen schilderte sie, wie Angehörige des Schwesternpersonals mit dieser Situation umgingen und nach 1945 auf die Schuldfrage reagierten.

Herr Prof. *Reinhard Turre*, Direktor des Diakonisches Werkes der Kirchenprovinz Sachsen, äußerte sich zu verschiedenen Problemkreisen der Pflege im Hinblick auf die Verbindung von Profession und Konfession. Anlaß dafür sei die Frage nach den Möglichkeiten

der Verbesserung der Pflegequalität in den nächsten Jahren. Die Debatte über Standards – inzwischen in Europa angestoßen – müsse genutzt werden für die bewußte Gestaltung der Qualitätsentwicklung. Klarheit gelte es zu schaffen über die Dimensionen dieses Prozesses mit Blick auf die Frage: Was muß geleistet werden und was wird nicht geleistet werden können? In der Pflegearbeit, die soziale Arbeit ist, sei der ehrliche Diskurs über Rationalisierung, aber auch Rationalisierung notwendig. Vor die Aktion müsse jedoch die Besinnung treten, denn man habe es nicht mit Produkten zu tun, sondern mit einer Beziehung, nicht mit Kunden, sondern mit Menschen. Verständnis von Humanität aus christlicher Sicht bedeute in diesem Zusammenhang, Dienst zu leisten, der vor Fehlern nicht gefeit ist, aber immer das Ziel verfolgen muß, die Menschenwürde zu achten. Bei der Reorganisation der inneren Zustände seien deshalb Fragen danach zu stellen, ob die derzeitige Pflegearbeit diesen Ansprüchen genügt, Hilfe so geleistet wird, daß sie Mündigkeit wahrt und Barmherzigkeit umsetzt. Letzten Endes gehe es um moralische Ansprüche, nicht um ökonomische, um Profil, nicht um Profit.

Aus der Sicht gravierender Mängel in der Pflege, von denen in den letzten Jahren zunehmend berichtet wird, setzte sich Prof. Dr. *Werner Lange*, Leiter der Regionalstelle des Humanistischen Verbandes Deutschlands in Halle und dem Saalkreis, mit einigen ethischen Fragestellungen auseinander. Institutionen wie Pflegekräften müsse deutlicher ins Bewußtsein gerückt werden, welche Werte im Mittelpunkt ihres Handelns zu stehen haben. Routine dürfe den Werthorizont in der Pflege nicht verdrängen. Zu fragen sei: Was ist uns der alte Mensch eigentlich wert? Ist er uns nur Objekt von Fürsorge, oder ist er uns auch wichtig wegen seiner Lebensleistung, seiner Persönlichkeit? Ist er gar nur Quelle von Gewinn, eine Ware auf dem Markt der Dienstleistungen? Eine Wertehierarchie im Pflegesektor könne nur von der Priorität der Menschenwürde ausgehen. Entscheidend sei die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung, ohne dabei die Rechte und Interessen anderer zu verletzen sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die Berufung auf das Wohl des alten Menschen unterliege – so Lange – einem sehr subjektiven Maßstab und rechtfertige in keinem Fall die Verletzung der Würde des Menschen bei der Durchführung von Pflegemaßnahmen. Achtung der Menschenwürde müsse als Ziel-Wert ethischen Handelns in Pflegeberufen angesehen werden, von dem bestimmte Mittel-Werte und Normen abzuleiten sind. Die Achtung der Individualität des zu Pflegenden spiele hierbei eine große Rolle, wenngleich die Akzeptanz jedes Menschen als einmaliges Individuum mit erheblichen ethischen Konflikten verbunden sein kann. Pflegekräfte würden oft mit unangenehmen menschlichen Eigenschaften wie Undankbarkeit, Eigensinn, Mißtrauen, Neid, Feindseligkeit und Egoismus konfrontiert, benötigten gerade deshalb ein hohes Maß an moralischer Souveränität. Ein besonders brisantes ethisches Problem in der Pflege sei der Umgang mit der Wahrheit. Vor allem im Verhältnis zu Sterbenden gehe es um Wahrhaftigkeit als Voraussetzung für Vertrauen, wodurch das Recht auf Selbstbestimmung und die Möglichkeit des bewußten Abschiednehmens gewahrt blieben.

Inhaltlich bereichert wurde die Tagung durch Beiträge, die sich

mit ausgewählten Problemen der Pflegepraxis und deren Umfeld beschäftigten. So ging es unter anderem um Ursachen und Formen von Gewaltanwendung in der Pflege, um den Nachweis, daß ein multifaktorielles Zusammenspiel Gewalt von Pflegekräften, aber auch Aggressionen durch Heimbewohner hervortreten läßt. Der Pflegeberuf sei – so die Diskussion dazu – ein sehr schwerer Beruf. Dennoch dürfe es für physische Gewalt kein Verständnis geben. Gestellt und beantwortet werden müßten vor allem Fragen im Zusammenhang mit Erscheinungen von struktureller Gewalt. Anlaß für einen regen Gedankenaustausch bot auch der Bericht eines Pflegers über seine Arbeit in einem Seniorenheim. Unter den Anwesenden herrschte Konsens darüber, daß das gesellschaftliche Ansehen des Pflegeberufes erhöht werden muß. Das setze jedoch eine entsprechende Qualifikation voraus. Die Fähigkeit, fürsorglich mit Menschen umzugehen, genüge nicht. Qualitätssteigerung könne nur durch gut ausgebildete Kräfte erreicht werden. Mit großem Interesse wurden Informationen zur sozialen Absicherung von Pflegenden in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie zu Neuerungen des reformierten, seit 1. Januar 1999 geltenden Betreuungsgesetzes der BRD aufgenommen.

Frau Dr. habil. *Viola Schubert-Lehnhardt* (ELBE-SAALE e.V.) stellte Ergebnisse einer Befragung vor, die ihre Projektgruppe »Wertewandel im Gesundheitswesen« im Vorfeld der Tagung in der Stadt Halle/S. durchgeführt hatte. Im Mittelpunkt stand dabei die Sicht von BürgerInnen im höheren Lebensalter auf die künftige Entwicklung der Betreuungs- und Pflegesituation in Deutschland. Analysiert wurden subjektive Befindlichkeiten in bezug auf die Beschäftigung mit dem Thema Alter sowie Ansprüche an Wohn- und Betreuungsverhältnisse in der letzten Lebensphase, einschließlich vorhandener Befürchtungen und Ängste. Von den Anwesenden wurde in diesem Zusammenhang die Bedeutsamkeit empirischen Materials zu Erwartungen und Handlungsintensionen der Bevölkerung für gesellschaftliche Weichenstellungen in diesem sensiblen Bereich unterstrichen.

Mit einem spezifischen Bereich der dabei auftretenden Ängste befaßte sich der letzte Beitrag der Tagung von *Walter Schrader* (KALEB) – »Euthanasie-Gefahr für Alte, Behinderte und Kranke«. Er setzte sich u.a. mit den am 11. September 1998 von der Bundesärztekammer beschlossenen »Grundsätze(n) zur ärztlichen Sterbegleitung« auseinander, zu deren Interpretation offensichtlich nach wie vor unterschiedliche Meinungen bestehen. Menschen mit verschiedenen Weltanschauungen und unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen werden hierzu sicher weiterhin großen Diskussionsbedarf haben.

Beabsichtigt ist, auch zur vierten Bernburger Tagung einen Protokollband, der sämtliche Beiträge enthalten wird, zu veröffentlichen.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Am Montag, den 14. August, konnten die Leser der Berliner Zeitung *Der Tagesspiegel* auf der Titelseite zwischen drei Überschriften wählen. Sie waren zwar unterschiedlich groß, lagen aber alle über dem Bruch, waren also von der Redaktion für wichtig gehalten worden. Die erste Zeile lautete *Ein Erpresser packt ein: Dabobert kommt heute frei*, es folgte *Streit um Reden am Tag der Einheit/Regierung plant Feier auf der Expo*; die dritte Stelle wurde dem deutschen Außenminister eingeräumt: *Fischer: Wir werden die Neonazis stoppen*.

Während an Fischers Äußerung insbesondere das »Wir werden ...« von einigem Unterhaltungswert war – obwohl uns bei dieser Art von Unterhaltung sauer aufstößt –, waren die Querelen um des Altkanzlers Redeauftritt zum Sedanstag am 3. Oktober in Dresden Komödien suite. Dieser Streit hatte wahrlich Format. Und es ist völlig unerheblich, daß Kohl nun abgesagt hat. Alle spielten in dieser Inszenierung ihre Rollen so, wie wir es erwarten durften. Die Hauptrollen wurden sozusagen fliegend besetzt, mal Sachsens Biedenkopf, mal Bayerns Michael Glos. Und aus dem Off noch die F.D.P und die PDS. Letztere interessiert momentan kaum einen – sie selbst natürlich ausgenommen –, aber da nicht immer Münster sein kann, muß man sich auch mit Kleinigkeiten abgeben, um im Hochsommer von den Zeitungen nicht ganz vergessen zu werden. Auch hier leistete das rhetorische Zugpferd Gregor Gysi (hoffentlich kommt kein Sprachkritiker auf die Idee, das »rhetorische Zugpferd« auseinanderzunehmen ...) seinen sommerlahmen Genossen eifertig Interpretationshilfe. Er sei dafür, ließ Gregor Gysi wissen, daß Kohl in Dresden rede.

Das kann so einer wie Gysi ruhig sagen, erstens hängt ohnehin nichts davon ab, und zweitens: Egal, was die zuständigen Gremien schließlich entscheiden, eigentlich konnte Kohl nach diesen Diskussionen um seinen Auftritt schon gar nicht mehr reden. So viel Stolz hatte selbst er.

Nun zu Dagobert. Über ihn ist fast alles gesagt und in den Zeitungen fast alles geschrieben worden. Und jetzt, nach seiner Entlassung wird er bald vergessen sein. Doch als publizistisches Phänomen ist und bleibt er allemal ein Thema für Magisterarbeiten: Denn wer das Thema »Dagobert« einmal aus den Archiven abrufen und sämtliche Artikel, die über diesen Mann verfaßt wurden, als geballte Lektüre zu sich nimmt, könnte zu bemerkenswerten Einsichten kommen. Zum Beispiel zu dieser: Selten hatte ein Schwerkrinmeller so eine relativ freundliche Presse wie dieser Kaufhauserpresser. Selbstverständlich wurde in allen Artikeln – auch in denen, die jetzt anlässlich seiner Entlassung aus dem Gefängnis erschienen sind – auch immer ein Quantum Empörung abgeliefert. Aber so richtig mochte kein Autor über diesen Mann herfallen. So bleibt eigentlich als Quintessenz nur:

So richtig böse sind diesem Dagobert-Funke nur die betroffenen gewesenen Kaufhäuser, und die Polizei, die er lange narrte. Und der Polizist, der dazumal bei der Verfolgung Dagoberts auf einem Hundehaufen ausgerutscht war – so eine Slapstickszene schreibt nur das Leben.

Neben deutschen Nazis und deutschem Kohl bewegte die veröffentlichte Öffentlichkeit nach wie vor der deutsche Hund. Als hundeloser Bundesbürger mußte ich in den letzten Wochen begreifen, wie töricht es ist, mit Hundebesitzern über die Hundeverordnungen zu debattieren, die in den letzten Monaten landauf, landab in Gemeinden und Städten erlassen wurden. Die kurioseste Klage eines dieser Hundefreunde lief darauf hinaus, daß die Behörden rassistisch seien, weil sie das Volk der Hunde in Böse und Friedfertige eingeteilt hätten. Ehrlich: Das ist mir – na klar, Sabath hat ja keen' Hund – aber auch sowas von egal, Hauptsache, ich werde nicht gebissen. Anlässlich der Hundedebatten wurde uns auch ein Einblick in die geistigen Gedärme unseres deutschen Vaterlandes gewährt: Zu einer Demo Berliner Hunde mit ihren Haltern kamen mehr Hunde und Halter, als üblicherweise zu einer Antifademo Menschen erscheinen.

Es ist klar, daß das Thema »Hund« in den letzten Wochen auch die Karikaturisten dazu animierte, dieses Sujet zu verwenden. Und besonders Engagierten gelang es, das Thema zu verfremden. So in bekannter Manier die *Titanic*. Das Satiremagazin fordert per Karikatur *Leinenzwang für Ossis*. Damit dürfte sie unter der Hand total im westdeutschen Zeitgeist liegen – es gibt eben erstaunlich subtile Formen von Angepaßtheit. Satire hin, Satire her: Auch die *Titanic* führt in fast jedem ihrer – vorzüglichen! – Hefte den Nachweis, daß sich unsere Brüder und Schwestern von jenseits im wesentlichen einig sind, wenn es darum geht, sich herauszukehren und die Ostdödels abzubürsten. Da ist kaum ein Unterschied zwischen Links- oder Rechtswessis auszumachen. Aber nun haben wir uns ihnen aufgeladen, solln se sehn, wie sie damit fertig werden.

David Landes:
Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind,
Siedler Verlag, Berlin 1999,
684 S. (68,00 DM)

Dickleibige Folianten stoßen heutzutage nicht selten auf Skepsis, bei Lesern wie bei Rezensenten – es gibt bereits allzu viele Bücher, die ganz oder wenigstens zu einem Teil überflüssig sind. Lehnt sich der Titel dann auch noch an einen Klassiker wie Adam Smith: »Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen« an, so wächst das Mißtrauen. Ob zu Recht oder zu Unrecht, läßt sich nur durch die Lektüre entscheiden und die ist in diesem Fall mit einigem Aufwand verbunden.

David S. Landes, Jahrgang 1924, ist Emeritus der Harvard University. Er veröffentlichte in der Vergangenheit eine Reihe wirtschaftsgeschichtlicher Arbeiten. Sein bekanntestes Werk erschien 1973 in Deutschland unter dem Titel »Der entfesselte Prometheus«. Das vorliegende Buch ist hinsichtlich Umfang und Anspruch ganz sicher sein Opus magnum. In der Presse wurde es gleich nach seinem Erscheinen als »das kühnste und ehrgeizigste Geschichtswerk« der letzten Jahrzehnte gefeiert, als ein »Glückstreffer der Wirtschaftsgeschichtsschreibung« (Die Zeit 42/1999) und »ein Werk von enormer Bedeutung für alle, die sich auf intelligente Art mit der Geschichte der Weltwirtschaft befassen möchten« (Klappentext).

Das Lob scheint übertrieben, zumal es ähnliche Werke gibt, in welchen ähnliche Auffassungen mit dem gleichen Anspruch vertreten werden. Als Beispiel sei das Buch »Der Triumph des Abendlandes. Eine neue Deutung der Weltgeschichte« (1986) von J. M. Roberts genannt. Unstrittig ist jedoch, daß es sich bei dem Buch von Landes um ein gewichtiges Stück Prosa handelt. Immerhin geht es um mehr als 600 Jahre Weltgeschichte, die hier vornehmlich unter wirtschaftshistorischem Aspekt und aus amerikanischer Perspektive behandelt werden. Dabei ist das Werk weder eine »Weltgeschichte« der Wirtschaft noch eine »Wirtschaftsgeschichte« der Welt. Auch

keine »Kulturgeschichte«, »Geschichte der Zivilisation« oder dergleichen. Am allerwenigsten aber ist es ein wirtschaftstheoretisches Werk. Das eingangs bei J. M. Keynes aus einem Brief von Malthus an Ricardo zitierte Motto, »the causes of the wealth and poverty – the grand object of all enquiries in Political Economy«, ist hier, streng genommen, fehl am Platze, denn das Buch ist keine Abhandlung der Politischen Ökonomie. Die Frage, warum bestimmte Länder reich wurden, andere aber arm geblieben sind, wird hier nicht analytisch behandelt, sondern deskriptiv, nicht systematisch, sondern exemplarisch.

Der Autor entwirft über 29 Kapitel und mehr als 600 Seiten hinweg ein vielfarbiges Geschichtspanorama von enormer Breite und großer Anschaulichkeit, aber wenig theoretischem Gehalt. Er erzählt Wichtiges und Unwichtiges, Bekanntes und Neues, Interessantes und Uninteressantes, Wesentliches und Überflüssiges. Die Wertung bleibt jeweils dem Leser überlassen. Im Ganzen betrachtet ist das Buch, wie meistens Werke dieser Art, viel zu breit angelegt, zu weit ausholend und vom Thema abschweifend, in der Darstellung zu geschwätzig, mitunter langatmig und oft zu sehr ins Detail gehend. Da die Theorie fehlt, fehlt auch der rote Faden.

Neben neuartigen Einsichten, Entdeckungen und Fakten, deren Lektüre gewinnbringend ist und sich lohnt, strotzt das Buch ebenso von Nebensächlichkeiten und Überflüssigem. So erfährt der Leser zum Beispiel Interessantes über China, unter anderem über den Schußwaffengebrauch im 17. Jahrhundert. Es wird aber auch ausführlich über die Verwendung getrockneter Exkremente als Munition berichtet (vgl. S. 69), eine Nebensächlichkeit und Kuriosität, die in eine Fußnote gehört. Dagegen findet die eminent wichtige Frage, warum die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Regionen der Erde so unterschiedlich verlaufen ist und immer noch verläuft, keine hinreichende Erörterung, geschweige denn eine Antwort.

In der Einleitung seines Buches führt Landes an, daß sich die Kluft zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen der reichen Industrieländer und der ärmsten Länder der Welt in den letzten 250 Jahren enorm vergrößert hat, von etwa 5:1 auf 400:1 (vgl. S. 16). Damit ist das

Hauptproblem markiert und der Anspruch des Buches gesetzt, nämlich die Erklärung dieser Divergenz. Da es auf der Hand liegt, daß es sich bei dieser Frage um ein vielschichtiges Problem handelt und daß es für die Wohlstandspolarisierung eine Vielzahl von Determinanten gibt, ist weniger die Darstellung derselben von Interesse als ihre Wertung.

Und hier geht Landes durchaus eigene Wege, indem er Faktoren wie die klimatischen Verhältnisse, die geographische Lage, die traditionellen Moralvorstellungen und Religionslehren u.ä. in ihrer Bedeutung für die Entwicklung relativ hoch veranschlagt, militärische Gewalt, koloniale Ausbeutung und dergleichen dagegen verhältnismäßig gering. So sieht er zum Beispiel Englands Aufstieg zur »ersten Industrienation« wesentlich als eine Folge vorsichtiger und allmählicher Kapitalakkumulation an (»langsam und sachte« – S. 271) und nicht etwa als das Ergebnis revolutionärer Veränderungen. Und das Zurückbleiben bestimmter Länder in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung führt er wesentlich auf »die Unfähigkeit, mit dem Geld zu arbeiten« (S. 283) zurück, als Ausdruck »sozialer, kultureller und technologischer Unfertigkeit«.

Wirtschaftshistorische Fakten spielen in seiner Argumentation keine große Rolle. Zahlenreihen oder Tabellen gibt es in dem Buch fast überhaupt nicht. Dafür aber eine Vielzahl merkwürdiger Begründungen. So zum Beispiel, wenn er die Grenzziehung des Inka-Reiches damit begründet, daß sich die Inkas »in dichtem Wald nicht zu Hause fühlten« (S. 127). Da es in der historischen Forschung für derartige Hypothesen kaum Belege gibt, liegt es letztlich beim Leser, über derartige »Erklärungen« zu staunen oder zu lachen.

Positiv hervorzuheben sind unter anderem das 12. Kapitel »Gewinner und Verlierer: Die imperiale Bilanzrechnung« (S. 186ff.) und das 15. Kapitel »England und die anderen« (S. 230ff.), vor allem auch wegen ihrer vergleichsweise straffen Darstellung und überblickartigen Zusammenfassungen. Relativ gut lesen sich auch die Abhandlungen über China und Japan, weil sie den Blick weiten und bemerkenswerte Ansätze enthalten, um die europa- bzw. amerikazentrierte Sicht zu überwinden.

Dem Text ist ein umfangreiches Quellenverzeichnis beigelegt, welches Landes als langjährigen und breit recherchierenden Forscher ausweist. Dem Verlag ist zu danken für die vorbildliche Gestaltung des Werkes und die rasche Fertigstellung der deutschen Ausgabe.

ULRICH BUSCH

Bernd Gehrke,
Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.):
... das war doch nicht unsere
Alternative. DDR-Oppositionelle
zehn Jahre nach der Wende.
Verlag Westfälisches Dampfboot.
Münster 1999, 447 S. (58 DM) (I)
Dirk Rochtus:
Zwischen Realität und Utopie.
Das Konzept des »dritten Weges«
in der DDR 1989/90.
Leipziger Universitätsverlag
Leipzig 1999, 310 S. (49 DM) (II)

Wollte das DDR-Volk im Herbst 1989 tatsächlich nur den kurzen Weg zur deutschen Einheit? Standen allein Reisefreiheit und die Segnungen des westlichen Wirtschaftswunders auf der Wunschliste der Noch-DDR-Bürger? Waren der Mauerfall und die Wahnsinns-Wiederbegegnung von deutschen Ost und West der eigentliche Höhepunkt, das Ziel der DDR-Bürger, die im Herbst 1989 die Nase voll hatten und in Leipzig, Berlin und dann republikweit auf die Straße gingen? Welche Rolle spielten diejenigen, die ihnen die Stichworte, Losungen und Organisationsformen gaben?

Hier ist auf zwei Publikationen zu verweisen, die so gar nicht in die offizielle Lesart einer »antitotalitären Revolution für die deutsche Einheit« passen, weil sie die Beweggründe zumindest der neuen politischen Akteure im Herbst 1989 näher zu zeichnen suchen: der Bürgerbewegungen und der SED-Reformer für eine souveräne DDR auf der Basis eines demokratischen Sozialismus.

Der Charakter beider Bücher ist unterschiedlich, die Methodik ebenfalls, genauso

die Lesarten. Aber die Befunde fallen ähnlich aus: Es ging im Herbst 1989 für diejenigen, die sich an die Spitze von Unmut und Aufbegehren setzten – für die Bürgerbewegten ebenso wie die SED-Reformer um einen anderen Sozialismus – in einem eigenen Staat.

Es werden aber auch jene Gründe deutlich, die beide Grundströmungen daran hinderten, damals zu einem dauerhaften Bündnis zu kommen, und die trotz manch gemeinsamer Einsicht deren heutige Akteure immer noch gelegentlich mehr trennen als verbinden. Vor allem aber wird sichtbar, warum diese unbequemen Vorreiter einer erneuerten Gesellschaft sehr schnell die ursprüngliche Interessenübereinstimmung mit dem endlich aus seiner Apathie erwachten Volk verloren.

Bernd Gehrke und Wolfgang Rüdtenklau haben zehn Jahre nach der Herbstrevolution von 1989 damalige Akteure zu mehr oder minder fundierten theoretischen Aussagen bewegt, die die einstige Sicht mit der Analyse aus der Distanz eines historischen Scheiterns verbindet. Situationsanalysen, Bewegungsstudien und theoretische Modelle des Gewesenen stehen im Mittelpunkt, ergänzt um eine bemerkenswert kritische und verallgemeinernde Sicht auf die damaligen Bewegung mit ihren Leistungen und Grenzen.

Dirk Roctus legt dagegen eine klassische politologische Arbeit vor. Sein Vorteil: Er ist nicht Betroffener. Als junger niederländischer Wissenschaftler nähert er sich unbefangen der Geschichte, spürt die historischen Rahmenbedingungen auf und nimmt die programmatischen und tagespolitischen Aussagen der damaligen Akteure zu ihrem historischen Nennwert.

Sein Leitmotiv, genauer nach den Intentionen eines »dritten Weges« jenseits von Stalinismus und Kapitalismus zu fragen, greift jene kritischen Diskussionen auf, die den Wende-Herbst 1989 und eigentlich weite Strecken der innersozialistischen Auseinandersetzung erfaßt. Denn zumindest seit dem Revisionismus-Streit in der deutschen Sozialdemokratie und der späteren Spaltung der Arbeiterbewegung stand (und steht) die Frage nach einer demokratischen Variante sozialistischer Umwälzung unter sich verändernden und den Kapitalismus wandelnden Bedingungen. Berechtigt verzichtet Roctus auf eine geschlossene Definition eines solchen Weges. Seine Be-

funde, wie letztlich auch die bei Gehrke/ Rüdtenklau, zeigen die Vielgestaltigkeit dieses Weges, seine Unentschiedenheit, die deutlichere Klarheit über das, was nicht gewollt wird als die Sicherheit über Strategien und Methoden, um die an Idealen und Visionen ausgerichteten Ziele zu erreichen.

Dabei war 1989 naturgemäß die Frage des 3. Weges auf eine Alternative zu Kapitalismus und (stalinistischem) Realsozialismus zuge-spitzt. Für Roctus gingen deshalb die Ansätze im Wendeherbst »von einem Sozialismus (aus), der auf freier Basis entstehen sollte, ohne daß eine ›Administration‹, eine ›Bürokratie‹ als Instrument der führenden Partei die Menschen zum Sozialismus zwingen müsse« (II/S. 48). Für ihn gibt es dabei wesentliche Übereinstimmungen zwischen den Bürgerbewegungen und den dissidentischen SED-Intellektuellen, die sich im Dezember 1989 dann auch beim Außerordentlichen Parteitag in der nunmehrigen SED-PDS durchsetzen konnten. Für ihn ist der Begriff »Dritter Weg« eben ein übergreifender für unterschiedliche (linke) Strömungen. Ihnen gemeinsam ist die Ablehnung von politischer Alleinherrschaft, sie setzen sich mit den negativen Verzerrungen des praktizierten »Sozialismus« auseinander und greifen auf reformsozialistische Ideen der fünfziger und sechziger Jahren (Freiheit, Marktprinzipien) zurück. Bei aller Unschärfe ihres alternativen Sozialismusbildes vereint sie der Glauben an ein demokratisches Wesen des Sozialismus.

Es geht beiden Büchern um das Rekonstruieren des kritischen Ansatzes von 1989 mit seinen Hoffnungen, Erwartungen und Grenzen. Roctus bekennt sich stärker als die bürgerbewegten Autoren zu seinem »liberalen Rechtsstaat«. Trotzdem hält er »ein moralisierendes Verurteilen anno 1998 aus dem bequemen Wissen heraus, daß die DDR gescheitert ist oder scheitern mußte, für ein Hindernis dabei, herauszufinden, was die Anhänger des Dritten Weges zu Zeiten der DDR dachten und anstrebten und was davon heute in der Bundesrepublik fortbesteht«. Er will nicht »Richter« in dieser Sache sein (II/S. 19).

Die Bürgerbewegten im Sammelband – vornehmlich dem linken Flügel zugehörig (teilweise aus der Vereinten Linken hervorgegangen) – bekennen sich nachdrücklicher zu einer

kritischen Sicht auf die heutige kapitalistische Gesellschaft. Sie meinen, daß wir »über 1989 noch einmal sprechen müssen«. Denn die Gesellschaft eines triumphierenden Privateigentums sei nicht ihr Ziel gewesen. Ihr Fazit: »Die Osteuropäer hatten das historische Pech, daß ihr Sprung in den Westen erfolgte, als die Sonne der sozialen Marktwirtschaft, die Jahrzehnte lang aus den Metropolen des Nord-Westens auf sie strahlte, schon weitgehend untergegangen war. Das Pech der Ostdeutschen war, daß ihr Sprung dazu beitrug, den Untergang jenes Systems in Westdeutschland zu beschleunigen. So konnten die einen wie die anderen nie dort ankommen, wohin sie aufgebrochen waren, in den Wachstums- und Sozialstaatskapitalismus der Nachkriegszeit. Dieser gehörte der gleichen untergegangenen Epoche von Industriegesellschaften an wie das sowjetische Imperium, das aus der nachholenden Industrialisierung Rußlands hervorgegangen war.« (I/S. 435)

Bei Gehrke/Rüddenklau finden sich bemerkenswerte Beiträge zu einzelnen Aspekten einer prosozialistischen Opposition in der DDR. Sie schöpfte ihre Kraft aus den Erfahrungen von 1968 und besonders aus den Ideen der Perestrojka, die auch für die kritischen SED-Mitglieder Voraussetzung zur Befreiung von Parteidisziplin und Denkverboten war.

Klaus Wolfram schreibt zur DDR-Opposition vor 1989, ihrem antistalinistischen, aber prosozialistischen Charakter. Am Beispiel der Szene in Prenzlauer Berg vermutet Lothar Feix, daß die (von der SED-Führung gewollte) DDR eigentlich schon vor der Wende nicht mehr existierte. Beiträge von Christian Halbrocks zur unabhängigen Umweltbewegung oder von Dirk Moldt zur »Offenen Arbeit Berlin« und der »Kirche von Unten« ebenso wie von Samirah Kenawi zur Arbeit von Frauengruppen und Marinka Körzendörfer zum Entstehen einer Lesbenbewegung erinnern an basisdemokratische Ansätze einer alternativen, aber nicht sozialismusfeindlichen Zivilgesellschaft.

Den gegen beide Systeme in Ost wie West gerichteten Ansatz verdeutlicht Herbert Mißlitz mit seinem Aufsatz zum IWF, der 1988 in Westberlin stattfand und dort auf erhebliche Proteste stieß, die auch in Ostberlin einen Widerhall fanden.

Die Bürgerbewegten wollten 1989 eine Gesellschaft verwirklichter sozialer und politischer Gleichheit. Entsprechend positiv fallen die Bewertungen der Aktivitäten der Bürgerbewegungen und politisierten Bürger aus. Thomas Klein betont die Rolle des Runden Tisches. Er gibt der inkonsequenten Modrow-Regierung die Schuld, daß dieser demokratische Ansatz für eine Behauptung der DDR-Identität zu wenig genutzt wurde. Renate Hürtgen schreibt sachkundig zu dem bislang nur unzureichend aufgearbeiteten und verdrängten Thema der Demokratieversuche in den Betrieben im Herbst und Winter 1989/90.

Die Bürgerbewegten lassen keinen Zweifel: Ihre Kritik an DDR-Gesellschaft und -Wirtschaft ist radikal. Aber sie ist keine promarktwirtschaftliche Kritik. Das verdeutlichen die Aufsätze von Sebastian Gerhardt, Johanna Link und Stefanie Hürtgen. Sie lehnen letztlich eine warenförmigen Wirtschaft und deformierende Erwerbsarbeit ab. Darum haben sie teilweise auch mit den moderne-freundlichen SED-Reformern des Herbstes 1989 und der PDS wenig am Hut. Für sie ist insofern ein Ankommen im vereinten, größer und mächtiger gewordenen Deutschland nicht zu erwarten. Auch daran unterscheiden sie sich vom dominierenden Reformflügel der PDS.

Sie bleiben unangepaßt. Wie sie mit ihren Positionen allerdings Mehrheiten erreichen können, bleibt offen. Eine Elite zu sein, das schließen sie sicher aus. Nur, unangepaßte Ideen ohne Vermittlung an die weniger Ausgewählten laufen vielleicht doch Gefahr, elitär zu sein. Der Umgang mit der nationalen Frage 1989 hat dies bestätigt. Wenn Oliver Kloss fragt, ob Arbeit frei macht und dies verneint, wenn Gerold Hildebrand an Wehrpflichtverweigerer in der DDR und in der neuen Bundesrepublik erinnert (einzelne Totalverweigerer wurden gelegentlich von der Justiz beider Staaten verfolgt), dann ist das Bekenntnis zu anarchistischen und pazifistischen Positionen bei manchen der Autoren unüberhörbar.

Berechtigt verweist der Sammelband auf historische Alternativen. Was wäre mit einer DDR-Revolution erst im Jahre 1991 geschehen? Ein interessantes Gedankenexperiment: Kohl abgewirtschaftet, in Bonn zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich Rot-Grün an der

Macht ... Die Bürgerbewegten (und die SED-Opposition) hatten Positionen, die durchaus der Entwicklung in der alten BRD und im Westen der achtziger Jahre entsprachen. Sie wären kompatibel gewesen (vgl. I/S. 430).

Eine reformierte DDR hätte in einen solchen Prozeß viel einbringen können. Volksabstimmungen, keine Fünf-Prozent-Klausel, Bürgerbewegungen als politische Einmischer, die Gleichstellung aller sozialen und politischen Gruppen, besonders der Frauen, Verbandsklage, ein soziales Schutzsystem mit klaren Staatspflichten, weitgehende Gewerkschaftsrechte, keine Aussperrungen, paritätische Mitbestimmung in der Großindustrie, die Marktwirtschaft als volkswirtschaftliche Grundlage mit Mischformen des Eigentums, aber einer durchgesetzten sozialen Regulierung der Wirtschaft. Gehrke fabuliert schließlich: »Betrachtet man die programmatischen Äußerungen all dieser Gruppierungen im Zusammenhang mit jenen Dokumenten, die am Runden Tisch erarbeitet wurden, so lassen sich einige gemeinsame Grundzüge jener künftigen DDR in den Vorstellungen ihrer politischen Träger ausmachen. ... Danach wäre die DDR eine parlamentarische Demokratie mit wesentlich mehr, vor allem partizipatorischen und moderneren Bürgerrechten geworden, als sie in der Bundesrepublik vorhanden sind, sie hätte so bessere Bedingungen für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger geboten, in die Politik einzugreifen.« (I/S. 419)

STEFAN BOLLINGER

Werner Seppmann:
Das Ende der Gesellschaftskritik?
Die ›Postmoderne‹
als Ideologie und Realität,
PapyRossa Verlag Köln 2000,
297 S. (36,00 DM)

Um die Vorläufigkeit seiner Interpretationen zu unterstreichen, stellt Seppmann eine Auswahl seiner Arbeiten in essayistischer Form vor. Dies hängt gewiß auch mit der Eigenart des Gegenstandes zusammen, mit dem Bemühen des Postmodernismus, sich durch eine extrem unsystematische, nachgerade exklusive Denkungsart und Diktion, durch die

Ablehnung selbstreflexiver Theorietradition, den Verzicht auf Stringenz und die Ablehnung wissenschaftlicher Selbstbegründung gegen Kritik zu immunisieren.

Das Essayistische bedeutet jedoch nicht im mindesten Zweideutigkeit oder Unentschlossenheit in der Aussage. Den Wert der Publikation sehe ich gerade darin, daß nicht nur immanente Kritik geübt, sondern entschieden Gegenposition zum Kritisierten bezogen und dabei um drängende und heikle Probleme dieser Zeit kein Bogen gemacht wird. Theoretische Paradoxien und methodische Kapriolen postmoderner Philosophie werden ebenso vorgeführt wie deren katastrophale Konsequenzen für eine an den Erfordernissen der Gegenwart orientierte geistige Bewältigung der Probleme der sozialen Wirklichkeit – die Immunisierung wesentlicher Zusammenhänge, Vermittlungen und Widersprüche gesellschaftlicher Entwicklung gegen Erkenntnis und Kritik, die Denunziation systematischen Denkens und der Vernunft als Repression, Totalitarismus und Terror.

Seppmann begnügt sich jedoch nicht mit der theoretisch-begrifflichen Kritik. Immer wieder verfolgt er die soziale und gnoseologische Genese postmoderner Theoreme aus den krisenhaften Prozessen und Konstellationen der Realität und verbindet dies mit der ideologiekritischen Analyse ihrer weltanschaulichen Funktion. Überlegungen und Einsichten von Lyotard, Baudrillard, Derrida und anderen kann weder abgesprochen werden, daß sie reale Krisensymptome aufgreifen, noch, daß ihre Diagnosen von gesellschaftskritischen Intentionen getragen sind. Die Crux ist, daß infolge der selbstauferlegten Denkverbote, durch Inkonsequenz oder durch Verschleierung der eigentlichen Ursachen beschriebener Phänomene realistische Reflexionen zu oft in oberflächliches Raisonement, in falsches Bewußtsein oder Apologie umschlagen und so die notwendige und angemessene Kritik neutralisieren.

Ein Vorzug der Arbeit besteht darin, daß generelle Einschätzungen mit konkreten Befunden verknüpft werden. So werden beispielsweise medientheoretische Analysen der Postmoderne nicht nur als zeitgemäße Verarbeitung besorgniserregender Tendenzen neuerartiger Manipulation dargestellt, die allerdings

in der Regel technikkritisch der Oberfläche der Probleme verhaftet bleibt. Mit Nachdruck wird darüber hinaus das Ineinandergreifen medialer Einflüsse einerseits, sozialer und personaler Deformationen im Gefolge der »normalen« Entwicklung spätkapitalistischer Lebens- und Produktionsverhältnisse andererseits als Resonanzboden für die Wirkung und Akzeptanz dieser Einflüsse demonstriert. Modernste Informationstechnik vermag die unheilvollen Wirkungen politisch gesteuerter Manipulation zu verstärken und zu beschleunigen oder auf dem Wege zunehmender Ästhetisierung die Regression des Politischen zu befördern – der Charakter interesselieferter und an den Erfordernissen der Kapitalherrschaft orientierter Politik ändert sich dadurch um kein Jota.

In einem Kapitel unter der Überschrift »Philosophie der Versöhnung oder Theorie des Widerspruchs?« erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem moralisch getönten Postulat einer unhintergehbaren Heterogenität der Diskursarten bzw. der These einer unüberschreitbaren Differenz von all und jedem, eines »radikalen Pluralismus« (Wolfgang Welsch). Gezeigt werden nicht nur der innere Widerspruch dieser Setzungen (Relativismus als absolutes Prinzip – vgl. S. 101, 104), sondern ihre ideologisch affirmativen Konsequenzen. Es sind eben in der gesellschaftlichen Realität keine »gleichgewichtigen Positionen«, die im Lyotardschen »Widerstreit« miteinander liegen. Die These einer prinzipiellen Relativierung aller normativen Maßstäbe und jeglicher Wahrheit wird gebraucht, »um für die antizivilisatorischen Konsequenzen der herrschenden Vergesellschaftungsprinzipien Zustimmung zu erlangen« (S. 105). Auf der Grundlage einer verabsolutierten Pluralität kann – wendet Seppmann zu Recht ein – nicht mehr zwischen »falschen« und »emanzipativen« Bedürfnissen unterschieden werden (vgl. S. 115).

Das Soziologie-Kapitel enthält unter anderem eine wichtige und aktuelle Kritik an dem – nicht nur postmodernen – Theorem der Auflösung der Gesellschaft. Analysiert wird die in den etablierten Sozialwissenschaften weitverbreitete Tendenz, Gesellschaft mehr oder weniger ausschließlich als eklektizistisches Konglomerat diverser »Ausdifferenzierungen«, »Eigengesetzlichkeiten« oder mit einem »Ei-

gensinn« ausgestatteter Logiken zu verstehen. Die Alternative dazu kann natürlich nicht eine derartige Tendenzen nivellierende Vorstellung von Gesellschaft als unterschiedsloser Homogenität sein. Deutlich bezieht Seppmann Front gegen einen reduktionistisch verfahrenen ökonomischen Determinismus (vgl. S. 125), Teilsysteme besitzen durchaus eigene Qualitäten und Geltungsansprüche. Nur ist die theoretische Würdigung dieser Spezifik mit der Verpflichtung zur konkreten Analyse der Beziehung von Eigenständigkeit und Vermitteltheit (vgl. S. 126) verbunden. Die relative Eigengesetzlichkeit sozialer Sphären bedeutet nicht automatisch ihre »Gleichrangigkeit« im Sinne einer »gleichartige(n) soziale(n) Wirksamkeit« (S. 125) und darf nicht vergessen machen, daß die »totalisierende Tendenz der kapitalistischen Reproduktionsdynamik ein antagonistisches Widerspruchsprinzip zu den Entwicklungsprinzipien und Geltungsansprüchen der nicht-ökonomischen Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens« (S. 127) darstellt. Das der Moral eigene Oppositionspotential beispielsweise kann den normierenden Druck der Verwertungsrationalität nicht außer Kraft setzen. Jede beliebige Sphäre ist so oder so in den bestehenden Macht- und Verwertungskontext eingebunden. Anregend sind auch die Überlegungen zur viel diskutierten Problematik eines sozialen bzw. eines steuernden »Zentrums« bürgerlicher Gesellschaften (vgl. S. 207ff.).

Hervorzuheben sind auch Seppmanns Bemühungen um einen Beitrag zur Klärung der theoretischen bzw. normativen Grundlagen Marxscher Gesellschaftskritik als Gegenposition zum postmodernen Credo normativer Beliebigkeit und Orientierungslosigkeit (S. 290).

Seppmann geht in zwei Schritten vor. Radikale Analyse- und Kritikfähigkeit setze nicht nur gesellschaftstheoretische Kompetenz, sondern profilierte Vorstellungen über die qualitativen Dimensionen menschlicher Vergesellschaftung und über gattungsspezifische Entwicklungspotentiale voraus. »Die Zuspitzung des Denkens auf die gattungsspezifische Charakteristik der menschlichen Existenz ist notwendig, um eine Vorstellung davon entwickeln zu können, welche Bedürfnisse und Zielsetzungen der humanen Selbstverwirklichung dienen, aber auch, welche sozialen Organisationsformen den menschlichen Ele-

mentarinteressen und Entwicklungsmöglichkeiten angemessen und damit erstrebenswert sind... Selbstverwirklichungsbedürfnisse und gattungsspezifische Geltungsansprüche bilden die irreversible Basis der menschlichen Handlungsintention, auch wenn sie in der Alltagspraxis von fremden Interessen und verdinglichten Verwertungsgesichtspunkten überlagert sind« (S. 151).

Seppmann bezieht sich bei dieser Sichtweise ausdrücklich auf Leo Kofler, kann jedoch mit gleicher Berechtigung an Marx erinnern: »Es geht in letzter Konsequenz um die von Marx im ›Kapital‹ gestellte Frage, welche Gesellschaftsformation die der ›menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen‹ zu schaffen in der Lage ist« (S.151, 153; vgl. MEW, Bd. 25, S. 828).

Konkret begründe Marx die normativen Maßstäbe der Kapitalismuskritik in seiner »nicht-ökonomistisch konzipierten Werttheorie«. Nicht eine »abstrakte Objektivität von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen« mache die »Substanz« der Gesellschaft und Geschichte aus sondern das »tätige Verhalten der Subjekte zur Realität«, die wirklichen Menschen in Auseinandersetzung mit ihren Lebensverhältnissen. Bezogen auf die Gegenwart bedeute dies, daß die »gesellschaftliche Dynamik ... nicht von Kapital als dem Ausdruck klassengesellschaftlich strukturierter toter Arbeit, sondern vom lebendigen (Arbeits-)Handeln« ausgehe. »Weil die lebendige proletarische Arbeit der wesentliche Faktor der Wertbildung ist, kann das Kollektiv der Arbeiterinnen und Arbeiter Ansprüche auf Verfügungsgewalt über das Mehrprodukt erheben und Selbstbestimmungsperspektiven durch Selbstorganisation formulieren« (S. 107f.).

Seppmann ist sich bewußt, mit diesen Positionen in ebenso dringliche wie offene Selbstverständigungsprozesse einzugreifen. Es bedeutet nicht, in Resignation zu verfallen, wenn man sich grundsätzlich mit der Frage nach einer sinnvollen Veränderungsperspektive auseinandersetzt (vgl. S. 286). Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Neuformierung eines Emanzipationsprojektes (vgl. S. 288).

Durchgängig ist das Bestreben, dem Phänomen »Postmoderne« auf differenzierte Weise Rechnung zu tragen, seine Einbettung in die

Ideologiegeschichte sowie Querverbindungen zu Positivismus, Irrationalismus, Neokonservatismus oder Neoliberalismus zu zeigen und Berührungspunkte zum »normalen« Wissenschaftsbetrieb deutlich werden zu lassen. Zu präzisieren wären allerdings Aussagen zur Beziehung des Postmodernismus zu den »aggressivsten Varianten des traditionellen Irrationalismus« (S. 269) in Deutschland.

Zu wünschen wäre ferner, daß die essayistische Form mit einer stärkeren Strukturierung und Systematisierung verbunden würde. Dann könnten sicher einige Wiederholungen vermieden werden. Auch haben sich leider eine Anzahl redaktioneller Unsauberkeiten eingeschlichen. Daß auf Quellenangaben verzichtet wurde, halte ich nicht für einen Vorzug.

ERICH HAHN

Jacques Derrida:
Politik der Freundschaft,
 Suhrkamp Verlag Frankfurt/M.
 2000, 491 S. (88,00 DM)

In den letzten zehn Jahren publizierte Jacques Derrida eine Reihe von Büchern, die sich mit Fragen der Ethik, des Sozialen, dem Recht und der Politik beschäftigen. Die herausragendsten unter ihnen sind »Marx' Gespenster« (1995), »Gesetzeskraft« (1991) und das soeben auf deutsch erschienene Werk »Politik der Freundschaft«, das hier im folgenden vorgestellt wird.

Das Buch beginnt mit dem Satz »O Freunde, es gibt keinen Freund«. Ein Ausruf oder Appell, der am Anfang einer ganzen Tradition philosophischer, politischer und literarischer Texte steht und auf den sich so unterschiedliche Denker wie Montaigne, Aristoteles, Cicero, Nietzsche, Carl Schmitt, Kant und Blanchot beziehen.

Ausgehend von diesem Satz eröffnet Derrida eine dekonstruktive Lektüre der Opposition von Freund- und Feindschaft, wie sie im Begriff des Politischen und der Philosophie angelegt ist. In der gesamten westlichen Tradition des Verständnisses von Politik, so eine grundlegende Hypothese, dominiere ein Modell der Freundschaft, in dem die Gestalt des Freundes in den Zügen des Bruders wiederkehre und somit unmittelbar einer familiären,

fraternalistischen, naturalistischen und androzentrischen Konfiguration des Politischen anzugehören scheine (vgl. S. 10).

Allgemeiner ausgedrückt: In der Genealogie des Politischen zeigt sich, daß in der vorherrschenden Konzeption des Politischen wie in derjenigen der Freundschaft auf einen Schematismus der Abstammung, der Herkunft, des Geschlechts, der Art, des Blut und Bodens, der Natur und der Nation zurückgegriffen wird. Die in diesem Buch versammelten Lektüren versuchen, dieses Modell der Abstammung in Frage zu stellen und – ausgehend von einem an dem französischen Philosophen Emmanuel Lévinas orientierten Begriff des singulären Anderen – einen neuen Begriff des Politischen und einer zukünftig noch zu erschaffenden (>zu-kommenden<) Demokratie zu entwickeln.

Trotz des hohen Einsatzes, den eine dekonstruktive Lektüre der abendländischen Tradition des Politischen augenscheinlich impliziert, geht es Derrida, wie er mehrfach betont, nicht darum, das aufklärerische Ideal der Emanzipation und der Befreiung für veraltet zu erklären (vgl. S. 409). Vielmehr will er die Fragen der Politik, der politischen Entscheidung und die einer zu-kommenden Demokratie innerhalb unserer aufklärerischen Tradition neu stellen und mit einer neuen Begrifflichkeit jenseits der Schemata der Abstammung ins Werk setzen.

Die fraternité gilt seit Aristoteles über die Französische Revolution bis hin zu Schmitt als eine Grunderfordernis einer guten Republik; eine Brüderlichkeit, die zum Blutsband stilisiert und naturalisiert, aus Einzelindividuen ein idealistisches Ganzes macht. Eine solche natürliche Fraternität, genauso wie die von anderen Naturkategorien abgeleiteten Sekundärbegriffe wie Gemeinschaft, Nation, Grenzen oder Kultur, sind nach Derrida Ergebnis performativer Setzungen, die abhängig sind von Konventionen, von der Sprache und Grenzziehungen. Die Problematik solcher Konventionen oder Kategorien wie Brüderlichkeit liegt aber nicht nur darin, daß sie durch Naturalisierung und Produktion kohärenter Identitäten Differenzen zwischen angeblichen identischen Entitäten verdecken. Ebenso problematisch ist auch die Erzeugung von Hierarchien zwischen ihnen: zwischen Brüdern und Schwestern, Staatsangehörigen

und Ausländern und zwischen Freunden und Feinden. So ist es nicht verwunderlich, daß im Mittelpunkt der Lektüre und Kritik von Derrida das Politikverständnis Carl Schmitts steht, welches die politische Beziehung als eine im wesentlichen gegnerische Beziehung zwischen Freund und Feind definiert. Derrida entwickelt eine minutiöse Infragestellung des Schmittschen Unterfangens, seiner Vorannahmen, seiner diskursiven Strategie, seiner Verankerung im europäischen Recht, seiner oppositionellen Logik und seines dezisionistischen Denkens, der Souveränität und des Ausnahmezustands. Ziel dieser Demontierung des Schmitt angelehnten Diskurses ist eine Schärfung eines neuen politischen Denkens.

Wodurch wird aber solch ein neues politisches Denken geleitet? Wie wird es ins Werk gesetzt? Wo eröffnet sich dieses Neue des Politischen?

Schon in »Gesetzeskraft« leitete Derrida seinen Begriff der Gerechtigkeit von der »Erfahrung« einer unendlichen Verantwortlichkeit gegenüber des singulären Anderen ab, wie sie Emmanuel Lévinas phänomenologisch herausgearbeitet hat. Diese Gerechtigkeit, die nicht das Recht ist, liegt nach Derrida außerhalb jeglicher Dekonstruierbarkeit, eröffnet die Möglichkeit für Dekonstruktion und ist die »Erfahrung«, die einen, als passive Entscheidung vom absolut Anderen eingesetzt (vgl. S. 311), in die Politik führt. Wegen dieser singulären Andersheit ist es nötig, zu dekonstruieren, den Anderen von den zugeschriebenen entitätischen oder *genetischen* Identitäten zu lösen und als Anderen (gastfreundlich) zu empfangen. Noch vor (zeitlich und räumlich) einer Freund/Feind-Opposition steht dieser Empfang des Anderen, diese ganz andere, asymmetrische Art von Freundschaft jenseits des reziproken Prinzips der Brüderlichkeit. Sie erfordert nach Derrida eine neue Sprache der Politik (vgl. S. 408) jenseits der Schemata der Abstammung und des Androzentrismus.

Wenn man sich nun fragt, welche politische Form zur Verwirklichung dieser Gerechtigkeit am geeignetsten sei, lautet Derridas Antwort: die Demokratie. Aber, und das ist entscheidend, keine Demokratie, die behauptet, im Hier und Jetzt Gerechtigkeit zu verkörpern oder zu verwirklichen, keine Apologie einer bestehenden liberalen Demokratie, sondern

eine Demokratie, die von einer Gerechtigkeit, die im Kommen ist, geleitet wird, dem, was Derrida eine Demokratie nennt, die *im Kommen* bleibt. Also eine Demokratie, die sich ständig verbessert und die niemals in der Zukunft behaupten kann, gegenwärtig zu sein. Dieser zwangsläufig nie endende Prozeß geschieht nach Derrida (oder sollte geschehen) im einzigartigen Ereignis des Engagements im Hier und Jetzt. Insofern gibt es für Derrida die Pflicht zur Achtung und Verantwortung der absoluten Singularität *und* zum Widerstand gegen Rassismus, Nationalismus, Fremdenhaß und Neoliberalismus.

»Politik der Freundschaft« ist sicherlich ein Werk, das neue politische Wege beschreiten will, die zu einer gerechteren Welt führen. Seine aktuelle Brisanz erfährt dieses Buch durch die Suche nach einem anderen Begriff des Politischen, einer anderen Sprache der Politik, der Verbindung von Dekonstruktion und Demokratie und seiner Verankerung in der Verantwortung gegenüber jedweder singulären Andersheit.

Schwierigkeiten der Lektüre dieses Werkes liegen darin, daß für das Verständnis der Derridaschen Position eine Relektüre der Philosophie Lévinas' oder ein Blick in Derridas Buch »Adieu. Nachruf auf Emmanuel Lévinas« (1999) vonnöten wäre, um leichter Derridas Denkwege mitvollziehen zu können.

Die größte Schwierigkeit bereitet es jedoch, sich politische Formen, Aktionen und Akteure vorzustellen, die der neu formulierten »Politik der Freundschaft« Rechnung tragen. Allein, wie Derrida, auf eine neue Sprache, die Dekonstruktion und einer »Neuen Internationalen« zu insistieren, wird wohl nicht genügen, den Ansprüchen Derridas von Widerstands gegen Rassismus, Nationalismus, Androzentrismus, Naturalisierungen und Neoliberalismus in der Praxis gerecht zu werden. Hier müßte man einerseits aufzeigen, in welchen praktischen, politischen und sozialen Bewegungen, ethisch – politischen Theorien und demokratietheoretischen Entwürfen der Prozeß zu einer zu-kommenden Demokratie angelegt ist oder vorbereitet wird; und andererseits, wie die Dekonstruktion von Formen der Abstammung, kohärenter Identitäten und Grenzziehungen mit diesen Konzeptionen einhergeht.

STEPHAN MOEBIUS

Susanne Höser,
Richard Scherer:
Wir hatten Hoffnung
auf eine Demokratie.
Rostocker Protestanten
im Herbst '89.
Talheimer Sammlung
kritisches Wissen. Band 27,
Talheimer Verlag Talheim 2000
307 S. (44 DM)

Autorin und Autor bringen überraschend eine neue Anschaulichkeit in die vielen Darstellungen des Rostocker Herbstes 1989 – und das durchaus mit theoretischer Reflexion, aber »Theorie« bedeutet eben auch »Schau«.

Das Verfasserteam läßt viele Menschen in Interviews zu Worte kommen. Höser hat vierzig Personen jeweils mehrstündig befragt, die Interviews ausgewertet und sechzehn Beiträge aus dem Fundus abgedruckt.

Der in Baden-Württemberg gebürtige Religionssoziologe Scherer, seit Jahren in Mecklenburg-Vorpommern lebend, setzt sich eingangs kritisch mit einer Haltung auseinander, die er auf den Satz komprimiert: »Vom Herbst bleibt übrig das Ende der DDR« (15). Diese unhistorische Reduktion passiert seiner Meinung nach dadurch, daß das westliche System zur Norm der Entwicklung gesetzt wird. Aufgrund des empirischen Materials arbeitet er die tatsächlichen Erfahrungen einer eigenwüchsigen Demokratie heraus.

Da das Buch dem protestantischen Beitrag zur gesellschaftlichen Veränderung gewidmet ist, entwickelt er die Besonderheiten der Kultur des Protestantismus im Osten. Dabei fällt gegenüber der alten BRD die stärkere Eigenverantwortung der örtlichen evangelischen Kirchgemeinden ins Auge. Dazu kommt – anders als in der bisherigen Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) – eine Blickerweiterung durch Gruppen von Hauskreisen bis zu speziell ethisch orientierten Zusammenschlüssen. Dadurch war die evangelische Kirche auch in Rostock in der Lage, in den »Gottesdiensten zur Veränderung der Gesellschaft« in ihren Kirchen den wirklichen gesellschaftlichen Dialog zu führen und Anliegen der Bevölkerung auszusprechen beziehungsweise

Anliegen der Bevölkerung ein öffentliches Forum vor den Altären zu bieten, solange das Forum des Marktes noch anders dominiert war.

Die Güstrower Theologin Höser, in den achtziger Jahren Forschungsstudentin an der Theologischen Fakultät Rostock und später durch ein Stiftungsstipendium zu ihrer Untersuchung in der Lage, ist bestens vorbereitet, das Geschehen in den Rostocker Kirchen und die Vorstellungen den Trägerinnen und Trägern der Ereignisse nachzuzeichnen. Sie stellt das personelle Spektrum derjenigen dar, die Verantwortung zu übernehmen bereit waren. Erstmals werden Predigten, Gebete und Informationen der Gottesdienste ausführlich analysiert, vom schönen Aufbruch bis zur pragmatischen Anpassung an die Situation zum Beginn 1990.

Daß Höser und Scherer den Beitrag des Rostocker Protestantismus würdigen, bedeutet keine Konfessionalisierung, sondern gibt die tatsächlichen Verhältnisse wieder. Daran zu erinnern, ist angesichts des Verlustes an historischem Gedächtnis dringend nötig. Spuren waren zu sichern. Die Rostocker Evangelischen haben sich in verschiedenen Jahrhunderten mit dem Rathaus angelegt. Im 20. Jahrhundert haben sie das im Interesse des Gemeindegewesens getan und sich mit der Bevölkerung verbündet, die ihre Offenheit und ihre Leidenschaft für eine demokratische Erneuerung gern akzeptierte und dabei eigene Kräfte freisetzte.

JENS LANGER

Klaus Ahlheim:
Geschöntes Leben. Eine deutsche
Wissenschaftskarriere,
Offizin Verlag Hannover 2000,
92. S. (

Es ist nicht nur spannend zu erfahren, was Forschung zu Tage fördert, genauso spannend ist es oft, was sie über Jahrzehnte hinweg ignoriert. Zum Beispiel die Tatsache, daß es im Osten Deutschlands eine Entnazifizierung vor der Entnazifizierung gab. Alle wirklich Belasteten, die die Gelegenheit hatten, flohen bei Kriegsende vor den Sowjets. Diese Tatsache an sich ist natürlich bekannt, nur über ihre Folgen für die westdeutsche Gesellschaft wird

nicht geredet. Einer von denen, der noch wegkamen, heißt Dietrich von Oppen, gebürtig aus Eberswalde bei Berlin, SS-Mann seit 1. November 1933, Verfasser einer antislawisch und antisemitisch durchtränkten Dissertation (»Die Umvolkung in Westpreußen von der Reichsgründung bis zum Weltkrieg«, Innsbruck 1942). Über all das verbreitete sich von Oppen nach Kriegsende nicht mehr, er machte statt dessen Karriere, die ihn 1960 auf den Lehrstuhl für Sozialethik am Fachbereich Evangelische Theologie der Philipps-Universität zu Marburg führte.

Als 1967/68 kritische Studenten die Arbeiten ihrer Professoren aus der Nazizeit aufstöberten, blieb von Oppen verschont. Denn anders als die meisten seiner Kollegen galt er als liberal – und war dadurch unverdächtig.

Klaus Ahlheim (Jg. 1942), Professor für Erziehungswissenschaften in Essen, ist einer der vielen Schüler von Oppens. Er stieß eher zufällig auf die Vergangenheit seines Lehrers, und ließ sich mit deren Publizierung Zeit. Ein in der Tendenz eigentlich eher nachdenklicher Text lag ein Jahr lang bei einer Regionalzeitung, ehe die sich im Mai 1995 an die Veröffentlichung heranwagte.

Mehr als die eigentliche Dissertation (die von Oppen übrigens 1955 in »entnazifizierter« Form veröffentlicht hatte) kannte Ahlheim zu diesem Zeitpunkt nicht. Die Reaktion der feinen Marburger Gesellschaft ist das Spannende an Ahlheims Geschichte, nicht nur weil er sich nun getrieben sah, von Oppens ganze Geschichte freizulegen.

Wie da gezeugnet und (notfalls mit Kommunismusverdacht) verleumdet, zugestanden und im gleichen Atemzug wieder zurückgenommen wird, wie man sich die Bälle zuspielt – das ist allerliebste, von Ahlheim auch so aufgezeichnet. Er erzählt dieses Kabinettstück jedoch nicht als Anekdote; es gelingt ihm – und das macht die Broschüre ebenso lesens- wie empfehlenswert –, den Vorgang pars pro toto zu fassen. Es hat sich in den westdeutschen Eliten eine Sozialtechnik des »abwehrenden Akzeptierens« (S. 25) bei der Bewertung von Verhalten in der Nazizeit herausgebildet. Sie eine Art Persilschein der neunziger Jahre. Mit ihr läßt sich vieles zugeben und zugleich entschuldigen. Wie es geht – siehe bei Ahlheim.

JÖRN SCHÜTRUMPF

HELMUT THIELEN: Human Dignity, Poverty and Liberation

The interrelation between human dignity and poverty is made tangible through the presence or development of objective social conditions setting the framework in which dignity exists. It is primarily the lack of favorable socio-economic and political conditions that is an affront to human dignity – poverty violates human dignity, misery destroys it. The Western concept of capital and state violates human dignity comprehensively, systematically and permanently. It degrades people to the rank of objects of overwhelming structures and processes. Consequently, it limits, and blocks freedom and justice. However, human dignity, freedom and justice can only be achieved and protected with one another. The popularly alleged antagonism between freedom and justice is in fact a misconception because it incorrectly defines »freedom« as egocentric maximization of economic and political utility whereas »justice« is defined as state allocation of survival chances. In order to achieve freedom and justice, new and authentic utopian patterns need to be developed.

SAMIR AMIN: The Political Economy of the XXth Century

In his impressive tour d'horizon Samir Amin – professor of economics and director of the »Forum du Tiers Monde« in Dakar (Senegal) – especially emphasizes that the 20th century came to a close in an atmosphere astonishingly reminiscent of that which had presided over its birth »la belle époque« or the triumph of a globalized capitalism. But the previous »belle époque« paved the way for a »Thirty Years War« (1914-1945) between imperialist powers that resulted in millions of victims and the ruins of World War II. The succeeding post war period of high growth – the so-called »golden age of capitalism« – was in fact the result of the growing influence of popular classes which were able to impose new forms of capital regulation. However, the three great social projects of that time: the welfare state in the West, the planning state in the East and the development state in the South failed all together when the new wave of globalization gained momentum during the 1980s. Instead of a new world order, as is too often claimed, we now live in a period of an extending chaos. And precisely because the contradictions of capitalism are sharper at the end of the century than they were at its beginning, the alternative confronting the 21st century is – more than ever before – »socialism or barbarism«.

THOMAS KOCH: What does social justice mean?

Social justice was a hotly debated issue during the 1998 German parliamentary election campaign. But the then elected »red-green« government devoted itself to the neo-liberal strategy of »globalization« and »saint competitiveness«. Thus it did not meet the expectations of its voters and the issue of social justice remains on the agenda, giving the left-socialist movement more space to maneuver. In his article Thomas Koch discusses both the theoretical essentials as well as the cornerstones of a modern political strategy for social justice. Special attention is given to the remarkable differences in understanding and the expectations connected with the concept of social justice when viewed from Western and from Eastern Germany.

Dietrich Wahl: The Phaeas-syndrom

Ancient Greek and Chinese scholars have been aware politics, morality and social necessities are interdependent within the economic order. Living together in peace and justice requires equality of private property or common ownership of the means of production. This article gives a brief outline of the evolution of this vital problem in human history: The first part concerns pre-modern societies, while the second part is dealing with the modern ›capitalist‹ and ›socialist‹ societies. The problem itself has been varied and deepened in accordance with changing social structures. Alongside this evolution the justifications used by the respective ruling classes have also changed. Egalitarian and socialist concepts have been repeatedly implemented in pre-modern (part 1) as well as in modern societies (part 2). The failures of such communities is no proof that they are unrealistic but rather that this question should be viewed as a challenge and that the question of transformation must be elaborated. Part 2 will be published in October 2000.

WOLFGANG TRIEBEL: »Modern Governance in the 21st Century« with new NATO Strategy and »Bundeswehr« (Armed Forces) Reform?

In June 2000 14 heads of state and government leaders from Europe, North and South America, Africa and Oceania convened in Berlin and declared their will to make the world more peaceful, more socially just and more tolerant through »modern governance in the 21st century«. However, this objective will remain incompatible with practical policies without disavowal of the new NATO strategy and US claims to world domination. The author critically examines the politically determined content of the Bundeswehr employment strategy on the basis of reform concepts proposed by the Weizäcker Commission, the Defense Minister, Scharping, the CDU and General von Kirchbach. Triebel concludes that a real civic society would, above all, require a rejection of warfare, as a political tool, weapons production, as a means to maximize profits, and the promotion non-military means of containment and eventually elimination of the causes of crises and conflicts. Finally, the author states that, in the current situation, the Bundeswehr reform concept submitted by the PDS for public debate is the only realistic program for »modern governance in the 21st century«.

ULLA PLENER: German Workers jailed as »Brandlerists« in Moscow. From the Files of the NKWD

In the 1920s and early 1930s thousands of German specialists and skilled workers immigrated to the Soviet Union and contributed to the ongoing industrialization process. During the »Great Terror« many of them were jailed, put into the GULAG or murdered. Among them were German communists who had been expelled from the German Communist Party (KPD) because they were supporters of the former KPD Chairman Heinrich Brandler. They eventually had re-organized themselves in the KPD (Opposition). The KPD-O members jailed in and after 1936 were glass workers from Thuringia. In their interrogations by GPU officers, they showed self-confidence and remained true to their convictions. Some of them were murdered, others were extradited to Germany where most of them were immediately put into Concentration Camps. Only very few of them survived the Stalinist-Fascist terror.

Redaktion:
George Pumphrey,
Jörg Schultz,
Arndt Hopfmann

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren, wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:
GUNTHER KOHLMAY † und HELMUT STEINER
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),
ULLA PLENER, ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN
SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: utopie-kreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 62:	je	2 DM
Heft 63 bis 98	je	5 DM